

Thema:  
Genossenschaften,  
Volks- und Raiffeisenbanken  
und  
Sparkassen

Eigene und andere Texte

Tristan Abromeit

Start September 2012

Text 108.0

Motive der Veröffentlichung und Übersicht der Texte

Text 108.4

## Die Euro-Retter zerstören den Euro

Bundesbankpräsident Weidmann  
gegen die EZB als Bankenaufsicht

Anmerkungen zu den Vorhaben der Euro-Politiker  
und eine gedankliche Reise durch die Problemfelder des Geldes  
mit einem Ausblick auf Lösungsmöglichkeiten

von

Tristan Abromeit

Start: 28. Sept. 2012

# Die Euro-Retter zerstören den Euro

Bundesbankpräsident Weidmann gegen die EZB als Bankenaufsicht  
Anmerkungen zu den Vorhaben der Euro-Politiker und eine gedankliche Reise durch die  
Problemfelder des Geldes mit einem Ausblick auf Lösungsmöglichkeiten

von  
Tristan Abromeit

Start: 28. Sept. 2012

## ***1. Abschnitt***

Beim Frühstück las ich heute in der aktuellen Ausgabe der HAZ den dpa-Bericht unter der Schlagzeile: " Weidmann gegen Bankenaufsicht bei EZB" unter anderem:

>Die Kritik an der geplanten Übertragung der Bankenaufsicht auf die Europäische Zentralbank (EZB) nimmt zu. Bundesbank-Präsident Jens Weidmann meldete am Donnerstag erhebliche Bedenken gegen den Vorschlag der EU-Kommission an. Experten des Bundestages sehen außerdem verfassungsrechtliche Probleme. „Die Tatsache, dass in Zukunft Bankenaufsicht und Geldpolitik unter einem Dach vereint sein sollen, führt zu potenziellen Interessenskonflikten – zu Konflikten mit dem Hauptziel Preisstabilität, aber auch mit der Unabhängigkeit der Notenbank“, warnte Weidmann bei der Jahrestagung des Markenverbandes in Berlin. <

und:

> Weidmann, der sich gegen Staatsanleihenkäufe durch die EZB sperrt, mahnte einmal mehr, die Notenbanken nicht zu überfordern: „Wenn es um die angemessene Reaktion auf die gegenwärtige Krise geht, muss alles getan werden, was zum einen die Krise mildert und zum anderen aber auch eine stabile Perspektive bietet. Aber bitte immer von demjenigen, der dafür die Verantwortung trägt und demokratisch mandatiert wurde.“ <

Und über eine E-Mail-Liste bekam ich kurz danach den folgenden Text aus der Süddeutschen Zeitung Online zugesandt:

Bundesbank-Präsident Jens Weidmann witzelt über Ökonomen:

Zwei Männer in einem Heißluftballon verfliegen sich.

Sie rufen einem Spaziergänger zu: "Wo sind wir?"

Der ruft zurück: "In einem Ballon!"

Pointe:

"Der muss Ökonom sein: Seine Antwort ist 100 Prozent richtig,  
aber vollkommen nutzlos."

Ich habe gedacht, der Mann ist mir ja direkt sympathisch. Er scheint der einzige nützliche Lotse im nebeligen Meer der Euro-Retter zu sein. Aber wie kann man die Bürger in den europäischen Ländern motivieren, den Bundesbankpräsidenten zu unterstützen, wo sie doch durch die Medien vermittelt bekommen, er sei der Irrläufer und nicht die große Zahl der angeblichen Euroretter, die eine halbwegs vernünftige Basis der Euro-Währung zerstören und eine bessere Basis für eine sachgerechte Lösung durch Ignoranz verhindern.

Es ist zu beobachten, daß ehrenwerte Menschen wie z.B. der EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Jean-Claude Juncker, - seit 2005 ist er zudem Vorsitzender der Euro-Gruppe - etwas Gutes wollen und das Falsche tun. Die Reihe der Fehlentscheider reicht ja bis hin zu den Unterabteilungsleitern in den betroffenen Ministerien und Behörden, von den Vorsitzenden der Fraktionen in den Parlamenten bis hin zu den "Hinterbänklern". Ich habe überlegt, wie das obige Ballon-Beispiel für die Ökonomen, für die Politiker und für die obere Riege der Verwaltungsfachleute in den Ministerien aussehen könnte. Mir ist keines eingefallen. Aber die Medienberichte erwecken den Eindruck, als hätten die "Euro-Retter" in den EZB-Präsidenten Mario Draghi - mit seiner Absicht unbegrenzt Schuldtitel von überschuldeten EU-Staaten aufzukaufen - für ein gutes Gehalt einen willigen Vollstrecker der Zerstörung der Euro-Währung gefunden. Aber der Schein trügt auch hier - muß trügen, weil es nicht auszuhalten wäre, wenn es so wäre, wie man vermuten kann: Aus einer theoretischen Verirrung schafft hier einer – dem wir Rechenschaftlichkeit unterstellen können - das Böse, weil er das Gute schaffen möchte. Alle Vorkommnisse auf dem Schulden-Euro-Karrussell machten den Eindruck, als wolle das Schicksal oder der Gott der Gläubigen den "Untergang des Abendlandes" (Oswald Spengler, 1922) und nicht "Der Aufstieg des Abendlandes" (Silvio Gesell 1923). Aber vielleicht ist diese Annahme auch eine Täuschung und die jetzt verantwortlichen Generationen sollen nur durch Irrtum ihr Lehrgeld bezahlen, damit Europa – oder gar die Welt – morgen in einem neuen ökonomischen Licht neu erstrahlt.

Es ist aber nicht nur eine ökonomische und politische Krise Europas und das Verblässen der Idee des geeinten Europas in der Vielfalt durch die theoretischen Fehlschlüsse und in Folge durch die politischen Fehlentscheidungen entstanden, sondern auch die Gefahr, daß sich die innergesellschaftlichen Spaltungen in eine große Anzahl von Armen und einer kleinen Anzahl von Reichen vergrößern. Gesellschaftliche Spaltungen erzeugen aber Spannungen. Und wenn der Bogen überspannt wird, bricht er. Das zur Zeit aktive Bündnis "umfairteilen – Reichtum besteuern" kann bestenfalls bei einem massiven Druck auf die Politik einen Etappensieg errin-

gen. Dieser wird sich dann aber als ein Pyrrhussieg herausstellen, weil weder durch die Besteuerung noch durch eine Vermögensabgabe die systemimmanenten Ursachen der Verteilung Ungerechtigkeit abgebaut werden.

Wenn wir überhaupt mit der Lösung unserer gegenwärtigen Probleme weiterkommen wollen, müssen wir erst einmal erkennen lernen, daß zwischen dem Euro als Währung und den Schulden, die auf Euro lauten, kein direkter Zusammenhang besteht. Ein indirekter Zusammenhang besteht aber insofern zwischen dem Euro als Währung und der Schuld in Euro, als wir auch mit dem Euro kein neutrales Geld haben, genauso wenig wie vorher mit der DM. Wir haben im Geldsystem einen uralten Systemfehler, der nicht nur die Vermögenskonzentration mit verursacht, sondern auch ein Störenfried einer gedeihlichen Konjunktur ist und somit die Ursache der Unterbeschäftigung und in Folge der Arbeitslosigkeit ist. Aber dieser Konstruktionsfehler läßt sich überhaupt nicht mit den aufgelegten und geplanten Euro-Schutz-Programmen, die auch Rettungsschirme genannt werden, berichtigen.

Weiter müssen wir endlich lernen, die Marktwirtschaft als dezentrales Steuerungs- und Ordnungsprinzip vom Kapitalismus als ein Überlagerungssystem, das aufgrund von Systemfehlern in der Marktwirtschaft leistungslose Einkommen ermöglicht, zu unterscheiden. Dies ist notwendig, um zu Handlungs- und Gestaltungsalternativen zu gelangen. Heute (29.9.12) im Handelsblatt MorningBriefing war diese erforderliche Unterscheidung noch nicht zu erkennen. Zu lesen ist dort:

>... bisweilen muss man liebgewonnene Weisheiten in Frage stellen. Zum Beispiel diese hier: **Kapitalismus sei Wettstreit, Konkurrenz und Kampf**. Falsch, sagt unser Autor Sven Prange in seiner Titelgeschichte zum Wochenende "**Kooperation statt Konflikt**". Der moderne Kapitalismus habe sehr viel mehr mit Zusammenarbeit zu tun: zwischen Firmen und ihren Kunden; zwischen zwei Konzernen, die gemeinsam eine Technologie entwickeln; zwischen Politikern unterschiedlicher Nationen, die eine Währung retten. "Das Leitbild einer ganzen Generation von Managern war der Dschungel", schreibt Prange: "**Das neue Vorbild dagegen ähnelt einem Orchester**".

Was Gabor Steingart, Chefredakteur, und somit auch der Autor Sven Prange beschreibt, ist nicht der Kapitalismus, sondern die Marktwirtschaft und außerdem steht der Wettbewerb, die Konkurrenz nicht im Widerspruch zu Kooperation. Denn, wenn die Kooperation nicht verordnet und dadurch zur Subordination wird, bleibt der Wettbewerb um die besten Kooperations-

partner und deren Leistungen und Produkte erhalten. Die Unterscheidung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus ist, in einer bildhaften Sprache ausgedrückt, folgende:

In der Marktwirtschaft gilt: Leben und Leben lassen!

Und im Kapitalismus gilt: Fressen oder gefressen werden!

Es ist auch noch nicht festzustellen, daß die Politiker der beteiligten Nationen die Noten niederschreiben, mit dem sich ein wohlklingendes europäisches Konzert aufführen läßt, sondern der prägende Eindruck ist: Sie sitzen übermächtig an gut gedeckten Tischen und glauben, die Lösung liege darin, daß sie die Völker in einen ökonomisch-gesellschaftlichen Dschungel schicken. Dadurch entstehen dann wieder die Hoffnungen auf einen politischen Erlöser in der Gestalt von Managern politischer oder wirtschaftlicher Art, die in der Lage sein werden, mit der Machete in der Hand einen gangbaren Weg aus dem Dschungel zu schlagen.

## ***2. Abschnitt***

Hier angekommen, mußte ich meine Arbeit am Text unterbrechen und konnte sie erst Tage später wieder aufnehmen. Am 29. September hörte ich auf der Fahrt zum Recyclinghof im DLF (?) eine Sendung über den Tee. Hier wurde auch berichtet, daß es in China einst Teeziegel als Zahlungsmittel gegeben hat. Diese Teeziegel waren auch leicht teilbar und daher für Einkäufe mit unterschiedlichen Kaufwert einsetzbar. Teeziegel wären für die Freunde von konkurrierenden (Waren-)Währungen, für die es kein stabiles Preisniveau geben kann, ein nützlicher Hinweis. Auch kann es bei (Waren-)währungen keine stabilen Wechselkurse geben. Dafür gibt es aber zwingend viele Wechselkurse wie in der vormaligen deutschen Kleinstaate-rei. Aber die Teeziegel sind für mich auch ein Ankündigungspunkt an die Rede vom Bundesbankpräsidenten Dr. Jens Weidmann vom 19. 9. 2012, die er im Rahmen des 18. Kolloquiums des Instituts für bankhistorische Forschung (IBF) gehalten hat. Der Titel des Textes vom 19. 9. 2012 lautet: „**Bundesbank: Euro ist bedruckte Baumwolle**“. Der Text ist nachzulesen unter:

[http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Reden/2012/2012\\_09\\_18\\_weidmann\\_begruessungsrede.html](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Reden/2012/2012_09_18_weidmann_begruessungsrede.html)

Gerade in jüngster Zeit stellen sich viele Bürger die Frage nach der Herkunft des Geldes: Woher nehmen denn die Zentralbanken eigentlich das viele Geld, das sie brauchen, um dem Bankensystem im Rahmen geldpolitischer Operationen Kredite in Billionenhöhe zu geben oder anderes zu kaufen? Weshalb heißt es in diesem Zusammenhang regelmäßig, dass die finanzielle Feuerkraft der Notenbanken grundsätzlich grenzenlos sei?

Notenbanken schaffen Geld, indem sie Geschäftsbanken gegen Sicherheiten Kredite gewähren oder ihnen Aktiva wie zum Beispiel Anleihen abkaufen. Die Finanzkraft einer Notenbank ist dabei prinzipiell unbegrenzt, da sich eine Notenbank das Geld, das sie vergibt oder mit dem sie bezahlt, vorher nicht etwa beschaffen muss, sondern es quasi aus dem Nichts erschaffen kann.

Das Drucken neuen Geldes ist hierfür ein passendes Bild, ökonomisch gesehen ist die Notenpresse jedoch gar nicht nötig, da sich die Geldschöpfung primär in der Bilanz der Notenbank, auf ihren Konten, widerspiegelt.

Wenn die Notenbanken ihrer Verpflichtung und ihrem Versprechen den Geldwert, das Preisniveau stabil zu halten, nachkommt, dann ist ihr von daher die Geldzufuhr nicht unbegrenzt möglich, weil die Preisniveaustabilität von einem konstanten Verhältnis des im Umlauf befindlichen – also nachfragewirksamen – Geldes zu dem im Markt befindlichen Gütern abhängt. Und die nachfragewirksame Komponente des Geldes hat zwei Bestimmungsgrößen, nämlich das Volumen des Geldes – nicht nach der Zahl der Stückelung, sondern nach seinem summenmäßigen oder wertmäßigen Ausdruck – und seiner Umschlaghäufigkeit, dem Ausnutzungsgrad des Geldes oder seiner Umlaufgeschwindigkeit. Dahinter steht die heute offene Frage, wie häufig die Geldscheine und Münzen in einem bestimmten Zeitraum zur Güter- und Leistungsvermittlung zum Einsatz kommen. Daß hier die großen Schwächen und Unsicherheiten unseres heutigen Geldsystems liegen, hoffe ich noch erläutern zu können.

Beim Lesen der Rede von Bundesbank-Präsident Weidmann bin ich über die Aussage „**Das Drucken neuen Geldes ist hierfür ein passendes Bild, ökonomisch gesehen ist die Notenpresse jedoch gar nicht nötig, da sich die Geldschöpfung primär in der Bilanz der Notenbank, auf ihren Konten, widerspiegelt.**“ gestolpert. Ich wollte von der Bundesbank wissen, in welcher Form – außer in Noten und Münzen – denn noch Geld in den Umlauf gebracht würde. Ich mußte mehrmals anfragen, bis ich den folgenden Link zu der Veröffentlichung der Bundesbank mit folgendem Titel erhielt:

[http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Buch\\_Broschuere\\_Flyer/schule\\_und\\_bildung\\_geld\\_und\\_geldpolitik\\_schuelerbuch.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Buch_Broschuere_Flyer/schule_und_bildung_geld_und_geldpolitik_schuelerbuch.pdf?__blob=publicationFile)

Ich fand auch den Hinweis, daß die Antwort auf meine Frage ab Seite 67 finden würde. Als ich aber die Abschnitte 3.4 „**Messung der Geldmenge**“ und 3.5 „**Geldschöpfung**“ gelesen hatte, trübte sich für mich die Sonne in Form der Bundesbank, die ich am dichtbewölkten Himmel der Schulden- und Eurodiskussion gesehen hatte, gleich wieder ein. Aber ich hätte es eigentlich wissen müssen, daß der Schein trügt. Denn auch von der Bundesbank werden nach

wie vor Geld-Begriffe – in der Kurzform mit M1, M 2 und M 3 benannt – verwendet, die Geld (= Forderungen gegenüber dem Markt) und Guthaben / Kredite (= Forderungen / Ansprüche auf Geld zu einer Einheit addieren. Mit dem (Bar-)Geld wird eine Leistung, eine Schuld in der Form *Erfüllungs Statt* gezahlt bzw. getilgt. Mit der Übertragung von Ansprüchen auf Geld wird eine Leistung / eine Schuld in der Form *erfüllungshalber* bezahlt bzw. getilgt.<sup>1</sup> Daß ein Schuldner seine Verbindlichkeit in Geld erst dann tilgen kann, wenn er aus der Hinzufügung einer Leistung / eines Gutes in den Markt einen Erlös in Geld erwirkt hat, sollte auch klar sein.<sup>2</sup>

Die Euro-Schulden-Doppelkrise hat ihre Ursachen in:

- a) einer falschen Begriffsbildung beim Geld,
- b) durch die institutionellen Mängel in der Form des Geldes (in der Währung) und
- c) der Verkennung der Ursachen der Verschuldung.

Durch die Vermischung der beiden Bereiche c) Ursachen der Verschuldung der Staaten, der Unternehmen und Privathaushalte und b) der Ursachen der Unsicherheiten der Wertstabilität und Funktionalität des Euro zu einem fast nicht mehr trennbaren Problembrei können weder die Medien noch die Politiker den Bürgern ein klares Bild von den Vorgängen vermitteln.

Was Peer Steinbrück als Bundeskanzlerkandidat oder die EU-Experten unter Leitung des finnischen Notenbankchefs Erkki Liikanen zur Krisenbewältigung vorschlagen, mag im Hinblick auf Haftungsprobleme der Banken nicht ganz unwirksam sein, aber an den Grundproblemen unserer Ökonomie ändert sich dadurch so gut wie nichts. Von daher gesehen ist es auch egal, ob wir nach der nächsten Wahl eine Bundeskanzlerin oder einen Bundeskanzler haben.

Im MorningBriefing des Handelsblattes vom 28. September 2012 war ebenfalls zu lesen:

> Wohin mit dem vielen Geld? Das ist die zentrale Frage, die **Allianz-Chef**

- 
- 1 Beispiel: Bürger *A* geht in den Elektronikladen und kauft einen PC. Ihm wird der PC übergeben und er zahlt bar. Beide Vertragspartner haben ihre Schuld (= Lieferung des PC und Zahlung des Preises in bar) getilgt. Bürger *A* hat an Erfüllung Statt geleistet. Der gleiche Vorgang bei Bürger *B*: zahlt mit einem Scheck oder der Scheckkarte. Der Händler hat seine Schuld durch die Übergabe des PC getilgt. Der Käufer solange nur auf Kreditbasis gekauft. Er hat an Erfüllungshalber geleistet, bis die Übertragung seines Anspruches auf Geld an den Verkäufer übergegangen ist. Daß aus einem Vertrag auch noch Gewährleistungsansprüche hervorgehen, spielt in diesem Beispiel keine Rolle. Es geht hier um die Unterscheidung von Geld und Forderungen auf Geld.
  - 2 Die Fähigkeit zur Tilgung durch Übertragung (Schenkung und Subvention) oder durch eine Form der Kreditverlängerung sind für die Unterscheidung der Begriffsinhalte von Geld und Guthaben / Kredit ohne Bedeutung.

**Michael Diekmann** zu beantworten hat: Jeden Tag muss die Allianz **Hunderte von Millionen Euro** anlegen, auf dass sich das Geld zum Wohle der Versicherungskunden mehre. Im **Interview** mit unserer Zeitung gibt Diekmann Einblicke in seine **weltweite Anlagestrategie**. Nur so viel sei hier verraten: "Wir versuchen in der Neuanlage, Staatsanleihen zu vermeiden", sagte er. <

Mit dem altern der erfolgreichen Volkswirtschaften wächst das Geld-Kapital, das nach den geltenden Spielregeln eine Anlage sucht, die eine möglichst hohe Rendite bringt. Wenn aber die Realwirtschaft diese Rendite (diesen Zins) nicht mehr erwirtschaften kann, bzw. der Kapitalmarkt Sättigungen aufweist und die Rendite vom Realkapital nicht mehr erzwingen kann, dann wird es für die Sammelstellen für Geldkapital schwieriger, das Geld<sup>3</sup> mit der erwarteten Rendite unterzubringen. Wenn dann noch die Staatsanleihen unsicher werden, ist das eine Situation, in der Entscheider für Geldanlagen graue Haare bekommen können. Die Flucht in die Spekulation geschieht dann nicht vorwiegend aus einer Charakterschwäche heraus, sondern ist eine Handlung aus einem Zwang zum Erfolg. Dieser Zwang zur Rendite wird aber nicht nur von den Großanlegern ausgelöst, sondern auch von den Kleinanlegern, die ihr Geld bei einer mangelnden Verzinsung nicht mehr mit einer längerfristigen Bindung anlegen wollen. Für ein solches Verhalten ist aber nicht immer die Gier das Motiv, es genügt schon durch die Gleichsetzung von Rendite und persönlicher Erfolg, nicht zu den Erfolglosen gehören zu wollen. Hinzu kommt dann noch das Gefühl, sein Geld durch die unsicheren Zeiten führen zu müssen, wenigstens einen Inflationsausgleich erzielen zu müssen.

Da aber die Sparquote - die Geldkapitalbildung - heute in der Hauptsache aus dem Kapitalertrag erfolgt und nicht aus dem Arbeitseinkommen und dem Geldkapital eine entsprechende Geldschuld gegenübersteht, ist es erforderlich, daß der Zins mit der Sättigung des Kapitalmarktes gegen Null oder gar unter Null sinkt, denn wenn das nicht geschieht, gehört aufgrund des exponentiellen Wachstums der Zinserträge irgendwann einem alles und allen anderen nichts. Es wird bei dem Thema Rentabilität des Kapitals zu leicht übersehen, daß die Kapitalerträge den Arbeitserträgen abgezogen werden. Hier liegt die Wurzel der Verarmung der großen Mehrheit, der Keim zur Rebellion und Revolution. Und wenn man den Ursachen dieser Erscheinungen nachgeht, kommt man - ohne metaphysische Theorien bemühen zu müssen - zu der Einsicht, daß die Gestaltung unseres Geldes, die Verfassung unserer Währung, die Ursache ist. Aber das wollen unsere verantwortlichen Gesellschaftsgestalter nicht hören und wissen. Und wenn mich meine Beobachtung der politischen Akteure im allgemeinen und der medial vermittelten Wahrnehmung des Kanzlerkandidaten der SPD nicht trügt, wird auch Peer

---

<sup>3</sup> In der Regel wohl kein Bargeld, sondern Forderungen auf Geld, also Geldkapital.

Steinbrück, der erhoffte Retter der SPD, seine Ohren gegen eine solche Argumentation verschlossen halten.

Ich komme zu dem Buch > GELD UND GELDPOLITIK < der Deutschen Bundesbank ohne Erscheinungsjahr und ohne Autorenkennzeichnung. Das Vorwort ist vom ehemaligen Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Prof. Dr. Axel A. Weber gezeichnet und enthält ein Bild von ihm. Im Vorwort heißt es u.a.:

> Mit diesem Buch wollen wir dazu beitragen, dass mehr Menschen die Grundlagen der Geldwirtschaft, die Ziele der Zinspolitik und die Funktionsweise des Europäischen Systems der Zentralbanken besser kennenlernen. Dabei wird deutlich, welche Rolle die Bundesbank in der europäischen Geldpolitik spielt, ferner auch, welche weiteren Aufgaben sie wahrnimmt – beispielsweise in der Bargeldversorgung, im Zahlungsverkehr oder in der Bankenaufsicht.

Nutzen können Sie dieses Buch auf vielfältige Weise: Es eignet sich als kleines Nachschlagewerk ebenso wie als Textbuch für den Schulunterricht oder als Handreichung für das Selbststudium. Unterrichtsmaterialien, die auf diesem Buch aufbauen, finden Sie auf unserer Website ([www.bundesbank.de/bildung](http://www.bundesbank.de/bildung)).

Wir als unabhängige Zentralbank mit der schwierigen Aufgabe, für stabiles Geld zu sorgen, brauchen das Vertrauen und die Unterstützung der Bevölkerung. Deshalb müssen wir über das Geld reden, und deshalb wünschen wir uns, dass möglichst viele Bürger möglichst viel über die Voraussetzungen für Geldwertstabilität wissen.<

Die Zielsetzung der Deutschen Bundesbank ( hier = DBB = Bundesbank) ist ja löblich und die Aufgabe ist nicht nur deshalb schwierig, weil die Instrumente nicht leicht zu handhaben sind und vermutlich auch zum Teil falsch konstruiert sind, sondern weil schon eine Verständigung über die richtige Währungs- bzw. Geldtheorie ein anstrengendes Unterfangen ist. Selbst die Geldreformer sind zerstrittene Haufen. Wer sich also ein richtiges Bild von dem Themenkomplex Währungsordnung machen will, kann weder die Verlautbarungen der DBB, die der Europäischen Zentralbank (EZB), die der Regierungen, noch die Lehrbücher der Wirtschaftswissenschaften und auch nicht die Veröffentlichungen der verschiedenen Geldreformern blind trauen und übernehmen. Gerade für die Einsicht in diesem Teilbereich der Ökonomie, der die Politik nun schon mehrere Jahre - wenn nicht Jahrzehnte - dominiert, gilt es den eigenen Kopf anzustrengen. Selbst bei den Menschen, die eine wirkliche Geldreform, die mehr ist als das Zusammenstreichen von Nullen einer inflationierten Währung, ist die Verständigung nicht im-

mer einfach. Ein Beispiel: In den Reformvorstellungen der Freiwirtschaftsschule ist die Umlaufsicherung des Geldes ein wichtiger Bestandteil. Diese Umlaufsicherung (ULS), die das Geld in einer konstanten Fließbewegung halten soll - hat drei Aufgaben: 1. Die kaufkraftwirksame Geldmenge soll für die Notenbank kontrollierbar werden, damit eine wirkliche Preisniveaustabilität (0% Inflation) erreicht werden kann. 2. Da mit das Einkommen in voller Höhe wieder - direkt oder über den Umweg *sparen - kreditieren* - wieder zur Nachfrage wird und die Konjunktur von dieser Seite aus nicht unterbrochen werden kann. 3. Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, den Mindestzinsfuß auf Null abzusenken (Keynes) die Schranke, die der Urzins setzt, zu überwinden (Gesell), ohne daß die Liquiditätsfalle zuschnappt (Keynes)<sup>4 5</sup> bzw. daß Geld in die Horte flieht (Gesell). Die Wirkung ist dann, daß wir eine andere Einkommensverteilung bekommen: Die Kapitalerträge sinken und die Arbeitseinkommen steigen. Die ULS ist bei den Geldreformern der Freiwirtschaftsschule unumstritten. Streitpunkte sind aber, ob die ULS nur auf das Geld - und das ist das Bargeld - oder auch auf das Giralgeld - und das sind Forderungen auf Geld - angewendet werden muß. Ich gehöre zu denen, die sagen, die ULS muß auf das Geld beschränkt bleiben, damit der öffentlich-rechtliche Bereich der Ökonomie (Notenbank) klar vom privatrechtlichen Bereich der Ökonomie (Geschäftsbanken) getrennt wird bzw. bleibt und es kann auf die ULS für das Giralgeld auch deshalb verzichtet werden, weil sie sich automatisch vom Geld auf das Giralgeld überträgt. (Keine Bank wird ihren Kunden mit Gebühren belastetes Geld ohne einen Kostenausgleich abnehmen.<sup>6</sup> Die zweite Differenz in Bezug auf die ULS besteht in der doppelten Frage, a) ob die Einführungen der ULS mit einem gebührenbelastetes Geld (Es ist eine Art Standgebühr für das Geld, das nicht in den Verkehr gegeben wird.) die besseren Chancen hat oder mit einer genügend hohen Inflationsrate <sup>7</sup>, bei der dann Index- bzw. Wertsicherungsklauseln für Verlustausgleiche sorgen und b) ob die ULS auch als eine Inflation zu bezeichnen ist. Meine Aussage dazu ist in einer laufenden Auseinandersetzung ein eindeutiges Nein, denn die ULS zielt auf eine Preisniveaustabilität, die weder in eine Deflation noch in eine Inflation abrutschen kann, alle auf Geld lautende Verträge und Vereinbarungen werden nicht berührt, sondern nur das (Bar-)Geld. Ich spreche mich auch gegen eine ULS durch eine gezielte Inflation mit Indexklauseln aus, weil

4 Fußnote auf 261 in "Allgemeine Theorie ..." von J.M.Keynes: >Vergleiche die von Bagehot angeführte Redensart des 19. Jahrhunderts: "John Bull kann vieles ertragen, aber was er nicht ertragen kann, sind 2 Prozent." <

5 Keynes hat offensichtlich gedacht, daß seine Methode des deficit spending (Defizitfinanzierung) eleganter und leicht durchzusetzen sei als die von Gesell geforderte ULS des Geldes. Aber das deficit spending ist eine wesentliche Ursache der Staatsverschuldung geworden.

6 Dieser Kostenausgleich hat dann wie der Zins eine Preisfunktion.

7 Die Einhaltung von 2% Inflation der EZB ist ja ein solcher ungenügender Versuch. Aber eine zweiprozentige Inflation - die in fünf Jahren auch 10% ausmachen - ohne Indexbindung der Verträge als Preisniveaustabilität auszugeben ist Schönfärberei.

diese Methode einen erheblichen Verwaltungsaufwand erfordert und eine ständige Verunsicherung der Wirtschaftsteilnehmer mit sich bringt.

Was ich hier schreibend mache, ist ja eine Selbstvergewisserung und eine Anregung für andere, die meine Bemühungen lesend zur Kenntnis nehmen, sich in dem notwendigen Klärungsprozeß einzubringen. Wenn jetzt die EZB als Bankenaufsicht für die Geschäftsbanken fungieren soll, dann hat das meiner Einsicht nach wesentlich mit der Vorstellung zu tun, daß das sogenannte Giralgeld Geld sei, und – in der besonders krassen Variante - daß die Geschäftsbanken das Giralgeld wie die Notenbanken Geld aus dem Nichts schöpfen könnten. Sowohl die Frage ob Giralgeld Geld ist wie auch die Frage, ob die Geschäftsbanken Giralgeld schöpfen könnten hat schon -zigfache Diskussionen ausgelöst. Da es hier aber nicht um metaphysische Fragen geht, kann es auch eine Klärung geben. Und eine Wirtschaftswissenschaft, die das nicht nachvollziehbar leisten kann, kann ohne Bedenken aufgelöst werden.

Die DBB ist in der vorliegenden Schrift auch ungenau: Im Kapitel 3 "Das Giralgeld" auf Seite 52 heißt es einleitend:

>So wichtig Münzen und Banknoten für den wirtschaftlichen Alltag sind,  
bildet Bargeld doch nur einen kleinen Teil des Geldumlaufs zu  
Zahlungszwecken. <

Dann heißt es aber unter "3.1 Geld, das man nicht sehen kann":

>Dabei handelt es sich vor allem um täglich fällige Einlagen („Sichteinlagen“) sowie Termin- und Spareinlagen von „Nichtbanken“, d. h. Wirtschaftsunternehmen, öffentlichen Institutionen und Privatleuten. Sichteinlagen können jederzeit abgehoben werden, bestehen für die Bank also nur „auf Sicht“. Sie werden überwiegend gering oder gar nicht verzinst.<

Im nächsten Abschnitt (Seite 53, oben) steht dann:

>Im Unterschied zu Banknoten und Münzen ist das Giralgeld kein gesetzliches Zahlungsmittel. Dennoch wird es im Wirtschaftsleben allgemeinakzeptiert. Dies beruht insbesondere darauf, dass das Giralgeld jederzeit wieder in Bargeld umgewandelt werden kann. Umgekehrt wird Bargeld zu Giralgeld, wenn es auf ein Konto eingezahlt wird (z. B. Tageseinnahmen im Einzelhandel). Umwandlungen von Giralgeld in Bargeld und umgekehrt sind also gängige Praxis. Der gesamte Geldbestand der Nichtbanken – Bargeld plus Giralgeld – bleibt dabei unverändert.<

Aber vorher steht schon geschrieben:

>Auf den ersten Blick mag es nicht so recht einleuchten, wieso Sichteinlagen zum Geld gerechnet werden. Doch bei näherer Betrachtung sind die Unterschiede zu Bargeld nicht so groß, denn ein Sichtguthaben erfüllt die Funktionen von Bargeld. Es steht jederzeit für Umbuchungen sowie für Bargeldauszahlungen zur Verfügung. Im August 2010 war das Gesamtvolumen der Sichteinlagen im Euroraum mit 3.945 Milliarden Euro fast fünfmal so groß wie der Bargeldumlauf mit 792 Milliarden Euro.<

Auf den zweiten Blick wird das alles noch weniger einleuchtend, was die Bundesbank da von sich gibt. Äpfel und Birnen kann man beide essen. Wenn wir aber einen gemeinsamen Begriff für beide Früchte haben wollen, dann müssen wir einen Oberbegriff wählen, wie z. B. Obst. Mit dem Geld und dem "Giralgeld" können wir zahlen, damit werden sie trotzdem nicht zu einer Einheit, die wir Geld nennen können, sondern sie können allenfalls als Zahlungsmittel zusammengefaßt werden. Die DBB sagt doch selber von dem "Giralgeld": "Dabei handelt es sich vor allem um täglich fällige Einlagen (Sichteinlagen) ...", also um Kredite der Bankkunden an die Bank. Und Kredite sind kein Geld, sondern Verfügungsrechte über Geld. Das "Giralgeld" bildet auch nicht den größeren Teil des Geldumlaufs, sondern es verkürzt die Wege des Bargeldumlaufs. Das Giralgeld in allen Erscheinungsformen ist daher der Umlaufgeschwindigkeit oder der Umschlaghäufigkeit des Geldes zuzurechnen. Bei einem bestimmte Geschäftsvolumen in einer Volkswirtschaft ohne "Giralgeld" und Gironetze müßte eine viel größere Menge (Bar-)Geld im Umlauf sein, weil die Wege von den Zahlungspflichtigen bis zu den Zahlungsempfängern - zeitlich und entfernungsmäßig gesehen - viel länger wären. Der erneute Einsatz der gleichen Münzen und Noten wäre erst viel später möglich. Die unterschiedlichen Wirkungen eines schnelleren, ausgebauten oder eines langsameren und lückenhaften Giroverkehrs kann die Bundesbank über die (Bar-)Geldmengenregulierung ausgleichen. Die Existenz eines Gironetzes ist kein Grund, die Geschäftsbanken einer Kontrolle durch die EZB zu unterwerfen. Das Verhältnis von Sichteinlagen zu dem Bargeldumlauf hat also keinen Einfluß auf die Geldwertstabilität, den die Notenbank nicht kompensieren könnte. Und da es sich bei den Sichteinlagen auch um kurzfristiges (Geld-)Kapital handelt, kann sie deren Höhe auch nicht bestimmen (Was notwendig wäre, wenn es wirklich Geld wäre.), die Höhe hängt wesentlich vom Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft ab und auch von der Einschätzung der Kontoinhaber von der nahen Zukunft der Wirtschaft. In unsicheren Zeiten und bei einem niedrigen Zinsniveau werden (ohne ULS = Umlaufsicherung des Geldes) die Kontenbestände höher sein (Spekulationskasse) als in solchen Zeiten, die als sicher eingeschätzt werden. Der Satz "Der gesamte Geldbestand der Nichtbanken - Bargeld plus Giralgeld - bleibt dabei unverändert." gilt daher nur auf kurze Zeiträume bezogen. Und der Satz würde auch nicht gel-

ten, wenn die Geschäftsbanken Giralgeld aus dem Nichts schöpfen könnten.

Ich nähere mich dem Abschnitt, der mir Auskunft geben soll über die Geldschöpfung der Notenbank, ohne daß sie Papier bedrucken muß. Der Abschnitt lautet "3.5. Geldschöpfung". Ich gehe aber vorher noch auf Punkte ein, die unter "3.4 Messung der Geldmenge" beschrieben sind. Ich lese:

>Als Geldmenge bezeichnet man den Geldbestand in Händen von Nichtbanken. Guthaben von Banken werden nicht dazu gezählt.< S. 63

Ich rätsle, was hier mit Guthaben der Banken gemeint ist. Das (Bar-)Geld in den Banken sind Bestände, denn die Banken haben ja kein Guthaben gegen sich selbst. Also bleiben noch die Guthaben der Geschäftsbanken bei anderen Geschäftsbanken oder bei der Notenbank. Zu 1: Diese Guthaben z. B. der Bank *A* bei der Bank *B* werden dort als Bestand an (Bar-)Geld und als Verbindlichkeiten gegenüber *A* geführt. (Es würde aber einen gewissen Sinn ergeben, die (Bar-)Geldbestände der Geschäftsbanken nicht oder nur mit einem bestimmten Prozentsatz zur Geldmenge zu rechnen, weil sie ja nicht voll aktiv ist. Da aber die Geschäftsbanken aus Kostengründen bemüht sind, die (Bar-)Geldbestände möglichst gering zu halten und in der Höhe vermutlich auch nicht besonders variieren, macht das keinen großen Sinn.) Zu 2: Das (Bar-)Geld, das die Geschäftsbanken bei der Notenbank einzahlen, wäre dann wirklich inaktives Geld, das nicht zur Geldmenge gezählt werden dürfte. Aber hier wären zwei Sachverhalte zu klären: a) Wie berechtigt ist die von den Geschäftsbanken zu haltende Mindestreserve überhaupt? Ursprünglich war sie wohl tatsächlich als eine Mindestreserve der Geschäftsbanken gedacht, dann aber angewandt als ein Geldmengenregulierungsinstrument der Notenbank. Mit der Mindestreserve werden legitime Ansprüche an den Markt stillgelegt, um dafür illegitime Ansprüche an den Markt in den Geldkreislauf einführen zu können. (Walker) b) Es sollen ja nur ein Drittel der ausgegebenen Geldmenge nachfragend im Umlauf sein, was spielt es da noch eine Rolle, ob die Mindestreserve zur Geldmenge gezählt wird oder nicht?

Dann ist da zu lesen:

> Weil der Übergang zwischen Geld als Tausch- und Zahlungsmittel einerseits und als Wertaufbewahrungsmittel andererseits fließend ist, werden unterschiedliche Geldmengen berechnet.< S. 63

### ***3. Abschnitt***

An dieser Stelle mußte ich die Niederschrift meines Gedankenganges erneut unterbrechen.

Solche Unterbrechungen sind einerseits lästig, weil zu leicht Brüche in den Text kommen können, die gar nicht geplant sind, aber andererseits sind sie ein Vorteil, weil neue Informationen aufgenommen werden, die den Text bereichern können. Außerdem bin ich nicht an Formvorgaben von Auftraggebern oder einer Prüfungskommission in meiner Darstellung des Themas gebunden. Die Fortsetzung mit der Kommentierung von Zitaten aus dem Buch „Geld und Geldpolitik“ der Bundesbank nehme ich im 7. Abschnitt wieder auf.

Am 28. September, als ich mit diesem Text begonnen hatte, bin ich noch nach Hildesheim gefahren um an der Übergabe des "Philosophischen Buchpreises 2012" des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover teilzunehmen. Ausgezeichnet wurde Prof. Dr. Avishai Margalit (Jerusalem / Princeton) für sein Buch "Politik des Kompromisses. Über Kompromisse und faule Kompromisse".<sup>8</sup> Da ich in meinem Text 108.2.2 "Wolfgang Schäuble der Heinrich Brüning unserer Zeit?" die verstorbenen Professoren Erich Reigrotzki und Gustav Cassel zitiert habe, die sich gegen den Kompromiß bei der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse ausgesprochen haben, geht mir nebenher die ganze Zeit durch den Kopf, ob ein Kompromiß in Fragen der Währungsordnung nicht grundsätzlich ein fauler Kompromiß ist. Gestern, am 11. Oktober, gab es im Rahmen "Bundesbank im Dialog" in Hauptverwaltung der Bundesbank in Hannover einen Vortrag von André Bartholomae von der Bundesbankzentrale in Frankfurt über das Thema "Die Gold- und Devisenreserve der Deutschen Bundesbank". Ich bin da hingefahren, um meine Überlegungen mit zusätzlichen Informationen anzureichern. Aber schon gestern morgen erhielt ich per E-Mail einen Bericht von Andreas Bangemann, dem Redakteur der Zeitschrift Humane Wirtschaft ([www.humane-wirtschaft.de](http://www.humane-wirtschaft.de)) über ein Bargeldsymposium der Deutschen Bundesbank vom 10. Oktober.<sup>9</sup>

Siehe: [http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Termine/Bargeld/2012/2012\\_10\\_10\\_frankfurt.html](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Termine/Bargeld/2012/2012_10_10_frankfurt.html)

Mit einem Zitat aus dem Vortrag von Helmut Rittgen, Zentralbereichsleiter Bargeld der Deutschen Bundesbank über "Bargeld - ein Zahlungsmittel von gestern?" könnte ich jetzt fortfahren. Das mache ich aber nicht, weil ich auf die in dem Redetext zu findenden Hinweise ebenfalls später zurück komme. Ich fange erst einmal mit der Eröffnungsgrede vom DBB-Präsidenten Jens Weidemann an. Ich muß dazu aber ergänzen, daß ich zur gleichen Zeit, in der ich die neuen Texte aus dem Umfeld der DBB in mir aufnahm, eine Auseinandersetzung per E-Mail-Liste mit einem jungen Ökonomen aus dem wirtschaftswissenschaftlichen Umfeld über die

<sup>8</sup> Der Vortrag kann nachgelesen werden im fiph Journal, Nr. 20 des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover. [www.fiph.de](http://www.fiph.de)

<sup>9</sup> Ein Bericht über diese Tagung erfolgt in der nächsten Ausgabe dieser Zeitschrift.

Fragen hatte: a) Hat eine Umlaufsicherung des (Bar-)Geldes mit einer Haltegebühr die gleichen Wirkungen wie eine ULS mit einer entsprechenden, gezielten Inflationsrate. b) Hat der Ökonom Gustav Ruhland ( <http://www.vergessene-buecher.de/system.html> ) eine dogmengeschichtliche Bedeutung? Und c) Hat das sogenannte Gresham'sche Gesetz, das eine schlechtere Währung in einem Wirtschaftsraum die bessere Währung verdrängt eine Gültigkeit? Zum letzten Thema habe ich nämlich noch den Forschungsbericht von Dr. Ingeborg Meyer aus dem Jahr 1957 vorliegen. Dies Thema tauchte im Zusammenhang mit dem Vorschlag auf, in Griechenland neben dem Euro noch eine Regionalwährung einzuführen. Er soll an dieser Stelle aber keine Rolle spielen, ich überlege aber, den Text einzuscannen und in der Textreihe 108 „Thema: Genossenschaften, Volks- und Raiffeisenbanken und Sparkassen“ einzufügen. Wir waren uns über die gleiche Wirkung der ULS per Gebühr und per Inflation einig, da ich aber die Nebenwirkungen der ULS per Inflation für so gravierend halte, würde ich diese Methode nie empfehlen. Da in diesem Zusammenhang auch der Name Nicolaus Oresme fiel, habe ich da noch einmal nachgeschaut. Und wegen Ruhland habe ich in der „Geschichte der Volkswirtschaftslehre“ von Siegfried Wendt, 1961, nachgeschaut und wurde nicht fündig, ebenfalls nicht in „Ökonomen aus drei Jahrhunderten“ von A.W. Anikin, 1974. Dann habe ich in den zwei Bänden „Geschichte der Nationalökonomie“ von Adolf Damaschke, 1922, nachgeschaut. Weil ich hier im Personenregister den Namen Ruhland auch nicht fand, sondern nur Uhland und neugierig war, in welchem Zusammenhang Damaschke Uhland erwähnt, bin ich dann auf Passagen gestoßen, die in meinem jetzigen Themenzusammenhang interessant sind. Da Jens Weidmann in seinen beiden von mir genannten Einführungen – die mir gefallen – gerne auf die Historie zurückgreift, habe ich beim Lesen gedacht, daß er ein paar Mitarbeiter der DBB auf geschichtliche Literatur ansetzen sollte, nicht nur um künftige Einführungsreden anzureichern, sondern um eine bessere Orientierung in der Währungsdiskussion und für -praxis von heute zu erhalten. Es ist nämlich gar nicht so, daß wir heute in Währungsfragen so viel klüger sind als die Altvorderen. Viele Erkenntnisse werden einfach vergessen oder nicht berücksichtigt. In dem Text 102.2 > **Die Lösung der internationalen Währungsprobleme auf der Basis des KEYNES-Planes von Santiago Fernandes ZfsÖ 40./41. Folge, April 1979**  
**b) "L'argent criminel" - "Kriminelles Geld" Keynes, Proudhon, Gesell, Boisguillebert - vier nicht-marxistische Sozialisten in ihrem Ringen um eine Welt mit wirtschaftlichen Gleichgewicht von Santiago Fernandes ZfsÖ 49. Folge, Juni 1981** < weist das ehemalige und verstorbene Mitglied der brasilianischen Delegation für die Tagung von Bretton Woods von 1944 Santiago Fernandes auf Boisguillebert (1646 – 1714 ) hin, der das Geld schon in seiner damaligen Verfassung als kriminell eingestuft hat und ein Geld forderte mit der Eigen-

schaft eines Perpetuum mobile. Auf die aktuell gelesenen Quellen komme ich zurück. Zu Bretton Woods siehe:

( <http://de.wikipedia.org/wiki/Bretton-Woods-System> )

#### **4. Abschnitt**

Ich komme zu der Einführung zum Bargeldsymposium durch Jens Weidmann. Er schreibt (bei mir im Ausdruck auf Seite 2):

> Abgesehen von der Fassbarkeit von Banknoten und Münzen unterscheidet sich Bargeld von anderen Erscheinungsformen von Geld dadurch, dass es rechtlich gesehen eine Forderung gegen die Notenbank darstellt. Eine 100 Euro-Banknote ist also formal eine Forderung über 100 Euro gegen das Eurosystem. Hundert Euro auf dem Girokonto sind dagegen eine Forderung gegen die kontoführende Bank oder Sparkasse. <

Ich denke hier hat sich Jens Weidmann vergaloppiert. Denn, wenn er und andere an anderer Stelle ausdrücklich sagen, daß der Euro nicht durch Gold etc. gedeckt ist, dann ist die Banknote nicht ein Pfandschein auf die Herausgabe eines Quantums des Deckungsgutes wie es (theoretisch) einst bei der Gold- oder Goldkernwährung war. Jede Banknote und Münze ist vielmehr ein Anspruch auf ein Teil des im Markt befindlichen Gütervolumens, wobei die Größe, Beschaffenheit und Qualität des Teiles nicht festgelegt ist, weil hier noch die Bewertung durch das Angebot und die Nachfrage ins Spiel kommen. Fest steht nur, daß die Berechtigung des Geldes auf Güter im Markt verwässert wird, wenn die Notenbank Geld in den Umlauf bringt, für das vorher keine Güter im Markt eingespeist wurden. Unter der Ziffer 3 „Vertrauen als Grundlage des Geldes“ heißt es u.a.:

> Etwa ein Viertel unserer Beschäftigten ist dem Kerngeschäftsfeld Bargeld zuzuordnen. Ein Großteil davon ist in der Bargeldversorgung tätig. Sie sorgen unter anderem dafür, dass stets ausreichend Bargeld zur Verfügung steht, sind an der Entwicklung neuer Banknoten und Münzen beteiligt und sondern beschädigtes Geld aus. Somit tragen wir zur Sicherung einer hohen Umlaufqualität bei. Und damit erschwert die Bundesbank übrigens auch Fälschern das Handwerk. Unser Nationales Analysezentrum für Falschgeld und beschädigtes Bargeld hat durch die Berichterstattung in den Medien ja einige Bekanntheit erlangt. Filialen und Hauptverwaltungen haben allein im ersten Halbjahr 2012 über 1.500 Schulungsveranstaltungen zur Falschgeldprävention durchgeführt. Das Falschgeldaufkommen lag im ersten Halbjahr bei 19.000 falschen Banknoten und damit – im Vergleich zu Vorperioden – auf einem niedrigen Niveau. <

a) Unter „Umlaufqualität“ wird hier offensichtlich nicht das verstanden, was ich als Umlaufsicherung angedeutet habe. Bei der Umlaufqualität geht es um das äußere Erscheinungsbild des Geldes vielleicht noch den Transport zum richtigen Einsatzort. Bei der Umlaufsicherung geht es um richtige Funktionalität des Geldes, nämlich den Austausch der Güter ohne Verzögerungen von der Geldseite her. Steuern kann eine Notenbank eine Geldmenge, die die Preisniveaustabilität sichern soll, nur dann, wenn das Geld im Kreislauf sich kontinuierlich bewegt, mit anderen Worten, wenn es fließt. Dieses Fließen des Geldes könnte schon bewirkt werden, wenn der notwendige Austausch von Noten wegen Abnutzung in der Gestalt organisiert würde, daß bestimmte Arten oder Serien von Noten zum Umtausch aufgerufen werden. Dann dürfte aber auf der Startseite der Hauptverwaltung der DBB in Hannover nicht stehen:

>In unseren Filialen können Sie gebührenfrei und unbefristet D-Mark-Banknoten und -Münzen umtauschen. <

Sondern es müßte heißen: „Am Tage X stehen die Noten der Serie Y zum Umtausch an. Die Noten können (z.B.) innerhalb einer Umtauschfrist von 8 Wochen 1 : 1 bei der Notenbank oder einer Geschäftsbank umgetauscht werden, danach werden sie nur mit einem Abschlag von wöchentlich 5% ab der neunten Woche nach Abrufdatum eingelöst. Damit haben sie nach weiteren 20 Wochen ihren Restwert verloren.

b) Das Falschgeldaufkommen im ersten Halbjahr bei 19.000 falschen Banknoten verdiente keine besondere Beachtung, wenn die oft aufgestellte Behauptung stimmen würde, die Geschäftsbanken könnten aus dem Nichts Buchgeld schöpfen. Da aber Buch- oder Giralgeld übertragene Ansprüche auf Geld und damit auf Güter sind, die sich im Markt befinden, hätten wir es hier mit einer staatlich geduldeten Falschmünzerei größten Ausmaß zu tun.

> Unter den Notenbankaufgaben hat die Sicherung der Geldwertstabilität allerdings eine besondere Bedeutung. Denn ohne das Vertrauen in die Stabilität der Währung nützen auch ein materialtechnisch hochwertiges Bargeld und ein reibungslos funktionierendes Zahlungsverkehrssystem nichts. Preisstabilität ist daher zu Recht vorrangiges Ziel der europäischen Geldpolitik. <

Sowohl für die Preisniveaustabilität wie auch für die Marktgerechtigkeit ist es erforderlich, daß keiner zu Geld kommt, der nicht vorher dem Markt ein entsprechendes Gut hinzugefügt hat. Das, was die EZB ohne Rücksicht auf diesen Grundsatz und ohne Rücksicht auf die Preisniveaustabilität durch den Ankauf von staatlichen Schuldtiteln macht, ist daher schlicht Falschmünzerei und zerstört auf Dauer das Vertrauen in den Euro, das ja jetzt schon vom

Zweifel angenagt ist.

In der erwähnten Auseinandersetzung in der E-Mail-Liste habe ich aus dem „Traktat über Geldabwertungen“ von Nicolaus Oresme, Bischof von Lisieux (1325 – 1382) in der Übersetzung von Edgar Schorer, 1937, wie folgt zitiert. Schorer schreibt in der Einleitung:

> Wir sehen, Oresme war nicht einzig, Abwertungen zu verurteilen. Seine Großtat ist, es begründetermaßen und von wirtschaftlicher, politischer, sozialer, psychologischer, moralischer, theologischer Seite her getan zu haben.<

Und bei Oresme selbst heißt es:

> Aus erstem und sechsten Kapitel ist wohl hinreichend bekannt, daß Geld der Allgemeinheit dient. Daher darf der Staat nicht auf irgendeine hinterlistige Weise einen Grund zu hier erwähnter Proportionsveränderung erdichten. Nur die Gesamtheit der Interessierten vermag zu entscheiden, ob, wann, wie, in welchem Maß eine solche Veränderung auf Grund der Sache vorgenommen werden kann: die öffentliche Gewalt darf das nicht für sich in Anspruch nehmen.<

Hieraus kann man ableiten, daß dem Euro der Mangel anhaftet, nicht durch eine Volksabstimmung eingeführt worden zu sein. Ich bringe noch drei Ausschnitte von Oresme. Wer die Suchfunktion am Kopf des Inhaltsverzeichnisses meiner Netzpräsentation benutzt, kann anderen Orts weitere Zitate von Oresme finden. Es ist auch eine neuere Übersetzung von Oresme auf dem Markt.

### Zweites Hauptstück.

#### AUS WELCHEM STOFF GELD SEIN MUSS.

Da das Geld Mittel zum Austausch natürlicher Reichtümer ist, wie aus obigem hervorgeht, so mußte es billigerweise dazu geeignet sein: das geschieht, wenn man es fühlen, wahrnehmen, leicht von Ort zu Ort bringen kann, eine bescheidene Geldsumme natürliche Reichtümer in größerer Menge erwirbt und andere Bedingungen erfüllt sind, die späterer Prüfung unterliegen. Die Münze muß daher seltenem und kostbarem Stoffe entstammen, wie das Gold einer ist. Allerdings darf hinreichende Fülle nicht ermangeln: wo Gold fehlt, müssen aus Silber Münzen geschlagen werden. Genügten aber beide nicht, so muß Mischung oder Prägung aus einem anderen reinen Metalle an ihre Stelle treten. So benützte das Altertum die Bronze zur Münze. Ovid sagt es im Buch der Fasti: „Früher gab man Erz, heute hat das Gold einen besseren Ruf. Das alte Geld ward durch das neue besiegt.“ Einen

ähnlichen Wandel versprach der Herr durch Isaias: „Für Erz werde ich Gold bringen und an Stelle des Eisens Silber<sup>1)</sup>“. Denn diese Edelmetalle sind als Zahlungsmittel vorzüglich geeignet.

-----  
1) Isaias LX, 17.

— 39 —

Cassiodorus berichtet: „Es heißt, der Assyriekönig Ninus habe als erster Gold und Silber ausfindig gemacht und dem menschlichen Gebrauch zugeführt, was ihm größtes Lob eintrug.“ Es ist deshalb nicht zuzugeben, daß bedeutende Mengen davon anderem Gebrauch zugewiesen werde, so daß der Rest nicht mehr zum Münzbedarf ausreicht. Theodorich, König Italiens, erkannte das wohl und befahl: Gold und Silber, das Völkersitten in Totengräber verschachert hatte, sollte abgeliefert und zu öffentlichem Segen dem Geldgebrauch zugeführt werden. Es sei schuldbar, das in den finsternen Wohnungen der Toten nutzlos zu verbergen, womit sich das Leben der Erdenbürger fördern lasse. Kluger Staatsleitung ist es nicht wenig hinderlich, wenn diese Materie im Überfluß vorhanden ist. Aus diesem Grunde wurden die Kupfermünzen vom Gebrauch ausgeschlossen, wie Ovid berichtet. Schon deswegen mag vielleicht dafür gesorgt worden sein, daß Gold und Silber, beste Münzstoffe, schwierigst in Fülle zu erlangen sind. Alchimie hat es nicht leicht, sie herzustellen. Mögen es auch einige umsonst versucht haben. Denn gerechterweise lehnt sich, wie gesagt, die Natur selbst dagegen auf. Wahn ist, zu versuchen, sie zu übertreffen.

Währungsreformer, die glauben, man könne in einem Währungsbereich konkurrierende Währungen installieren und vielleicht daher gemünztes Gold oder an Gold gebundenes Papiergeld einführen möchten, berufen sich auch auf Oresme. Meines Erachtens ist das nicht berechtigt. Wenn man seine Aussagen im Zusammenhang liest, wird deutlich, daß Oresme sich für Gold und Silber ausspricht, nicht weil sie einen Eigenwert haben, sondern weil aus diesen Metallen geprägte Münzen nicht beliebig in den Verkehr gebracht werden können. Wenn die edlen Metalle nicht ausreichend vorhanden sind, muß man eben auf unedle Metalle oder auf Legierungen zurückgreifen. Die unterschiedliche Wertigkeit der Münzen dient unter Berücksichtigung des leichten Transports der Abwicklung von kleinen und großen Geschäften wie bei der Ausgabe von Banknoten mit unterschiedlicher Wertigkeit. Ich sehe in Oresme ein Vorläufer der Quantitätstheoretiker des Geldes.

Achtes Hauptstück.  
ÜBER GELDVERÄNDERUNGEN IM ALLGEMEINEN.

Vor allem wisse man: ohne offenkundige Notwendigkeit sollen frühere Gesetze, Statuten, Anordnungen, Gewohnheiten aller Art,

welche die Gemeinschaft betreffen, nicht abgeändert werden. So lehrt Aristoteles im zweiten Buch der Politik. Ein positives altes Gesetz ist nicht zugunsten eines neuen und vielleicht besseren abzuschaffen, außer es liege ein großer Unterschied in ihrer Güte vor. Denn solche Änderungen erschüttern Autorität und Ehrfurcht vor den Gesetzen in hohem Maße, falls sie häufig vorkommen. Ärgernis und Murren im Volk und Gefahr der Auflehnung sind Folgen. Um wieviel mehr erst, wenn diese Wandlung zum Schlechten hin geschieht! Dann wäre sie völlig untragbar und ungerecht. Nun ist es aber so, daß der Wert der Zahlungsmittel in einem Königreich eine Art Gesetz und feste Bestimmung sein muß. Daß gewisse Gehälter und Jahreseinkünfte dem Geldpreis entsprechend festgelegt wurden, nämlich auf eine bestimmte Summe von Pfund oder Silbermünzen hin, beweist es. Daraus ergibt sich, daß man nie eine Mutation der Zahlungsmittel vornehmen darf, außer in höchster Not oder mit offenkundigem Vorteil für alle Geldbesitzer. So lehrt auch Aristoteles im fünften Buch seiner Ethik, wo von Münzen die Rede ist: sie müssen in Wahrheit unverändert bleiben.

Die Zahlungsmittelveränderung geschieht, soweit ich im allgemeinen ermessen kann, auf vielfältige Weise. Einerseits betreffs der Form oder Gestalt, andererseits im Verhältnis, anders in der Substanz des Münzstoffes, in der Benennung, der Menge oder dem Gewichte: auf jede dieser fünf Weisen, einzeln oder zusammen, können Zahlungsmittel verändert werden. Es ist daher statthaft, anlässlich dieser Arten zu erklären und mit Vernunft zu ergründen, ob nicht auf irgendeine Weise Geld mit Recht verändert werden könne: Wann, durch wen, wie und weshalb.

Gibt es einen Grund für die EZB das Recht in Form des Euro durch die Infaltionierung zu ändern, die mit Vernunft ergründet und erklärt werden können?

Siebzehntes Hauptstück.  
ÜBER EINIGE DEN FÜRSTEN BETREFFENDE UNBILLIGKEITEN, DIE  
SICH AUS GELDABWERTUNGEN ERGEBEN.

Viele und große Unbilligkeiten gehen aus Abwertungen hervor. Einige davon betreffen den Fürsten, andere die gesamte Gemeinschaft, andere vor allem Teile derselben. Es ist noch nicht lange her, daß man mehrere solche im Königreich der Franken verwirklicht sah. Einige Nachteile wurden schon berührt, andere verdienen noch eigens aufgezählt zu werden.

Erstens ist es überaus häßlich und verachtenswert, wenn der Staat vor aller Augen einen Betrug begeht, Geld fälscht und Gold nennt, was keines ist, ein Pfund heißt, was keines mehr ist, und so fort (vgl. 12. und 13. Kapitel). Zweitens steht es ihm zu, Falschmünzer zu bestrafen. Wie könnte er hinreichend in Schmach er-

röten, wenn man bei ihm selbst vorfände, was er bei anderen mit ; dem schmachvollsten Tode bestrafen muß? Drittens ist es ein Skandal, wie es im 8. Kapitel hieß, und verachtenswert für ein Staatsoberhaupt, das Geld des Landes niemals auf demselben Stand zu belassen, sondern von Tag zu Tag zu verändern: an diesem Orte stärker als an jenem zu gleicher Zeit. So weiß man sehr oft während dieser Wandlungszeit nicht, wieviel diese oder jene Münze wert ist, ob man Waren kaufen oder verkaufen oder Geld losschlagen, den Preis ändern soll, was gegen seine Natur ist. So besteht betreffs des Dinges, das ganz sicher sein müßte, kein Bestand mehr, vielmehr größere und all-gemeinste Verwirrung, zum Tadel des Staatsoberhauptes.

Ebenso ist es widersinnig und königlicher Würde ganz fremd, den Umlauf wahren und guten Geldes im Königreich zu untersagen, und aus Geldgier vorzuschreiben, ja die Untertanen zu zwingen, weniger gutes Geld zu gebrauchen: gleichsam als hieße man gut, was schlecht ist und umgekehrt. Rief der Herr diesen nicht durch den Propheten zu: „Wehe euch, die ihr Gutes schlecht und Schlechtes gut nennt“<sup>1)</sup>? Und wiederum, ziemt sich für Fürsten, den Vorfahren gegenüber pietätlos zu verfahren? Ist nicht jedermann durch des Herrn Gebot, Eltern zu ehren, verpflichtet? Der Fürst scheint aber der Ehre seines Zeugers Schmach anzutun, wenn er ihr gutes Geld einzieht und es samt ihres Bildnisses einschmelzt: an Stelle des Goldgeldes, das sie schufen, setzt er Bastardgeld. In den Büchern über die Königreiche <sup>2)</sup> scheint darauf hingewiesen zu sein, wo es heißt, Roboam schuf an Stelle des goldenen Wertzeichen seines Vaters Salomon ein solches aus Bronze. Deswegen verlor er 10 Stämme seines Volkes, das er seit Anbeginn zu sehr mit Steuern belastet hatte. Ein König muß Abscheu vor tyrannischen Taten haben. Geldabwertungen sind, wie gesagt, häufig solche. Sie sind auch der ganzen königlichen Nachkommenschaft zum Fluch und zur Gefahr, was folgendes eingehender zeigen wird.

1) Isaias V,20. 2) Reg. III,14.

---

Im zweiten Absatz werden die zwei Prozent Inflation p.a., die von der EZB als Preisniveaustabilität ausgegeben werden angesprochen. Wie kann man behaupten, daß die Verwässerung des Euro durch den Ankauf von Schuldtitel notleidender Staaten keine Auswirkungen hat, wenn man es doch besser weiß. Ein Betrug bleibt auch dann Betrug, wenn er mit Worten begangen wird, die die Notwendigkeit begründen sollen. Der dritte Absatz verweist auf den Komplex, der mit dem Grasham´schen Gesetz beschrieben wird.

## **5. Abschnitt**

Ich kehre zurück zu der Eröffnungsrede von Jens Weidmann zum Bargeldsymposium. Er sagte - so steht es unter "3. Vertrauen ..." geschrieben:

> Papiergeldwährungen müssen aber nicht zwangsläufig in der Inflation enden. Um jedoch zu verhindern, dass die Notenbanken für die Finanzierung von Staatsausgaben eingespannt werden, müssen sie unabhängig sein und ein Mandat haben, das der Sicherung der Geldwertstabilität Vorrang vor anderen Zielen gibt. <

Heute, am 16. Oktober, vermeldet die Hannoversche Allgemeine Zeitung im Wirtschaftsteil unter der Überschrift "Bafin-Chefin sieht viele Fragen offen":

>... "Nicht systemrelevante Banken sollten weiterhin national beaufsichtigt werden", sage die Präsidentin der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin), Elke König, gestern in München. Sie habe auch "noch keine überzeugende Antwort gehört" wie die Europäische Zentralbank ihren Zielkonflikt zwischen Bankenaufsicht und Geldpolitik lösen wolle. ...<

Diese Meldung erinnert mich daran, daß jene vom 28. September 2012 mit der Schlagzeile "**Weidmann gegen Bankenaufsicht bei der EZB**" der Impuls für meine jetzigen Bemühungen<sup>10</sup>, die Verirrungen in der Banken- und Währungspolitik aufzuzeigen, war. In dem zuletzt wiedergegebenen Zitat von Weidmann geht es ja a) um das Verhältnis zwischen Papiergeldwährung und Inflation und b) um das Mandat für die Sicherung der Geldwertstabilität.

**Zu a)** Wenn auch Warenwährungen - wie eine silber- oder goldgedeckte Währung - eher zur Deflation neigen, weil das Basismaterial nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung steht, ist bei ihnen eine Inflation auch nicht ausgeschlossen. Neue Funde von Edelmetallstätten können genauso dazu führen, wie das Beuteglück von kriegerischen Staaten. Der Lernprozeß mit dem Papiergeld war - geschichtlich gesehen - mühsam und ist bis heute offensichtlich noch nicht beendet. Trotz der Aufklärungsarbeit von Silvio Gesell und seiner Schüler, daß das Geld durch seine Funktion und Mengenbegrenzung seinen Wert erhält und nicht durch seinen Stoffwert, glaubte man nach dem Ersten Weltkrieg noch, daß Geld müsse gedeckt sein. Im Netz fand ich dazu folgende Aussage:

---

<sup>10</sup> Wenn in einem Arbeitszeugnis steht "Er bemühte sich ...", dann heißt das ja, er packte es nicht. Dieses Risiko gehe ich hier bewußt ein, denn, wenn wir alle warten, bis kompetentere Leute ihren Mund aufmachen, kann es schon mal wieder zu spät sein.

### > **Die Währungsreform 1923**

Die rasant fortschreitende Inflation machte eine grundlegende Reform der Währung unumgänglich. Ein harter Währungsschnitt war zugleich Voraussetzung für die nach dem Ende des Ruhrkampfs von Reichskanzler Gustav Stresemann anvisierten Verhandlungen mit den Siegermächten des Ersten Weltkriegs über die deutschen Reparationen.

Mit der Errichtung einer Deutschen Rentenbank leitete die Reichsregierung Mitte Oktober 1923 die Rückkehr zu einer stabilen Währung ein. Da das Deutsche Reich zur Deckung des Grundkapitals der Rentenbank nicht über genügend Goldvorräte verfügte, wurden der Grundbesitz von Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe mit einer Hypothek von 3,2 Milliarden Rentenmark belastet.

Die Rentenbank begann am 15. November 1923 die Rentenmark als neues Zahlungsmittel herauszugeben. Der Wechselkurs einer Rentenmark war mit einer Billion Papiermark festgelegt worden, ein US-Dollar entsprach 4,20 Rentenmark. Reichsfinanzminister Hans Luther und Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht gelang es in den folgenden Monaten, den Kurs der neuen Währung durch Einschränkung des Geldumlaufs und drastischen Sparmaßnahmen im Haushalt stabil zu halten. Durch die Normalisierung des Wirtschaftslebens und die Beruhigung der innenpolitischen Situation wurde vom "Wunder der Rentenmark" gesprochen.

Die Rentenmark war jedoch nur als Übergangslösung zur Überwindung der Inflation eingeführt worden. Am 30. August 1924 wurde sie im Rahmen des Dawes-Plans von der Reichsmark abgelöst, die durch Gold und wertbeständige Devisen gedeckt war und die deutsche Währungsstabilität garantieren sollte. <

<http://www.dhm.de/lemo/html/weimar/innenpolitik/waehrungsreform/index.html>

Der Hinweis in der Darstellung, daß die Rentenmark nur eine Übergangslösung war zur Wiedereinführung einer Währung auf der Basis einer Golddeckung macht noch deutlicher, daß man noch weit weg war von einem funktionalen Verständnis der Währung und in der Politik noch gebunden war an der Vorstellung, daß Geld einen „inneren“ Wert haben müßte. Auch herrschte in der Wirtschaftspolitik die Vorstellung noch vor, daß es für das Wohl des Volkes auf einen stabilen Außenwert des Geldes, auf einen festen Wechselkurs ankäme. Daß eine Notenbank nicht zwei unterschiedliche Ziel, den stabilen Binnenwert und den Außenwert einer Währung realisieren kann, hatte sich damals noch weniger herumgesprochen als heute. Letztlich hat die damalige Währungspolitik mit dem Ankauf von Gold – das unproduktiv im Tresor eingeschlossen wurde -, das hohe Kosten durch den Kreditkauf verursachte und in der einsetzenden Weltwirtschaftskrise zu einer Deflation <sup>11</sup> mit hohen Arbeitslosenzahlen führte, den

<sup>11</sup> „Die gesteigerte Wirkung der Akkumulation von toten Goldreserven in einigen wenigen Ländern war die,

Boden für die Herrschaft des Nationalsozialismus geführt. Die Hauptursache des Elends des 20. Jahrhunderts war die nicht sachgerechte Handhabung der Papiergeldwährung und das Ausweichen in problematische Formen der Währung.

Gehen wir in der geschichtlichen Betrachtung der Handhabung von Papiergeld weiter zurück. 1974 hat die Deutsche Sparkassenzeitung eine Serie über das „Geld in China“ gebracht. Der fünfte Teil vom 20. August 1974 / Nr. 63 hat die Überschrift „Auch Papiergeld gab es schon“. Verfasser ist Hans Gundermann. Ich bringe daraus ein paar Auszüge:

> ...Papier wurde schon im ersten nachchristlichen Jahrhundert in China in vorzüglicher Qualität aus Lumpen, Hanf und Rinde hergestellt. Tinte wurde im fünften Jahrhundert n. Chr. aus Lampenruß fabriziert. Hölzerne Druckstöcke wurden nachweisbar um 770 n. Chr. verwendet, es ist möglich, daß es sie schon früher gab. Man stellte Spielkarten und — was nahe liegt — auch Papiergeld her. ...

... Doch zurück zum Papiergeld. Das älteste uns bekannt gewordene stammt aus der Zeit der Ming-Dynastie (14. Jahrhundert). Doch schon im 9. nachchristlichen Jahrhundert soll die kaiserliche Regierung davon Gebrauch gemacht haben. Wir wissen nicht, ob das stimmt. Ein anderer Bericht erwähnt Papiergeld unter der Sung-Dynastie, als der Kaiser Shau-King regierte. Das war um 1170 n. Chr. Ein uns vorliegendes Stück hat die beachtlichen Ausmaße von 13,5 mal 23 cm. Es enthält neben zahlreichen Schriftzeichen auch viele Verzierungen, in denen geometrische Figuren und Bänder lieblich von Blumenknospen und Blüten, unterbrochen oder auch ergänzt werden. Offensichtlich diente die Fülle des Schmuckes einmal der Verschönerung des Geldscheins, zum anderen aber auch, etwaigen Fälschern das Handwerk zu erschweren. Es ist kein Zweifel, daß man mit solchen Missetätern rechnete, denn ein Teil des Bild-Textes besagt:  
Wer Geldscheine nachmacht oder verfälscht, dem wird der Kopf abgeschlagen. ...

... Geldscheine lassen sich nach Belieben vermehren. Nicht nur von Fälschern, sondern auch von legitimierten Vertretern der Staatsmacht. Ob auch diese dann den Kopf verloren, hing von der Stärke ihrer Regierungsgewalt oder der Kraft und dem Zorn der um ihr -Geldvermögen betrogenen Bevölkerung ab. Ohne in das Einzelne gehen zu wollen, ist festzustellen: Inflationen gab es auch in China schon in der Zeit, die wir das Mittelalter nennen. Wer den merkwürdigen Ehrgeiz hat, zu beweisen, in Europa habe es schon zu Beginn des 4. nachchristlichen Jahrhunderts eine Inflation gegeben, als der römische Kaiser Diokletian einen Preis- und Lohnstopp verfügte (der natürlich mißlang, wie alle späteren gleichen und ähnlichen Eingriffe), der sei darauf hingewiesen, daß die ersten chinesischen

---

daß ein großer Teil der Weltbestände an Gold stillgelegt und die Goldknappheit sehr verstärkt wurde, was einen starken Deflationsdruck zur Folge hatte. „Der Zusammenbruch der Goldwährung“ Gustav Cassel, 1937, S. 180 f.

Inflationen — im Gegensatz zu der des Diokletian — auf der Hochflut von wertlosem Papiergeld beruhten. Papiergeld wurde europäischen Ländern erst später zum Verhängnis.

Natürlich ist im Prinzip nichts gegen Papiergeld zu sagen, solange sich die ausgegebene Menge in einem volkswirtschaftlich vertretbaren Rahmen hält. Dieser Grundsatz ist nicht auf ein Land oder auf eine Wirtschaftsmacht beschränkt. Da Geldscheine in der Praxis einfach zu handhaben sind, werden sie, sobald eine Inflation überwunden ist, von neuem ausgegeben; vielleicht mit anderem Namen, vielleicht auch mit einer anderen Deckungsgrundlage. <

Es liegen also sehr frühe Erfahrungen mit dem Papiergeld vor, aus denen wir hätten schon eine bessere Handhabung für uns Menschen von heute ableiten können. Aber der Autor, Hans Gundermann, ging bei der Niederschrift seines Berichtes über das Geld in China auch noch davon aus, daß Papiergeld eine Deckung braucht. <sup>12</sup>

Ich mache mit Adolf Damaschkes "Geschichte der Nationalökonomie" (Bd. 1, 1922) einen Sprung in die Europäische Geschichte. In dem Kaptitel V "Die Physiokraten" unter "5. Die Vorläufer" geht auf den Schotten John Law <sup>13</sup> ein. Bei Damaschke heißt es:

> Als Ludwig XIV. am 1. September 1715 starb, hinterließ er eine Schuldenlast von 2000 Millionen Livres. Frankreich war bankrott. Philipp von Orleans aber, der Vormund des fünfjährigen Thronfolgers, wollte keine Einschränkung der Ausgaben für den Hof und wünschte deshalb keine Klärung der finanziellen Verhältnisse.

In dieser Lage erschien ihm der Schotte John Law als Retter in der Not. ... <  
(S. 258)

John Law legte 1705 dem Parlament in Schottland seine Reformpläne vor: "Betrachtungen über Geld und Handel - mit einem Plan, das Volk mit Geld zu versehen."

> Sie waren: Gold und Silber scheinen nicht geeignet, als Geld einen allgemein anerkannten Wertmaßstab zu bilden, da sie selbst Naturerzeugnisse sind, deren Preis durch ein erhöhtes Angebot zum Sinken, durch ein vermindertes Angebot zum Steigen zum Steigen gebracht wird. Ein Wertmaßstab

---

12 Auf der Suche nach den Beiträgen zum Geld in China kam mir auch die Ausgabe der Deut.Spark-Zeitung vom Juli 1974 vor die Augen, Der damalige Präsident des Dt. Spark.-und Giroverbandes, Helmut Geiger, schreibt darin über die Stabilität als Voraussetzung für die Marktwirtschaft. Daraus eine Passage:  
**Ohne Stabilität kein Vertrauen** / Die Fülle der Probleme und negativen Auswirkungen, die die inflationäre Entwicklung der letzten Jahre für unsere Wirtschaft mit sich gebracht hat, bestätigt, daß Geldwertstabilität die entscheidende Voraussetzung für die Marktwirtschaft ist. Ohne stabilen Geldwert kein Vertrauen-, ohne Vertrauen keine stetige langfristige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. ...

13 Die Lebensumstände von John Law, soweit sie interessieren, bitte ich unter dem nachfolgenden Link nachzuschauen. [http://de.wikipedia.org/wiki/John\\_Law](http://de.wikipedia.org/wiki/John_Law) .

aber müsse möglichst unveränderlich sein. Dieser Bedingung entspräche am besten der Boden, dessen Wert man durch Grundscheine beweglich machen könne. Es sei deshalb eine Staatsbank zu errichten, welche bis zu 2/3 des Bodenwertes Papiergeld ausgäbe. Die Vermehrung der Geldmittel führe notwendig zu einer Herabsetzung des Zinsfußes der Staatsanleihen. Wohlfeiles Geld schaffe reiche Arbeitsgelegenheit. Wohlfeile Waren befruchteten den Handel. Allerdings sei das Geld im Verkehr mit dem Ausland nicht zu gebrauchen. Aber das sei ein Vorteil, da das Land dadurch vor ungünstigen Handelsbilanzen geschützt würde.

In Schottland hatte Law mit seinen Plänen kein Glück, aber in Frankreich erhielt er 1716 die Erlaubnis eine Privatnotenbank zu errichten. Er hatte damit einen riesigen Erfolg. "1719 verteilte die Bank 40% Gewinn." ... "Bankanteile mit einem Nennwert von 500 Livres waren zeitweise bis auf 18000 gestiegen." Diese Anteile konnte man später für 20 Livres kaufen und am Ende war der französische Staatsbankrott unvermeidlich. Der französische Staat hatte das System für sich ausgenutzt. Der Staatsbankrott erfolgte mit einer Schuldenlast von 3000 Millionen Livres. Alle die an die Versprechungen des Staates geglaubt hatten, verloren ihre Ersparnisse. Der Hinweis auf diese Pleite diente danach als Abwehr gegen erforderliche gesellschaftliche Reformen. Es interessieren hier nicht im einzelnen die Struktur der privaten Notenbank und die Art der Gesellschaften, die in Folge von Laws Aktivitäten entstanden. Entscheidend ist für uns heute: a) Die Verquickung von privatwirtschaftlichem Interesse und die Aufgaben einer Notenbank, die eben nicht privatwirtschaftliche Interessen zu verfolgen hat, kann nur Unheil stiften. b) Ein Notenbanksystem, das fiskalpolitisch mißbraucht werden kann, wird auch fiskalpolitisch mißbraucht. Dieses zeigen auch die Vorkommnisse unserer Tage. c) Einmal mehr wurde bewiesen, daß es bei der Werthaltigkeit des Geldes nicht auf seine Deckung ankommt, sondern auf sein im Umlauf befindliches Volumen. Dabei ist ohne Bedeutung, ob die 2/3-Deckung des Bodenwertes eingehalten wurde oder nicht. Auch ist es nicht von Belang, welcher Boden zur "Deckung" der Währung einbezogen wurde oder wird.

**Zu b)** Es bleibt noch der zweite Satz in dem Zitat von Weidmann auf Seite 21 (?) zu kommentieren. Um den Leser das Zurückblättern zu ersparen, wiederhole ich ihn hier:

> Um jedoch zu verhindern, dass die Notenbanken für die Finanzierung von Staatsausgaben eingespannt werden, müssen sie unabhängig sein und ein Mandat haben, das der Sicherung der Geldwertstabilität Vorrang vor anderen Zielen gibt. <

Nach dem Bundesbankgesetz<sup>14</sup> ist das vorrangige Ziel, "die Preisstabilität zu gewährleisten".

<sup>14</sup> Siehe auch:

[http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Standardartikel/Bundesbank/Aufgaben\\_und\\_Organisation/aufgaben.html#doc26430bodyText2](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Standardartikel/Bundesbank/Aufgaben_und_Organisation/aufgaben.html#doc26430bodyText2)

§3. <http://www.gesetze-im-internet.de/bbankg/BJNR007450957.html> Und im §12 des Bundesbankgesetzes steht:

> Die Deutsche Bundesbank ist bei der Ausübung der Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen, von Weisungen der Bundesregierung unabhängig. Soweit dies unter Wahrung ihrer Aufgabe als Bestandteil des Europäischen Systems der Zentralbanken möglich ist, unterstützt sie die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. <

Und in Ergänzung auf der europäischen Ebene ist im 2. Protokoll des EU-Vertrages, Kapitel II, Artikel 2 zu lesen:

> Nach Artikel 105 Absatz 1 dieses Vertrags ist es das vorrangige Ziel des ESZB, die Preisstabilität zu gewährleisten. Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Zieles der Preisstabilität möglich ist, unterstützt das ESZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft, ... <<sup>15</sup>

Und unter Kapitel III, Artikel 7, Unabhängigkeit, ist zu lesen:

>Nach Artikel 107 dieses Vertrags darf bei der Wahrnehmung der ihnen durch diesen Vertrag und diese Satzung übertragenen Befugnisse, Aufgaben und Pflichten weder die EZB noch eine nationale Zentralbank noch ein Mitglied ihrer Beschlußorgane Weisungen von Organen oder Einrichtungen der Gemeinschaft, Regierungen der Mitgliedstaaten oder anderen Stellen einholen oder entgegennehmen. Die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft sowie die Regierungen der Mitgliedstaaten verpflichten sich, diesen Grundsatz zu beachten und nicht zu versuchen, die Mitglieder der Beschlußorgane der EZB oder der nationalen Zentralbanken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.<

Formal ist der Auftrag und die Unabhängigkeit schon gegeben. Und wenn die Nichteinmischung der Politik in die Geschäfte der DBB und EZB mit Sanktionen belegt worden wären, dann müßten einige Politiker vor den Kadi gezerrt werden. Aber nach meiner Einsicht sind schon im Artikel 109 (Konvergenzkriterien) des EG-Vertrages Unsicherheiten darüber eingebaut, was denn wohl Preisstabilität bedeutet. Da steht nämlich über die Erreichung der Konvergenzkriterien u.a.:

> - Erreichung eines hohen Grades an Preisstabilität, ersichtlich aus einer Inflationsrate, die der Inflationsrate jender – höchstens drei – Mitgliedsstaaten nahe kommt, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben. <

---

15 „Der Vertrag / Europäische Union Europäische Gemeinschaft, Die Vertragstexte von Maastricht ..., 1996, S. 37

Ich weiß jetzt nicht, mit welchen Inflationsraten die Beitrittskandidaten als Sieger auf das "Orientierungspodest" gekommen sind. Nur nach dieser Formulierung ist z. B. das Mittel von 8% aus 5, 9 und 10% Inflation schon eine Preisniveaustabilität. Nach so einem Verständnis von Preisniveaustabilität kann die EZB noch mit weiteren Ankäufen von Schrottpapieren die allgemeine Wirtschaftspolitik unterstützen, ohne ein schlechtes Gewissen haben zu müssen. Die Crux mit der Unabhängigkeit der Notenbanken – die ja nicht gewährt worden ist, damit die Zentralbanken machen können, was ihnen gerade so einfällt, sondern, damit die Finanzpolitiker keinen Zugriff auf die Notenpresse bekommen – und dem eindeutigen Mandat entspricht, a) daß die EU-Verträge so umfangreich und ungenau sind, daß gute Rechtstechniker vielerlei Rechtfertigungen aus ihnen ableiten können und b) daß die Verträge die Verworrenheit der herrschenden Währungstheorie widerspiegeln.

## **6. Abschnitt**

In dem Referat von Helmut Rittgen, Zentralbereichsleiter Bargeld der Deutschen Bundesbank mit dem Titel „Bargeld - ein Zahlungsmittel von gestern?“ auf dem Bargeldsymposium der Deutschen Bundesbank 10. Oktober 2012 in Frankfurt am Main ist zu lesen:

> Sie sehen also, dass Bargeld sich sowohl gestern, als auch heute großer Beliebtheit erfreut, und zwar vor allem aus Gründen, die nichts mit der Zahlungsmittelfunktion im Inland zu tun haben. Als Zahlungsmittel hingegen war Bargeld in der Vergangenheit zwar sehr gebräuchlich, doch heutzutage gibt es viele Alternativen: die GeldKarte für Kleinbetragszahlungen, die girocard für mittlere bis größere Beträge und die Kreditkarte sowohl für hohe Beträge, als auch für spezielle Verwendungszwecke wie Auslandsreisen, Hotelbuchungen oder Interneteinkäufe. Der ohnehin verhältnismäßig geringe Anteil des Bargeldumlaufs für Transaktionszwecke – 10 % bis 15 % – könnte also zukünftig weiter geschmälert werden, falls Bargeld wirklich ein Zahlungsmittel von gestern ist. Banken und Kartenemittenten werden nicht müde, auf die Vorteile der Kartenzahlung hinzuweisen: ...

... Doch sehen das die Konsumentinnen und Konsumenten genauso? Sicherlich zum Teil ja, denn die Kartenzahlungen nehmen seit Jahren zu. Gleichwohl ist Bargeld auch heute noch das meist genutzte Zahlungsinstrument. Es stellt sich die Frage, was die Bevölkerung dazu motiviert, nach wie vor über 50 % der Umsätze und über 80 % der Transaktionen bar zu bezahlen? <

Ich sehe einen Widerspruch zwischen der Aussage: „Bargeldumlaufs für Transaktionszwecke

– 10 % bis 15 %“ und „nach wie vor über 50 % der Umsätze und über 80 % der Transaktionen bar“.<sup>16</sup> Aber egal ob Helmut Rittgen sich hier irrt oder ob ich ein Verständnisproblem habe, wichtig ist, daß bei den bargeldlosen Übertragungsarten von Geld zwar von Zahlungsmittel gesprochen werden darf, aber eben nicht vom Geld, wie es leider auch die Bundesbank macht. Der Grund ist eben, daß diese widersinnige Begriffsverwendung eine Ursache der Verwirrung in der Währungstheorie und Währungspolitik ist. Auch wenn ich mich wiederhole, da Guthaben auf den Girokonten ist kein Geld, sondern es sind Ansprüche oder Forderungen auf Geld, es ist kurzfristiges Kapital. Wenn mit einer Scheckkarte oder einem anderem Medium diese Ansprüche auf das physische Geld auf andere Personen übertragen werden, dann kann statt des Absenders (des alten Berechtigten) eben der Empfänger (der neue Berechtigte) von seiner Bank die Herausgabe dieses Geldes verlangen. Der alte und der um elektronische Übertragungsmöglichkeiten erweiterte Giroverkehr ist eine zeitliche Verkürzung des Weges des Bargeldes in seinem Umlauf. Für eine bestimmte Anzahl von Zahlungsbegleichungen im Markt braucht es weniger (Bar-)Geld, weil es schneller wieder zum Einsatz kommen kann. Der Giroverkehr ist also eine Beschleunigung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Die Auswirkungen dieser Beschleunigung kann durch die Reduzierung der Geldmenge, die im Verkehr ist, ausgeglichen werden. (Nebenbei: Die Steigerung der Umschlaghäufigkeit des Geldes findet ihre Grenze in dem Maximum der Leistungserbringung bzw. des Produktionsrhythmus der Realwirtschaft.) Wichtig sind diese Feststellungen sowohl für die Entwicklung des richtigen Instrumentariums zur Einhaltung der Preisniveaustabilität und für eine klare Trennung der Funktionen und Kompetenzen von Noten- und Geschäftsbanken.

Theoretisch ist es denkbar, daß der bargeldlose Zahlungsverkehr einen solchen Umfang annimmt, daß die (Bar-)Geldmenge zu gering wird, um sie noch im Sinne der Preisniveaustabilität steuern zu können.<sup>17</sup> Auch wenn diese Überlegung stimmen sollte, von einer solchen Situation sind wir weit weg. Aber realisierbar ist ein rein virtuelles Geld, daß weder in der gedruckten noch in der gemünzten Form besteht, sondern daß die Zentralbank dann direkt auf reine Geldkonten schöpft (Von Prägung kann dann ja keine Rede mehr sein.) Das wären dann aber Konten, auf denen dann die Geschäftsbanken keinen rechtlichen – im Sinne von Verrechnungen mit Kreditkonten -, sondern nur einen technischen Zugriff - im Sinne von Auftragsausfüh-

---

16 Vermutlich beziehen sich die erstgenannten Zahlen auf die Umsätze in der Produktion und im Großhandel und die anderen Zahlen auf die Ebene der Endverbraucher. Die HAZ meldet am 18. 10.12 mit Bezug auf eine Studie der Bundesbank „53 Prozent aller Ausgaben für Waren und Dienstleistungen entfielen 2011 noch auf Geldscheine und Münzen.“ ...

17 Die Verlagerung der Zahlungsvorgänge mittels Übergabe von Noten und Münzen hin zur Übertragung per Papier-Scheck oder der Bezahlung mit der Scheckkarte ist aber kein unbeeinflussbarer Naturprozeß.

rungen der Kontoinhaber - haben dürften.<sup>18</sup> Neben diesen reinen Geldkonten, die um keinen Cent überzogen werden könnten, würden dann die heutigen Girokonten weiter bestehen.

Dem Referat von Helmut Rittgen sind weiter Zahlen für die Erklärung der Turbulenzen am Geld- und Kapitalmarkt und für die Einschätzung der Gefährdung der Euro-Währung zu entnehmen. Es heißt bei ihm:

> Die Nachfrage nach physischem Geld ist ungebrochen, wie auch die nächste Folie zeigt.

Hier sehen Sie nochmals die Entwicklung des Euro-Banknotenumlaufs im Eurosystem und als Teilmenge davon in Deutschland seit 2002. Die jährlichen Wachstumsraten liegen nach wie vor zwischen 5 % und 10 %. Die zwischenzeitlichen hohen Werte im Jahre 2009 waren finanzkrisenbedingt, als die Nachfrage insbesondere nach 500-Euro-Banknoten steil nach oben ging.

Diese hohe Nachfrage beruhte jedoch nicht in erster Linie auf der Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel. Vielmehr wurde und wird Bargeld als Wertaufbewahrungsmedium geschätzt. Dafür eignen sich 500-Euro-Banknoten natürlich besser als kleine Stückelungen. Unseren Schätzungen zufolge werden 10 % bis 30 % des von der Bundesbank emittierten Bargelds gehortet.

Der weitaus größte Teil des deutschen Banknotenumlaufs befindet sich jedoch nicht in unserem Land, sondern wird vom Ausland innerhalb und außerhalb der Eurozone nachgefragt. Der Anteil des Auslandsumlaufs an den kumulierten Nettoemissionen der Deutschen Bundesbank ist seit dem Jahr 2002 deutlich gestiegen. Ende 2009 belief er sich schätzungsweise auf knapp 70 %. Der Großteil davon befand sich in Ländern außerhalb der Europäischen Währungsunion. Das Wachstum des Umlaufs deutscher Euro-Banknoten wird somit fast ausschließlich von der Auslandsnachfrage getrieben. Diese Entwicklung sehen wir im Übrigen nicht erst seit der Euro-Einführung. Auch zu D-Mark-Zeiten befanden sich unseren Berechnungen zufolge zwischen 30 % und 40 % der Banknoten außerhalb Deutschlands. Der Grund, warum sich dieser Wert mittlerweile quasi verdoppelt hat, liegt in der größeren Bedeutung des Euro als internationale Reservewährung, gepaart mit der Tatsache, dass die Nachfrage nach Euro-Bargeld in hohem Maße von der Deutschen Bundesbank befriedigt wird. <

( [http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Kerngeschaeftsfelder/Bargeld/veranstaltungen\\_2012\\_10\\_10\\_bargeldsymposium\\_rittgen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Kerngeschaeftsfelder/Bargeld/veranstaltungen_2012_10_10_bargeldsymposium_rittgen.pdf?__blob=publicationFile) )

---

18 Bei genauerer Prüfung der Voraussetzungen eines rein virtuelles Geldes, kann sich herausstellen, daß die dann notwendigen Konten nicht bei den Geschäftsbanken geführt werden können, sondern bei der Zentralbank zu führen sind. Direkt Gelder halten und darüber verfügen kann dann nur, wer ein Geldkonto bei der Zentralbank hat. Über Forderungen auf das dann virtuelle Geld, kann dann auch verfügen, wer Guthaben oder einen Kredit bei einer Geschäftsbank hat.

Diese Zahlen beweisen, daß die Gefahr für die europäische Währung, für den Euro viel stärker vom Eurosystem selbst als von einer Zahlungsunfähigkeit der PIIGS-Staaten ausgeht. Wenn es naturgemäß auch schwierig ist, Zahlen über die Höhe der Hortung des Euros, des Ortes der Hortung und des Umlaufs von Euros außerhalb des Geltungsbereiches des Euro zu ermitteln. Siehe dazu auch: „ Der Auslandsumlauf von in Deutschland emittierten Euro-Banknoten“.

[http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Monatsberichtsauftaetze/2011/2011\\_01\\_auslandsumlauf\\_euro\\_banknoten.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Monatsberichtsauftaetze/2011/2011_01_auslandsumlauf_euro_banknoten.pdf?__blob=publicationFile)

Zur Bewertung der Zahlen sei an folgendes erinnert:

1. Das Geld erhält seinen Wert durch seine Funktion als Tauschvermittler. Die Wertbeständigkeit hängt davon ab, daß die im Umlauf befindliche - nicht auf die Stückzahl sondern auf die wertmäßigen Zahlen bezogene - Quantität des Geldes konstant im Verhältnis zu der Menge der Waren und Dienstleistungen bleibt, die aktuell im Markt sind bzw. gehandelt werden, bleibt.
2. Der Grad der Beschäftigung hängt davon ab, wie viel Einkommen wieder zur Nachfrage wird. Wird alles Einkommen in einer Zeitperiode wieder zur Nachfrage, kann es zu keiner konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit kommen.
3. Die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes sabotiert die des Tauschvermittlers- und letztlich auch die der Wertmeßfunktion des Geldes. Es besteht hier ein nicht aufhebbarer Widerspruch in den heutigen Geldverfassungen. Der Widerspruch kann sachlich aufgelöst werden. Die Auflösung des Widerspruchs wird aber durch ein Verharren in traditionellen Vorstellungen vom Geld bzw. durch ideologischen Denkweisen in der Wirtschaftswissenschaft und bei den Akteuren im Zentralbankumfeld nicht vorgenommen.
4. Da die Notenbanken den Umlauf des Geldes nicht beherrschen, beherrschen sie letztlich auch nicht die wirksame Geldmenge und in Folge nicht die Preisniveaustabilität des Geldes. Die geringe Inflationsrate des Geldes von heute wird mit einem unnötig aufgeblähten Instrumentarium und Personal erreicht und bleibt trotzdem ein Zufallsprodukt.
5. Für die Beurteilung der Preisniveaustabilität des Euros und für die Beschäftigung im Euro-Geltungsraum ist es weniger wichtig, wie viel Geld, das von der Bundesbank emittiert wurde

und außerhalb Deutschlands im Euro-Geltungsraum umläuft <sup>19</sup>, als vielmehr a) wie viel Geld mehr oder weniger im ganzen Euro-Geltungsraum ausgegeben wurde, b) wie viel innerhalb des Euro-Geltungsraumes <sup>20</sup> gehortet wird und c) wie viel Euros sich außerhalb des Euroraumes befinden. Ob die Noten dann dort umlaufen oder gehortet werden, ist egal, weil beide Gründe für den Euro-Geltungsbereich die Wirkung von Hortung haben.

Die Verhinderung der Vollbeschäftigung durch die Unsicherheit im Geldkreislauf und die Gefahr für die Wertstabilität des Euros durch die von den EZB und den nationalen Zentralbanken nicht kontrollier- und beherrschbaren Hortung des Geldes werden von der Politik und auch von den beteiligten Notenbanken offensichtlich immer noch nicht zur Kenntnis genommen.

Mit der Aussage: "Unseren Schätzungen zufolge werden 10 % bis 30 % des von der Bundesbank emittierten Bargelds gehortet." läßt sich ja noch nicht viel anfangen, weil es ja auf die Gesamthortung des Geldes im Euro-Geltungsbereich ankommt. Aber nimmt man hier mal den Mittelwert von 20% Hortung für den Geltungsbereich des Euro an, dann haben wir bei einem Geldumlauf von 80% des emittierten Geldes eine Inflationsrate von rund 2%. Diese jährliche Rate würde gleich auf 2,5 % anschwellen, wenn 100% des emittierten Geldes in Umlauf kämen, denn nach dem Dreisatz lautet das Ergebnis:

80% des umlaufenden Geldes erzeugen bei dem gegebenen Gütervolumen 2 % Inflationen

1 % des umlaufenden Geldes erzeugen  $2 : 80 = 0,025$  Inflation p.a.

100 % des umlaufenden Geldes erzeugen  $0,025 \times 100 = 2,5$  % Inflation p.a.

Gehen wir mal davon aus, daß 30 % des im Euroraumes emittierten Geldes in Horte gehalten wird und 50% dieses emittierten Geldes sich außerhalb des Euro-Geltungsbereichs befindet, dann würde schon die umlaufende Geldmenge von 20% der emittierten Ausgabe eine Inflationsrate von rund 2 % bewirken. Käme jetzt aber 100% der emittierten Geldmenge zum Einsatz, dann hätten wir eine Inflationsrate von 10 % ( $2 : 20 \times 100 = 10$ ) p. a. zu verzeichnen.

Würden aber die 80% des jetzt inaktiven Geldes auf einen Schlag zusätzlich in dem für den Euro gültigen Markt aktiv, dann hätten wir eine Inflation von über 500 % zu verzeichnen.

---

<sup>19</sup> Wenn mehrere Notenbanken einen Währungsraum mit Banknoten versorgen, dann ist es für die Preisniveaustabilität egal, welche der beteiligten Notenbanken das Geld emittieren. Daß auch noch andere Aspekte bei der Notenemission zu betrachten sind, ist selbstverständlich.

<sup>20</sup> Eine Differenzierung nach den teilnehmenden Ländern wäre vorteilhafte, weil sich dann leichter die Quelle der Störungen finden läßt.

Wenn nämlich 20% des Geldvolumens in einer Periode zu 100% den Markt räumen, dann entfällt in dieser Situation auf einen Prozentpunkt des aktiven Geldes ein Gütervolumen von 5 % des vorhandenen Gütervolumens. ( $100 : 20 = 5$ )

Wenn aber in dieser Periode 100% des emittierten Geldes zum Einsatz kommt, dann entfällt auf einen Prozentpunkt des jetzt aktiven Geldes von 100% ein Anteil von 1% des Gütervolumens. Ein Euro erlöst in der neuen Situation 5 mal weniger an Gütern aus dem Markt wie in der alten Situation. Oder anders formuliert: Für eine Gütereinheit muß fünf mal soviel Geld aufgewendet werden wie in der alten Situation, in der 20 % des emittieren Geldes umliefen. Wir hätten, wie schon gesagt, eine Inflationsrate von 500 %.

Die Ausgangszahlen mögen nicht stimmen und meine Rechenüberlegung fehlerhaft und daher zu berichtigen sein. Deutlich wird aber, daß die Gefahr für den Euro nicht von der Überschuldung von Staaten ausgeht, sondern von dem Zentralbanksystem selbst. Der Ankauf von Schuldtiteln der Staaten - ob überschuldet oder nicht - durch die LZB ist währungspolitisch gesehen der nackte Wahnsinn und bei dem möglichen Kenntnisstand über die Zusammenhänge nicht zu entschuldigen.

## **7. Abschnitt**

Fortsetzung der Kommentierung von Auszügen aus „Geld und Geldpolitik“ von Seite 14. Wir haben inzwischen den 28. Oktober und nur wegen einer PKW-Panne bin ich nicht auf dem Weg nach Süd-Deutschland. Ich nehme den Faden wieder auf. Ich erinnere: Im 2. Abschnitt habe ich berichtet, daß ich über eine Aussage von Bundesbank-Präsident Jens Weidmann in seiner Rede "Euro ist bedruckte Baumwolle", gehalten 19.9. 2012, gestolpert bin. Ich wiederhole hier die schon zitierte Aussage:

> Das Drucken neuen Geldes ist hierfür ein passendes Bild, ökonomisch gesehen ist die Notenpresse jedoch gar nicht nötig, da sich die Geldschöpfung primär in der Bilanz der Notenbank, auf ihren Konten, widerspiegelt.<

Auf Nachfrage bei der DBB, wie denn das geschehe, hatte ich den Link zu der digitalen Veröffentlichung von "Geld und Geldpolitik" erhalten.<sup>21</sup> Meine Suche nach einer Erklärung habe ich am Ende des 2. Abschnittes mit einem Zitat aus "Geld und Geldpolitik" von Seite 63 un-

<sup>21</sup> Das Buch liegt mir inzwischen auch in gedruckter Form vor.

terbrochen um anderen Gedankenimpulsen zu folgen. Das Zitat lautet:

> Weil der Übergang zwischen Geld als Tausch- und Zahlungsmittel einerseits und als Wertaufbewahrungsmittel andererseits fließend ist, werden unterschiedliche Geldmengen berechnet. <

Es heißt dann weiter:

> Das Eurosystem unterscheidet drei Geldmengen, die aufeinander aufbauen und zwar nach der „Liquiditätsnähe“ der einbezogenen Guthaben, also nach der Verfügbarkeit des Geldes für den Bankkunden. Bezeichnet werden sie mit den Abkürzungen M1, M2 und M3. Das „M“ stammt vom englischen Wort für Geld: money. <

> Zur Geldmenge M1 zählen das außerhalb des Bankensektors zirkulierende uneingeschränkt liquide Bargeld sowie täglich fällige Einlagen (Sichteinlagen) von Nichtbanken, da sie kurzfristig in Bargeld umgewandelt werden können. Die Geldmenge M1 bezeichnet also das Geld, über das jederzeit verfügt werden kann. < (S. 64)

Ich bitte nun, die Definitionen von M2 und M3 an anderer Stelle nachzulesen. Worauf es mir hier ankommt, ist die Vermischung der Begriffe Geld (= anteilige Forderungen auf Güter im Markt) und Kredit (= übertragbare Forderungen auf Geld). Bei dieser Begriffsverwirrung ist es kein Wunder, daß die DBB dann sagen muß:

> Die Geldmenge lässt sich nicht eindeutig definieren  
. Da die Übergänge zwischen den unterschiedlichen Einlagearten und kurzfristigen Finanzinstrumenten fließend sind, lässt sich die Geldmenge nicht eindeutig definieren. Letztlich hängt es beispielsweise von der Fragestellung einer Untersuchung ab, welche Einlagearten man zum Geld rechnet und welche nicht bzw. welche Geldmenge man in der Untersuchung verwendet. Vor diesem Hintergrund haben andere Länder ihre Geldmengen nach anderen Kriterien definiert, beispielsweise die Schweiz und die USA. < (S. 66)

Frage: Wer würde einer Autowerkstatt seinen Wagen anvertrauen, wenn deren KFZ-Mechaniker einen Treibstoff nicht vom Schmierstoff unterscheiden könnten? Mit einem vergleichbaren mangelnden Unterscheidungsvermögen in Sachen Geld und Kredit vertraut man den Notenbankern (und auch den Politikern) zu eine sachgerechte Währungsverwaltung vorzunehmen. Ich sage bewußt nicht Währungspolitik, denn Politik steht einer Institution - und mag sie noch so bedeutend sein - in der Demokratie ohne einen demokratischen Unterbau nicht zu.

Auch auf die Gefahr hin, daß ich mich wiederhole. Es ist eine Form des falschen Denkens, wenn man einerseits dem Geld die Zahl- oder Tauschmittelfunktion und die Funktion der Wertbemessung und andererseits die Wertaufbewahrungsfunktion zubilligt oder als erforderlich erklärt. Nüchtern betrachtet ist es so, als wenn der Autobauer das Gas- und Bremspedal zu einer Einheit verschmelzen würde. Für die Wertaufbewahrung - d. h. für den Transport von gegenwärtigen Ansprüchen auf Güter im Markt auf Ansprüche in der Zukunft - ist der Kredit zuständig. Das heißt, wenn ich Ansprüche auf Güter im Markt habe, die ich nicht gleich abrufen will, weil ich sie jetzt nicht benötige, sie mit anderen Anspruchsteilen für spätere größere Anschaffungen oder als Vorsorge ansparen will, muß ich diese Ansprüche befristet anderen überlassen, die jetzt aktuell den Bedarf an Gütern aus dem Markt haben. Diese befristete Übertragung der Ansprüche kann auf dem Kreditwege an Privatpersonen sein oder in eine befristete Anlageform bei einer Bank bestehen. Der Mißbrauch des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel verursacht sowohl Nachfrageausfälle und damit eine Unterbeschäftigung als auch die Unsicherheit bei der Geldmengensteuerung und somit bei der Einhaltung der Preisniveaustabilität.

Im Abschnitt > 3.5 Geldschöpfung < (auf Seite 67) ist dann zu lesen:

> Im vorigen Abschnitt wurde dargelegt, dass im August 2010 Banknoten und Münzen im Wert von 792 Milliarden Euro im Umlauf waren, es ferner Sicht-, Termin- und Spareinlagen in Billionenhöhe gab. Wie ist dieses Geld entstanden? <

Wie man sieht, bleibt die Bundesbank (und mehrheitlich auch Wirtschaftswissenschaftler) konsequent bei der Behauptung, Geld und Kredit sei Geld. Also das, was jeder von uns an Münzen und Scheinen im Geldbeutel hat, sei Geld und unserer Forderungen gegenüber unserer Bank, die ursprünglich durch Einzahlungen von Münzen und Scheinen entstanden sind, seien auch Geld, obwohl - solange wir darüber nicht verfügen - andere damit Nachfrage halten. Wenn das richtig wäre, wären auch die Forderungen Geld, die dadurch entstanden sind, daß wir privat anderen Personen Geld überlassen haben. Aber hier sieht wohl jeder leicht ein, daß wir nicht unsere Forderungen vereinbarungsgemäß zurück haben wollen, sondern unser (Bar-)Geld. Wenn wir Bargeld von der Bank abheben, dann muß die Bank diese aus ihren Bargeldreserven auszahlen. Diese Reserven werden ständig von Einzahlungen und Tilgungen wieder aufgefüllt. Sofern die Einzahlungen und Tilgungen bargeldlos erfolgen, kann die Bank die so übertragenen Forderungen auf Geld sofort von der Person oder Institution auf den die Geldforderung verweist einziehen. Kommt die betreffende Bank heute trotzdem in einem Li-

liquiditätsengpaß, kann sie sich an die Bundesbank wenden. Die Bank nimmt dann bei der Notenbank ein Kredit auf. Und so lange dieser Kredit auf ihrem Zentralbankkonto steht und nicht bar ausgezahlt wurde, könnte man von einer Geldschöpfung "Geldschöpfung primär in der Bilanz der Notenbank" (Jens Weidmann) sprechen. Im oben benannten Titel der Bundesbank heißt es:

Ganz allgemein handelt es sich bei solch einem Vorgang – Kreditgewährung und entsprechende Gutschrift auf einem Konto – um die Schöpfung von Buch- bzw. Giralgeld. In diesem speziellen Fall spricht man von der Schöpfung von Zentralbankgeld. Denn die Guthaben, die Geschäftsbanken auf ihren Konten bei der Zentralbank halten, werden in der Fachsprache als Zentralbankgeld bezeichnet. (S.67)

Auf der nächsten Seite ist dann zu lesen:

> Hat eine Geschäftsbank mehr Bargeld in der Kasse, als sie absehbar benötigt, kann sie die Banknoten und Münzen wieder zur Filiale der Zentralbank bringen und sich diese Bareinzahlung auf ihrem Konto bei der Zentralbank gutschreiben lassen. Nutzt sie dieses Guthaben, um einen zuvor bei der Zentralbank aufgenommenen Kredit zu tilgen, kommt es zur „Vernichtung“ von Zentralbankgeld. <

und

> Die Geschäftsbanken können ihre Guthaben bei der Zentralbank jederzeit in bar abheben. Außerdem können sie umgekehrt Bargeld jederzeit wieder einzahlen und sich gutschreiben lassen. Wegen dieser Austauschbarkeit zählt auch das Bargeld, das die Banken in ihrer Kasse halten oder an ihre Kunden ausgezahlt haben, also das gesamte von der Zentralbank ausgegebene Bargeld, zum Zentralbankgeld. Zu M1 zählt hingegen nur das außerhalb des Bankensektors zirkulierende Bargeld. <

Wer nur die ersten beiden von diesen drei Zitaten liest, kommt zu einem falschen Begriff des Wortes Zentralbankgeld. Denn nicht nur die Guthaben der Geschäftsbanken auf ihren Konten bei der Zentralbank werden als Zentralbankgeld bezeichnet, sondern auch das gesamte (Bar-)Geld, also die Banknoten, die von der Zentralbank emittiert werden und die Münzen, die im Auftrag der Finanzminister geprägt und in Umlauf gegeben werden. (Das ist ein alter Zopf, der abgeschnitten gehört.)

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Geschäftsbanken benötigen Zentralbankgeld, zum einen, um sich Bargeld zu beschaffen, zum anderen um ihre Mindestreservepflicht zu erfüllen, die sich aus ihrem Bestand an Giralgeld ergibt. Zentralbankgeld kann aber nur die Zentralbank – das

Eurosystem – schaffen. Dieses Monopol versetzt das Eurosystem in die Lage, auf die Geschäftstätigkeit und die Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken systematischen Einfluss zu nehmen. Die Fähigkeit der

*Mit der Mindestreserve kann  
die Zentralbank das Ausmaß  
der Geldschöpfung beeinflussen.*

Geschäftsbanken, Kredite zu vergeben und Vermögenswerte anzukaufen, wird außerdem durch die bankaufsichtlichen Regeln begrenzt. Nach den sogenannten Baseler Regeln („Basel III“) muss eine Bank für jedes Kreditrisiko und sonstige Risiko, das sie eingeht, in einem genau bestimmten Umfang Eigenkapital beschaffen und vorhalten.

Hier in diesem Absatz kommen die Wirkungen der Verwirrung in der Geldtheorie und die Ursache für die ganze Bankenrettungshysterie zum Ausdruck. Eine Notenbank als öffentlich-rechtliche Institution hat für die Preisniveaustabilität und für den stockungsfreien Geldumlauf – also für fließendes Geld - zu sorgen. Unter Annahme, daß Giralgeld Geld ist, ist es logisch, daß der ganze privatrechtliche Bereich der Geschäftsbanken unter die Kontrolle der Zentralbanken kommen muß. Der Widerstand deutscher Sparkassen und Genossenschaftsbanken gegen eine solche Maßnahme wäre nicht berechtigt, wenn "Giralgeld" Geld wäre. Die weitere Entwicklung unserer verkorksten marktwirtschaftlichen Ordnung hin zu einer möglichst reinen Zentralverwaltungswirtschaft wäre die logische Konsequenz. Ist aber das Giralgeld kein Geld und wird anerkannt, daß es sich beim Giralgeld / Buchgeld um Forderungen auf Geld – also um Kredite, um kurzfristiges Kapital handelt – dann stehen weder der Zentralbank eine Einflußnahme auf die Geschäftsbanken noch den Geschäftsbanken Ansprüche gegenüber der Zentralbank zu. Beide Bereiche – der Sektor der Notenbanken und der Sektor der Geschäftsbanken unabhängig von ihrer Rechtsform – könnten ordnungspolitisch sauber getrennt werden. Die Annahme, daß Giralgeld Geld ist, ist ein Glaubenssatz, wie der von der jungfräulichen Geburt. Die Vernunft kann es nicht akzeptieren, aber man muß es glauben, um zu der Gemeinschaft der Glaubenden dazu zugehören. Der Glaube im religiösen Bereich kann den Menschen ja Halt und Trost geben. Der Glaube im Bereich der Währungen ist zerstörerisch. Er hat schon Millionen von Menschen das Lebensglück oder den frühzeitigen Tod gekostet, er macht die Idee von der Gesellschaft der Freien und von dem friedlich vereinten und offenen Europa zur Illusion. Zur Mindestreserve sei hier nur gesagt, daß sie ein unnötiger Eingriff der Zentralbanken in den Bereich der Geschäftsbanken ist. Wenn der Zentralbank-Giroverkehr aufrecht erhalten wird - was nicht zwingend notwendig ist - dann haben die Teilnehmer dafür zu sorgen, daß diese Konten soweit aufgefüllt sind, daß negative Salden zum Ge-

schäftsschluß jeweils ausgeglichen werden können. Und die Autonomie der Geschäftsbanken als privatrechtliche Unternehmen soweit einzuschränken, daß diese zu eine Karikatur wird, gehört eindeutig zu den Maßnahmen der Kommandowirtschaft.

### **> Der Gewinn aus der Bargeldschöpfung**

Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass es der Zentralbank unmittelbar einen ziemlich hohen Gewinn einbringt, wenn sie Bargeld in Umlauf bringt. Schließlich kostet die Herstellung beispielsweise einer 100-Euro-Banknote nur wenige Cent. Gibt die Zentralbank so eine Banknote an eine Geschäftsbank ab, belastet sie deren Guthaben aber mit dem vollen Nennwert von 100 Euro. Oft wird vermutet, dass die Zentralbank die Differenz zwischen Nennwert und Herstellungskosten der Banknote unmittelbar als Gewinn verbuchen kann.

So einfach liegen die Dinge aber nicht. Denn die Zentralbank verkauft die Banknoten nicht – da sie ja jederzeit bereit ist, sie wieder zurückzunehmen. Ein Gewinn entsteht für die Zentralbank aber dadurch: Um sich Bargeld zu beschaffen, muss die Geschäftsbank bei der Zentralbank normalerweise einen Kredit aufnehmen.

Für diesen Kredit muss sie Zinsen zahlen. Aus Sicht der Zentralbank ist dies ein Zinsertrag. Er fließt so lange, wie das Bargeld in Umlauf ist. Diesem Gewinn der Zentralbank aus der Bargeldschöpfung, der sogenannten Seigniorage, steht der Nutzen gegenüber, den die Volkswirtschaft durch die Verwendung des Bargeldes hat. Die mit der Schöpfung von Zentralbankgeld verbundenen Gewinne führen Zentralbanken typischerweise an den Staat ab und damit letztlich an die Allgemeinheit – auch die Deutsche Bundesbank tut dies. (S.71)

Die Annahme, die Zentralbank sei als eine Geschäftsbank mit einer Gewinn- und Verlustrechnung und einer Bilanzierung wie privatrechtliches Unternehmen zu betrachten, ist schon eine theoretische Verirrung. Das Geld, die Währung, ist ein öffentlich-rechtliches Verkehrsmittel mit Charakter des Kreisverkehrs. Die Aufgabe der Notenbank ist nun nicht, dem Fiskus einen Ertrag zu erzielen, sondern der Verkehrsgemeinschaft – bei Euro die Bürger der Mitgliedsstaaten – ein voll funktionsfähiges Verkehrsmittel zur Verfügung zu stellen und dieses ohne einen Ertragsgedanken zu unterhalten.

In der obigen Darstellung wird nicht gesagt, daß die dargestellte Einbringung des Geldes in den nur eine von mehreren Möglichkeiten ist, und daß die Basissumme des Euro durch den Umtausch von Anteilen der Vorgängerwährungen in Euro entstanden sind. Die Basissumme des Geldes ist nicht mit Zins belastet. Der Zins - allgemein - ist auch nicht in der Welt - wie manche Geldkritiker vermuten - , weil die Notenbanken Teilmengen des Geldes verzinslich in den Umlauf bringen, sondern weil er Knappheitspreis auf dem Geld- und Kapitalmarkt ist.

Das dieser Knappheitspreis bisher nicht ohne Störungen auf Null oder darunter absinken kann, liegt in der bisherigen Währungsverfassung. Der Geldzins überträgt sich dann automatisch auf den Zins des Realkapitals. Normalerweise investiert kein Unternehmer in eine Produktionsanlage, wenn diese nicht wenigstens so viel Zinsen abwirft, wie ein Geldanlage. Das der Zins dann auch noch die Ausbeutungsrate der Arbeit, die Pumpe, die Einkommen von Kassen mit Bedarf in Kassen ohne Bedarf transportiert, gibt diesem Komplex sowohl eine hohe politische wie auch ethische Bedeutung. Aber die Einflußnahme der Notenbanken auf den Marktzins ist wiederum ein systemwidriger Eingriff in den Kreditmarkt. Wenn die Notenbank eine verzinsliche Emittierung von Geld vornimmt, dann müßte ihr Zinssatz über den Zinssatz des Kreditmarktes liegen, damit erst auch der Rest des bereits emittierten Geldes mobilisiert wird.

In Bezug auf die Seigniorage ist im System der Euro-Währung - an dem mehrere nationale Notenbanken beteiligt sind – zu bedenken, welcher nationalen Notenbank welche Quote an der Herausgabe (und Einziehung) von Noten und welchem Staat oder welcher gemeinsamen europäischen Institution diese – die Seigniorage - zusteht. Diese Überlegung gilt nicht nur für die Banknoten, sondern auch für die Münzen.

### **Der Gewinn aus der Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken**

Wenn eine Geschäftsbank einen Kredit gewährt, finanziert sie diesen in einem ersten Schritt dadurch, dass sie – wie oben beschrieben – den entsprechenden Betrag an Giralgeld selbst schafft. Auf den ersten Blick scheint dies für die Geschäftsbank ein sehr lohnendes Geschäft zu sein: Der Kreditnehmer muss für den Kredit über die gesamte Laufzeit Zinsen zahlen, aber für die Sichteinlage, die die Geschäftsbank dem Kunden auf dessen Girokonto gutschreibt, vergütet sie üblicherweise keinen oder nur einen sehr geringen Zins. Auch kann die Geschäftsbank den Ankauf eines Vermögenswerts durch Gutschrift des Kaufbetrags auf dem Konto des Verkäufers bezahlen. Sie ist dann Eigentümerin des Vermögenswerts. Das kann beispielsweise eine Immobilie sein, die sie selbst nutzt oder die laufend Mietertrag abwirft. Beahlt bzw. finanziert hat sie diese Immobilie mit selbstgeschaffenem Giralgeld. Allerdings ist dies nur der erste Schritt in einem längeren Prozess. Im zweiten Schritt wird der Kunde die Sichteinlage, die er sich beispielsweise über die Kreditaufnahme beschafft hat, nutzen, um sich etwas zu kaufen. Häufig läuft das darauf hinaus, dass der Kunde sein Guthaben an den

Kunden einer anderen Bank überweist. Im Beispiel (siehe Grafik 2. Vorgang) überweist Kunde 1 die 1.000 Euro auf ein Konto von Kunde 2 bei der B-Bank. Für die Kredit gebende A-Bank bedeutet dies, dass die Sichteinlage des Kunden, das selbstgeschaffene Giralgeld, abfließt – und dass sie den Kredit nun aus anderer Quelle refinanzieren muss. Im einfachsten idealtypischen Fall wird ihr dazu die B-Bank einen Kredit gewähren – viele

Geschäftsbanken haben untereinander entsprechende Vereinbarungen. Die B-Bank gewährt dann beispielsweise einen täglich kündbaren Kredit, für den sie der A-Bank einen Zins (z. B. 2 %) in Rechnung stellt. Die A-Bank hat somit eine täglich fällige Verbindlichkeit gegenüber der B-Bank (siehe Grafik). Die A-Bank muss nun den Zinsertrag aus dem Kundenkredit zum Teil an die B-Bank abgeben – und damit einen Teil ihres Gewinns aus der Giralgeldschöpfung. Die Umverteilung des Geldschöpfungsgewinns ist damit aber noch nicht abgeschlossen, da der Kredit gebenden A-Bank daran gelegen ist, ihre Risiken einzugrenzen. (S. 71.f.)

Im Zusammenhang mit dem Giralgeld von einer Schöpfung zu sprechen, ist wiederum eine theoretische Verirrung, die dazu manchen Betrachter dazu verleitet, von einer Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken aus dem Nichts zu sprechen.<sup>22</sup> Banken können in der Summe an Kreditgewährungen nicht mehr bewilligen und ausreichen wie sie Kredite von ihren Kunden als Einlagen – minus Reserven – herein nehmen. Dieses Volumen können sie nur in soweit überschreiten, wie ihnen andere Banken oder die Notenbanken einen Kredit einräumen. Ihren Ertrag müssen die Geschäftsbanken aus der Differenz zwischen Soll- und Habenzins erwirtschaften. Und wenn sich diese Marge mit einem sinkenden Zinsniveau verkleinert, müssen die Banken auf Gebühren (im Sinne von Preisen) für ihre Dienstleistung ausweichen. Von einer Schöpfung kann hier nirgendwo die Rede sein. Ich füge hier die Antwort von Martin Scheytt aus seiner Dissertation „Theoretische Grundlagen der bankgeschäftlichen Kreditgewährung / Kritischer Beitrag zur Kreditschöpfungstheorie ein“ ein:

Die Unternehmung im Markt  
Band 7

Theoretische Grundlagen  
der bankgeschäftlichen Kreditgewährung

Kritischer Beitrag zur Kreditschöpfungstheorie

Von  
Dr. Martin Scheytt

DUNCKER & HÜMBLOT/BERLIN  
1962

---

22 Die Vorstellung, daß Geschäftsbanken Giralgeld schöpfen können, hat ja auch zur Entwicklung von Geldmodellen geführt, die unter den Begriffen "100%-Money", "Vollgeld" und "Moneative" geführt, die zur weiteren Spaltung der Geldreformer geführt haben. Siehe dazu "Vollgeld ... Ein Beitrag zur Lösung unserer Geldprobleme oder zur weiteren Verwirrung? - Versuch einer Klärung" von Helmut Creutz in *Humane Wirtschaft*, 06/2012.. [www.humane-wirtschaft.de](http://www.humane-wirtschaft.de)

## II. Der Begriff der Kreditschöpfung

### 1. Darstellung

.....

### 2. Kritik

Eine „creatio ex nihilo“, eine Schöpfung aus dem Nichts kann — das haben wir schon einmal ausgesprochen — im Bereich des wirtschaftlichen Geschehens a priori nicht gedacht werden. Deshalb ist auch eine Kreditschöpfung aus dem Nichts nicht denkbar. In der reinen Logik drückt jeder Begriff etwas Meinbares aus; selbst Widerspruchsvolles kann Begriff sein und daher gemeint werden. So ist auch „Kreditschöpfung“ — als isolierter Begriff — meinbar; wir haben ja gesehen, daß mit dem Begriff „Kreditschöpfung“ etwas gemeint wird. Dieses Gemeinte fällt aber aus dem erkenntnistheoretischen Zusammenhang heraus. Es steht im Gegensatz zur apriorischen Einsicht, und deshalb kann es zwischen dem Begriff „Kreditschöpfung“ im erkenntnistheoretischen Sinne und dem unterstellten Sachverhalt keine Identitätsbeziehungen geben.

Die Terminierung wissenschaftlicher Begriffe ist stets an den systematischen Zusammenhang gebunden, auf den sie Bezug nimmt. Aus diesem Grund ist es nicht unserem Belieben überlassen, welche Begriffe wir miteinander verbinden. Wenn wir Begriffe zusammensetzen, dann stellen wir damit fest, urteilen über etwas Seiendes<sup>23</sup>.

Nun läßt sich aber nicht jeder Begriff mit einem beliebig anderen Begriff zu einem Urteil verbinden, denn das Urteil muß sich in den Begriffszusammenhang einfügen lassen. Gehören die miteinander verbundenen Begriffe verschiedenen Begriffsnetzen an, sind es also zwei disparate Begriffe, so fällt das Urteil aus dem allgemeinen Begriffszusammenhang heraus. Eine solche Disjunktion liegt bei der Begriffsverbindung „Kredit-Schöpfung“ vor. Diese Verbindung läßt sich nicht in unser Denksystem einfügen. Sie ist ein Verstoß gegen die begrifflichen Verknüpfungsgesetze. Natürlich wissen wir, welches Urteil mit dieser Begriffsverbindung ausgesprochen wird; wir wissen es, weil uns zuvor gesagt wurde, welche Vorstellung dieser begrifflichen Verknüpfung zugrunde liegt. Um zu erklären, weshalb sich die beiden Begriffe Kredit und Schöpfung inhaltlich gegenseitig ausschließen, müssen wir uns kurz dem Begriff Schöpfung zuwenden.

Der Begriff Schöpfung hat zu wirtschaftlichen Verkehrsvorgängen keinerlei Beziehung; er ist diesem Bereich vollkommen fremd. Er führt uns zunächst in den Bereich des Metaphysischen und meint dort - strenggenommen - im Gegensatz zu allem anderen Schaffen, das göttliche Schaffen<sup>24</sup>, das aus dem voraussetzungslosen Nichts geschieht, das an bereits Vorhandenes nicht gebunden, vielmehr Ursache alles Vorhandenen ist. Nur das göttliche Schaffen ist creatio ex nihilo- es ist creatio ex nihilo pure negativo. - Im deutschen Sprachgebrauch wird der Inhalt des Begriffs „Schöpfung“ allerdings nicht immer in dieser Ausschließlichkeit auf das göttliche Schaffen bezogen. Das erklärt sich daraus, daß die Bedeutung von „schöpfen“ (haurire) und „schaffen“

(creare) m dem althochdeutschen „scefpan“ vereinigt sind <sup>25</sup>. Dieser sprachliche Zusammenhang ist der Grund, weshalb unter Schöpfung gelegentlich, insbesondere in künstlerischer Hinsicht, das Hervorbringen (das Schaffen) eines Objektes durch den Willen eines Subjektes verstanden wird. Trotzdem bleibt „Schöpfung aus dem Nichts“ in seiner Aussage dem göttlichen Schaffen zugeordnet. Das Schaffen des Menschen hingegen beschränkt sich auf das Zusammensetzen, Ordnen Gliedern, Verstehen und Berechnen sinnlicher Formen. Über dieses Ordnen und Verknüpfen der Erscheinungswelt zu sinnvollen Gegenständen und Zusammenhängen gelangt das menschliche Schaffen nicht hinaus — auch nicht in der Kreditwirtschaft.

Kredit haben wir definiert als eine vertragliche Beziehung zwischen zwei Wirtschaftssubjekten, deren Objekt bei den Banken darlehensweise überlassenes Geld ist. Es muß also unmittelbar verständlich sein, daß eine Kreditschöpfung aus dem Nichts nicht gemeint werden kann.

Auch die Ausdrucksweise „Kredit wird geschöpft“ ist nicht richtig. Kredit, als Beziehung verstanden, kann nicht geschöpft werden, denn geschöpft werden — im Sinne des lateinischen Verbs ‚haurire‘ — kann nur etwas, das bereits vorhanden ist. Kredit wird geschaffen<sup>26</sup>.

Die begriffliche Verbindung von „Kredit“ und „Schöpfung aus dem Nichts“ müssen wir sowohl vom Inhalt als auch von der Sprache her ablehnen. Wenn dem kreditwirtschaftlichen Mechanismus schon produktive Kräfte zugeschrieben werden, dann wäre es inhaltlich und sprachlich das Richtige gewesen, Kreditschaffung oder noch besser Kreditproduktion oder Krediterzeugung zu sagen; denn Produktion setzt das Vorhandensein von Produktionsmitteln voraus.

Wir haben vorhin darauf aufmerksam gemacht, daß mit Kreditschöpfung meist Geldschöpfung (Giralgeldschöpfung) gemeint ist. Auch dieser Begriff ist — verbunden mit der Unterstellung, daß aus dem Nichts geschöpft werde — gedanklich und sprachlich nicht vertretbar. Genauso wie Wasser, kann auch Geld nicht aus dem Nichts geschöpft werden. Geld wird geschaffen. — Das in diesem Zusammenhang von der Theorie gemeinte Geld sind die Bankguthaben und diese Bankguthaben werden nach der Theorie von den kreditgebenden Banken aus dem Nichts geschaffen. Diesem Gedanken können wir uns nicht anschließen. Wenn es tatsächlich so wäre, würden die Banken etwas verkaufen, wofür sie keine Vorleistung erbracht haben, sie würden Geld mit einem „Nichts“ verdienen. Die Kreditgewährungen der Banken wären zum größten Teil eine unendliche Kette organisierten und sanktionierten Betrugs. Wie wir die Dinge sehen und verstehen, das wollen wir in den nun folgenden Abschnitten aufzeigen.

(Seite 38 – 40)

-----  
Fußnoten zum Zitat von Scheytt:

23) Der Begriff „Kreditschöpfung“ ist die substantivierte Form eines Urteils.

24) Vgl. Rittershausen, Heinrich, Bankpolitik. Eine Untersuchung des Grenzgebiets zwischen Kredittheorie, Preistheorie, und Wirtschaftspolitik, Frankfurt / Main 1956, S. 97 ff.

- 25) Trübners Deutsches Wörterbuch, begründet von Alfred Götze, herausgegeben von Walter Mitzka, Berlin, 1954/57, Schichworte: schöpfen und Schöpfung.
- 26) Vgl. dazu die Bemerkung von Bendixen, die er im Zusammenhang mit dem Problem der Geldschöpfung geäußert hat: „ ‚Geldschöpfung‘ ist die Verdeutschung von Geldkreation. Das dazu gehörige Zeitwort heißt: schaffen, schuf, geschaffen, nicht: schöpfen, schöpfte, geschöpft. — ‚Geldschaffung‘ würde soviel heißen wie: Herbeischaffung von (vorhandenem) Geld, wozu das Zeitwort lautet: schaffen, schaffte, geschafft. Ich bin leider nicht mehr berechtigt, diese Bemerkung für überflüssig zu halten (1919).“ Bendixen, Friedrich. Geld und Kapital, 2. Aufl., Jena 1920, S. 51. Fußnote.

In der Bundesbank-Veröffentlichung „Geld und Geldpolitik“ ist am Ende des Kapitel 3 „Das Giralgeld“ zu lesen:

### **Das Wichtigste im Überblick:**

- II Giralgeld ist „stoffloses“ Geld, das auf Konten liegt und von Konto zu Konto weitergegeben werden kann. Es kann jederzeit in Bargeld umgewandelt werden.
- II Giralgeld kann durch verschiedene Instrumente des bargeldlosen Zahlungsverkehrs bewegt werden: Überweisungen, Lastschriften, Schecks, Debit-, Kredit- und Geldkarten.
- II Bargeldlose Zahlungen werden zwischen den Banken und zwischen ihren Gironetzen verrechnet. In Deutschland existieren derzeit fünf Gironetze.
- II Der bargeldlose Zahlungsverkehr benötigt eindeutige „Adressen“. In Deutschland werden dazu Kontonummer und Bankleitzahl genutzt, im europäischen bzw. internationalen Rahmen IBAN und BIC.
- II Um in Europa auch den bargeldlosen Zahlungsverkehr zu harmonisieren, wurde der Euro-Zahlungsverkehrsraum SEPA mit seinen europaweit einheitlichen Standards geschaffen.
- II Was zur Geldmenge gezählt wird, muss definiert werden. Das Eurosystem hat drei verschiedene Geldmengenbegriffe (M1, M2, M3) festgelegt, die sich nach dem Grad ihrer Liquidität unterscheiden.
- II Die Schaffung von Geld wird als Geldschöpfung bezeichnet. Sowohl die Zentralbank als auch die Geschäftsbanken können Geld schaffen. Giralgeld entsteht vor allem durch die Vergabe von Krediten.

Die anonymen Autoren des vorliegenden Buches, aus dem ich hier zitiert habe, machen den

Eindruck, daß sie redlich die Öffentlichkeit über Währungszusammenhänge informieren wollen. Aber durch die übernommene – fast allgemeine – theoretische Verirrung über den Begriffsinhalte des Wortes Geld, ist das gutgemeinte Werk ein Beitrag zur Desinformation geworden. Diese Behauptung meinerseits hört sich erst einmal besserwisserisch an. Wer aber für sich beansprucht, verantwortungsvoll über die Währungszusammenhänge und die Folgen von Fehlannahmen nachzudenken und aufgrund der daraus gezogenen Schlüsse zu handeln, sollte wenigstens die hier formulierte Kritik als Arbeitsthese zur Überprüfung der Grundlagen der Währungspolitik annehmen. In der ersten Aussage der Zusammenfassung ist Aussage > Giralgeld ist „stoffloses“ Geld < falsch. Das Giralgeld ist kein Geld, sondern sind Forderungen auf Geld, mit denen auch gezahlt – eine Ware bezahlt, eine Schuld getilgt – werden kann, wenn der Zahlungsempfänger diese Zahlungsart akzeptiert.

Die Aussage im vorletzten Block >Was zur Geldmenge gezahlt wird, muss definiert werden.< ist das Ergebnis der theoretischen Verirrung, die die Idee vom gedeihlichen Europa sabotiert und die Politik in ein demokratiefeindliches Chaos stürzt. Geld besteht heute tatsächlich immer noch aus Banknoten und Münzen. Dieses Geld kann aber aufgeteilt werden in aktives und passives Geld. Die Menge des aktiv zirkulierenden Geldes bestimmt das Preisniveau und die Beschäftigung. Das passive Geld, das sich zur Wertaufbewahrung oder zu Spekulationszwecken in den Horten befindet stellt das Bedrohungspotential der Preisniveaustabilität und der Konjunktur dar.

Die Aussage > Sowohl die Zentralbank als auch die Geschäftsbanken können Geld schaffen.< ist falsch. Das Geld repräsentiert Ansprüche auf Güter, die im Markt sind. Könnten die Geschäftsbanken Geld schaffen, hätten wir es hier mit einer legalisierten Serie von Geldfälscherwerkstätten zu tun.<sup>23</sup> Ein Staat, der das dulden würde, hätte seine Funktion des Schutzes des Eigentums der Bürger aufgegeben. In Wirklichkeit kann keine Bank keinen Euro als Kredit ausgeben<sup>24</sup>, den sie nicht vorher als Eigenkapital, als Einlage ihrer Kunden und als Kredit bei anderen Geschäftsbanken oder der Zentralbank aufgenommen hat. Die Aussage >Giralgeld entsteht vor allem durch die Vergabe von Krediten.< ist nur dann richtig, wenn das „Giral-

---

23 Nachtrag vom 6. Nov. 2012: Die HAZ meldet heute: "EZB arbeitet an neuen Euro-Scheinen / Der Euro ist sicher. Zwar wird in Zeiten der Schuldenkrise immer wieder am Fortbestand der gemeinsamen Währung gezweifelt, die Sicherheit der Münzen und Noten ist jedoch über fast jeden Zweifel erhaben: "Rein rechnerisch kommt jeder Bürger in Deutschland nur einmal in 2000 Jahren mit Falschgeld in Berührung", rechnet Bundesbank-Vorstand Carl-Ludwig Thiele vor. Doch Europas Währungshüter wollen sich nicht auf diesen Lorbeeren ausruhen." Hier wird unzulässiger Weise die Fälschungssicherheit mit der Sicherheit des Preisniveaus gleichgesetzt. Wenn aber die Banken Giralgeld schöpfen können und Giralgeld = Geld ist, warum dann der Aufwand zur Bekämpfung echter Geldfälscher. Außerdem: Die großen Geldfälscher sitzen doch in der LZB, denn jede Geldvermehrung, die nicht mit einer Gütervermehrung im Markt einhergeht, ist eine Verfälschung des Verhältnisses von der Geldmenge zur Gütermenge.

24 Von vermieten muß gesprochen werden, weil die Leihe juristisch gesehen unentgeltlich ist.

geld“ nicht als Geld sondern nur als Forderungen auf Geld verstanden wird. Das Giralgeld entsteht im ersten Akt vor allem als kurzfristige Einlage der Wirtschaftsbürger bei ihrer jeweiligen Bank.

## **8. Abschnitt:**

Inzwischen haben wir den 29. Oktober und wir (meine Frau und ich) sind in Gundelfingen bei Freiburg angekommen. Nach dem ersten Verschnaufen wurde mir das Buch „Herzlich willkommen in der Zeit nach dem Kapitalismus“ von Henry Littig, Oktober 2012, in die Hand gedrückt. Ich komme darauf später zurück, will aber erst auf die Titelgeschichten „Wirtschaften neu denken – Junge Ökonomen rebellieren gegen das Establishment“ und „Die Staatsgewalt / Wie die Politik in die Wirtschaft hineinregiert“ (Handelsblatt Nr. 203 und 208 /2012 Wochenendausgaben) eingehen.

In der Einleitung von „Professoren, hört die Signale“, dem Eröffnungsbeitrag von Olaf Stornbeck zu der Serie über vom Mainstream abweichende Ökonomen heißt es:

- > Die Krise der Wirtschaft ist auch eine Krise der Wirtschaftswissenschaft. Die Modelle der Klassiker passen nicht mehr zur Realität. Doch das heißt nicht, dass die Disziplin stillsteht. Im Gegenteil. Eine junge Garde an Ökonomen revolutioniert das Fach. <

Zwei Zwischenüberschriften lauten:

- > Die Ökonomie der Zukunft hat nicht ein Gesicht, sondern viele < und
- > Die Volkswirtschaftslehre ist ein träges, ein langsames Fach. Die Revolutionäre brauchen einen langen Atem.<

In der letzten Spalte ist dann zu lesen:

- > Wirtschaftlicher Fortschritt vollzieht sich vor allem durch Beerdigungen", sagt Nobelpreisträger Paul Krugmann. "Erst, wenn die alte Generation abtritt, ist der Weg für neue Erkenntnisse frei." Das war auch vor 80 Jahren so. Keynes schrieb im Vorwort der "Allgemeinen Theorie": "Jene, die fest verkettet sind mit dem, was ich 'die klassische Theorie' nenne, werden zwischen der Überzeugung schwanken, dass ich völlig im Unrecht sei, und der Überzeugung, dass ich nichts Neues sage." Durchgesetzt hat er sich dennoch - allerdings vergingen mindestens zehn Jahre. <

Ich habe nun die Beiträge über die oppositionellen WirtschaftswissenschaftlerInnen Ulrike Malmendler, Steffen Roth, Moritz Schularick, Esther Duflo, Bernd Irlenbusch, Thomas Lux,

Ha-Joon Chang, Markus Brunnenmeier, Richard Werner, Yanis Varoufakis, Emmanuel Saez, Amy Finkelstein, Armin Falk, Adrew Haldane und Dirk Bezemer gelesen und kann sagen: Alle bearbeiten interessante Aspekte der Ökonomie, aber zu dem Hauptproblem "Geld und Kredit" nicht nur der heutigen Ökonomie, habe ich nur wenige brauchbare Aussagen gefunden.<sup>25</sup> <sup>26</sup>Aber im Hinblick auf das Thema *Zentralbanken* erwähne ich als Ermutigung der Mitarbeiter der DBB den Beitrag über Andrew Haldane, der als hochrangiger britischer Notenbanker vorgestellt wird. Unter dem Titel "Revolution von oben" wird er wie folgt zitiert:

> "Die Finanzkrise hat ihre Wurzeln in einem analytischen Scheitern der Ökonomen", sagt Haldane. Der Notenbanker macht sich für eine grundlegende Neuausrichtung der Makroökonomie stark - das Fach müsse mit anderen Disziplinen zusammenarbeiten und realistische Modelle konstruieren. Radikale Töne? "Das mag auf manche so wirken", räumt er ein. "Aber zu radikalen Mitteln greift man nur dann, wenn das, was man hat, nicht mehr funktioniert."

... Von Zoologen lernte er, dass vor allem solche Ökosysteme stabil sind, in denen eine große Vielfalt von Pflanzen und Tieren herrscht - Monokulturen sind viel anfälliger. ...

... Die Volkswirtschaftslehre sieht Haldane in einer frühen Phase eines grundlegenden Paradigmawechsels. "Das ist eine Generationenaufgabe - die neue Generation der Studenten ist die treibende Kraft." Er selber versuche, seine Position bei der Bank von England zu nutzen, um diesen Wandel voranzutreiben. Etablierte Hochschulprofessoren seien dagegen die Bremser. "Die haben in den alten Methoden zu viel Humankapital gebunden", sagt er. Das gelte auch für ihn selbst. "Auch ich bin schuldig - ..." <

Es gärt an vielen Orten, in "Das Gespräch aus der Ferne"<sup>27</sup>, Heft 399, schreibt Günter Geschke unter dem Titel „Die Entthronung der Ökonomie“:

> Dieser Krieg der Fachleute erschüttert auch den hartnäckigsten Köhlerglauben, irgendwo gäbe es so etwas wie eine ökonomische Weisheit, aus der sich unter Kundigen und Vernünftigen auch eine Lösung der Krise finden lassen müsse. Und der gesunde Menschenverstand gebietet es, die ganze Zunft auf den Prüfstand zu stellen – ihre Axiome, ihre Methoden und ihre Selbstdarstellung!

Freilich einen TÜV dafür wird man vergeblich suchen. So haben zunächst

---

25 Diejenigen, die die Werke der genannten Autoren im Original gelesen haben, mögen mich berichtigen.

26 In der nächsten Ausgabe der Zeitschrift "Humane Wirtschaft" sollen andere opponierende Ökonomen zu Wort kommen. ([www.humane-Wirtschaft.de](http://www.humane-Wirtschaft.de)) Nachtrag: vom 6. 11.12: Der Titel in der Ausgabe 06/ 12 lautet: Nicht mehr länger Mainstream / Netzwerk Plurale Ökonomik fördert Neuausrichtung der Volkswirtschaftslehre. Autorin ist Pat Christ.

27 Das GadF ist eine der ältesten Nonprofit-Zeitschriften unserer Republik. [www.GadF.de](http://www.GadF.de)

die Spötter das Sagen. „Die Euro-Krise“, schrieb etwa Thomas Assheuer kürzlich in der „Zeit“, „hat den Fachmann vom Thron gestürzt und ihn zum irrtumsfähigen Zeitgenossen humanisiert. Auch der Ökonom operiert in einer hypothetischen Zone. Er weiß es auch nicht besser.“ <

In diese Situation sind die Ökonomen und die betroffenen Gesellschaften nicht ohne Selbstverschulden geraten. Ich erinnere an die Aussage des verstorbenen Astrophysikers Peter Kaffka, die da lautet: Vielfalt und Gemächlichkeit sind die Voraussetzungen des wahren Fortschrittes. Die Vielfalt ist die Voraussetzung, daß sich geeignete Formen und Verfahren aus einer Vielzahl von Möglichkeiten herauskristallisieren können. Die Zeit ist erforderlich, damit sich das Neue bewähren kann, bevor es schon wieder durch weitere Versuche als ungültig ausgesondert wird. Wir haben nun aber eine Verfassung der Wirtschaftswissenschaften, die nur wenige Modelle der Ökonomie zugelassen und die Wissenschaftler veranlaßt hat, ihre Kräfte in einem Stellungskrieg zu vergeuden. Mit dem Zusammenbruch des ökonomischen Marxismus sind ja nicht die Probleme aus der Welt verschwunden, die er lösen wollte, aber nicht konnte. Nach dem Verlöschen des Glanzes des Ordoliberalismus und seiner Ablösung als Kompaß durch den Keynesianismus und danach durch den Neoliberalismus (zweiter Prägung) hat jeweils keine gründliche Untersuchung stattgefunden, worin das jeweilige Scheitern begründet war. Jedenfalls nicht in dem erforderlichen Umfang. In unserer kommunistisch verfaßten Hochschullandschaft - die erst mit den ersten privatrechtlichen Hochschulen etwas aufgebrochen wurde - konnten sich die beamteten Wissenschaftler, die die Voraussetzungen und das Funktionieren der Marktwirtschaft erklären sollten, ohne Schaden für das eigene Einkommen erlauben, verlorene Schlachten nachzustellen oder die Probleme mit mathematischen Formeln unsichtbar zu machen. Die Vielfalt in der Wirtschaftswissenschaft ist auch hier eine Bedingung des wirklichen Fortschritts. Das bedeutet aber nicht, daß die Wirtschaftswissenschaft in die Beliebigkeit ausweichen kann. Unter den entwickelten Modellen müssen auch immer welche sein, die sich als praxistauglich erweisen. Um das herauszufinden, ist der Gigantismus, von dem die jetzige Europapolitik auch befallen ist, zu vermeiden oder zurück zu schrauben. Fehler in großen Systemen sind aus Gründen des Verharrungszustandes und der Unsicherheit, ob eine Änderung den Erfolg erbringt, vor dem totalen Zusammenbruch fast unmöglich.

## **9. Abschnitt**

Inzwischen haben wir den 9. November und ich bin wieder am Steinhuder Meer. Hausmannspflichten und eine Handwerksarbeit haben verhindert, daß ich meinen "roten Faden" früher wieder aufgenommen habe. Wenn ich meinen Körpersignalen gehorchen würde, befände ich

mich auf einem Spaziergang, um meine Erkältung zu vertreiben und würde nicht versuchen, Dinge zu beeinflussen, die ich mit großer Wahrscheinlichkeit nicht beeinflussen kann. Aber in dem kleinen Chor der Geldreformer zählt jede Stimme. (Das bilde ich mir jedenfalls ein, um nicht innerlich kapitulieren zu müssen.)

In einem Bericht von Harald Schmidt in der HAZ vom 6. 11. 2012 wird berichtet, daß die EZB an neuen Euro-Scheinen arbeitet. Ich habe schon in einer Fußnote auf Seite 44 einen Aspekt dieses Berichtes nachgetragen. Hier möchte ich nur darauf hinweisen, daß bei der Neugestaltung der Euro-Noten die Chance genutzt werden sollte, Vorsorge für eine künftige Umlaufsicherung des Geldes zu treffen. Der Begriff der Umlaufsicherung ist in der allgemeinen Öffentlichkeit noch so gut wie unbekannt, daß kann sich aber schnell ändern, wenn der monetär verursachte ökonomische Druck auf die Bürger verstärkt und diese nicht mehr gewillt sind, ihr Wohl und Wehe länger von Fachleuten abhängig zu machen. Ich habe ja schon vorgetragen, daß die fehlende Umlaufsicherung ein großer Mangel unserer Währungsverfassung ist. Sowohl die Zielerreichung der Vollbeschäftigung wie auch der Preisniveaustabilität hängen von ihr ab. Heute - am 9. Nov. - ist unter dem Titel " Euro-Scheine bekommen ein neues Gesicht" ein weiterer Bericht zur Neugestaltung der Euro-Scheine zu lesen. Man will im Januar 2013 mit der Ausgabe neuer Fünf-Euro-Scheine beginnen. Die alten Scheine sollen weiter gelten. Wenn die Menschen wüßten, daß allein mit der Gestaltung des Geldes sich ihre ökonomische Lage - egal ob in Griechenland, Portugal oder Deutschland wesentlich verbessern kann, dann würden sie die zunehmenden Proteste gezielter einsetzen. Gestern erhielt ich von Rolf Dahmer aus Portugal ein E-Mail mit folgender Kopfzeile:

> "Wir sind am Vorabend der Möglichkeit einer Revolution in Europa."  
**Helmut Schmidt in SPIEGEL Online vom 08.11.2012** <

Es ist auch unklug von der EZB, die alten Scheine weiter gelten lassen zu wollen. Eine Aufrufung der alten Scheine, wie schon an anderer Stelle beschrieben, wäre angesagt. Noch sind DM-Noten in einem solchen Umfang nicht in Euro umgetauscht worden, der bei der bestehenden Einlösungsgarantie ein Unsicherheitsfaktor in der Geldmengensteuerung ist.

Gestern - am 8. Nov. - lautet eine Schlagzeile der HAZ "Draghi beruhigt / Europäische Einlagensicherung nicht nötig" Im Bericht heißt es dann:

> Im Gegensatz zur EZB befürwortet die EU-Kommission in ihrem "Fahrplan für eine Bankenunion" einen gemeinsamen Schutz der Spareinlagen sowie

einen europäischen Fonds zur Abwicklung gescheiterter Institute. Nur so könne die Finanzbranche auf Dauer stabilisiert werden. <

Mir erscheinen diese Bestrebungen - die bei der Schlafmützigkeit der Banker in den Genossenschaften und in Sparkassen in Bezug auf die theoretische Durchdringung der Probleme bald Gesetz sein können - als die Rache der Planifikateure an den Neoliberalen (zweiter Prägung), die übersehen haben, daß die entwickelte Marktwirtschaft kein Naturprodukt ist, sondern der Gestaltung bedarf, besonders da, wo es um die Nutzung von Monopolen geht. Es rächt sich eben, wenn im Namen der Freiheit die Bedingungen der Freiheit verraten werden. Und die Bedingungen bestehen nicht nur aus Deregulierungen, sondern auch aus Normierungen und Regulierungen, je nach Gegenstand oder Verfahren. Ein anderer Vergleich ist mir gekommen. Weil vielleicht 1% der Eltern ihren Kindern nicht die nötige Bildung zukommen läßt, wurden alle Eltern mit dem Schulzwang für ihre Kinder belegt. Die Folge ist, daß wir ein "kommunistisches" Schulsystem haben, daß weder Schülerelbstmorde und solche durch Schüler, weder psychische Verkrüppelungen noch einen erheblichen Prozentsatz an Schulversagern verhindern kann. Ein entsprechender "Erfolg" mit der Entmündigung der Banken wird auch der Bankenunion mit dem Zwangsschutz für Spareinlagen beschieden sein.

Weiter oben habe ich berichtet, wie mir das Buch "Herzlich willkommen in der Zeit nach dem Kapitalismus ..." von Henry Littig (Oktober 2012) in die Hände gekommen ist. Littig gehört zum Jahrgang 1968 und arbeitet laut Klappentext seit Ende der 80er Jahre als Aktien- und Devisenhändler. Das Buch ist durchaus lesenswert, weil es anregend ist und sicher auch zum Widerspruch reizt. Ich habe die ersten Kapitel gelesen. Das reicht für meinen jetzigen Gedankengang. Der Autor hätte einen noch besseren Text vorlegen können, wenn er die Wirtschaft nicht nur aus der Perspektive der Börse beschreiben würde, sondern auch aus jener der Produktion und dem Handel. Ebenfalls leiden seine Aussagen auch darunter, daß auch er die Marktwirtschaft nicht vom Kapitalismus unterscheidet. Sein Geldbegriff hat die übliche Unklarheit. Beim Lesen habe ich gedacht, daß er den Befürwortern des bedingungslosen Grundeinkommens Wasser auf deren Mühle leitet. Henry Littig hat sein Buch in die Kapitel "Unser Schneeballsystem implodiert", in "Warum das neue System entstehen wird" und in "Leben in einem neuen System" aufgeteilt. Im ersten Kapitel heißt es:

> Wie bekannt, beschäftige ich mich seit fast 30 Jahren mit den Aktien- und Finanzmärkten. Daher weiß ich eines sehr genau: Das gesamte aktuelle Geldsystem, die Finanzmärkte, die Börsen und natürlich auch der Kapitalismus, sind im Grunde allesamt ein gigantisches

Schneeballsystem, welches einzig und allein auf einer ständigen Ausweitung des Systems beruht. Wir haben hier nichts anderes als eine Art Kettenbrief, bei dem sämtliche Mitspieler dann ein positives Resultat erzielen, solange ständig neue Spielerkreise akquiriert werden.

Im aktuellen Finanzkapitalismus wird das Spiel zum einen durch eine wachsende Weltbevölkerung, zum anderen durch eine sich ständig exponentiell ausdehnende Geldmenge nebst Verschuldung in Gang gehalten. < (S.16)

Hier unterliegt der Autor in Bezug auf die sich "exponentiell ausdehnende Geldmenge" der vielfachen optischen Täuschung. Was exponentiell wächst, ist das Kapital aufgrund des Verzinsungsfaktors. Die Kehrseite des Vorganges ist die Verarmung von 80% der Bürger. Am unteren Ende steigt die Zahl der überschuldeten Personen. Uta Knapp berichtet heute in der HAZ unter dem Titel "Immer mehr Menschen sind überschuldet", daß die Zahl der Überschuldeten sich gegenüber dem Vorjahr um 190.000 auf 6,6 Millionen erhöht habe. Bundesweit wird mit einem Anstieg der Quote der überschuldeten Personen zwischen 9,85 und 9,9 % gerechnet. Bremerhaven ist zur Zeit mit einer Quote von 18,32 % die deutsche Schuldner-Hochburg.<sup>28</sup> Das, was die meisten Beobachter des Börsengeschehens wahrnehmen, ist die Vermehrung des Kapitals, das aufgrund einer mangelnden Rendite Anlagen mit mittel- und langfristigen Bindungen scheut und sich als kurzfristiges Kapital, als Giralgeld, gehalten wird und je nach Börsenlaune für die Spekulation eingesetzt wird.

> Ja, und mit dem heutigen Geld- und Finanzsystem ist es ungefähr das Gleiche! Sobald eine kritische Menge an Menschen das Spiel durchschaut hat, ist es vorbei mit dem System! Und dann kann es auch keine Rückkehr mehr geben. Zumindest nicht im alten System! < (S. 19)

Henry Littig bezieht seine Aussage hier auf den Film "Matrix". Bei ihm heißt es weiter:

> Und heute? „Das System" versucht natürlich weiterhin alles, um die Märkte zu stabilisieren. Die Notenbanken haben unsagbare Mengen an frischen Geldern in die Hand genommen, um die Märkte künstlich zu stabilisieren. Man will mit aller Macht verhindern, dass die Bevölkerung hinter das Geheimnis dieses Systems blickt und ihm dann den Rücken kehrt. < (S. 20)

Für mich ist nicht eindeutig erkenntlich, ob das "Spiel" aus Böswilligkeit oder aus Uneinsichtigkeit betrieben wird. Aufgrund meiner Beobachtung der öffentlichen Meinungsmacher, neige ich dazu, die Uneinsichtigkeit als Grund anzunehmen. Die Annahme der Böswilligkeit,

---

<sup>28</sup> Meine eigene Erfahrung in den Jahren 1967/68 nach dem Studium in Hamburg war, daß man in Bremerhaven nicht einmal als Bankkaufmann noch als Hafen- oder Bauarbeiter eine Arbeit finden konnte.

würde den Bürger in mir ja auch zwingen, für den Aufstand unter der Fahne der Revolution zu werben.

- > Das Vertrauen in die Märkte und Börsen ist ohnehin längst verspielt. Und kehrt auch vorerst nicht zurück. Ganz egal wie hoch das System die Kurse an den Märkten auch pushen würde.

Früher „wusste“ der Anleger zwar auch, dass es an den Börsen kurzfristige Risiken gibt, aber „langfristig“ wurde letztlich immer hinzugewonnen — so glaubte der Anleger jedenfalls. Denn das hatte man dem Anleger seit Bestehen der Börsen immer wieder gepredigt. Man müsse nur lange genug warten und dann würde es schon wieder werden!

Heute „weiß“ der gleiche Anleger, dass das einfach nicht stimmt. Auch die langfristige Aktienanlage produzierte in den letzten Jahren — von einigen manipulierten Indizes abgesehen - ausschließlich Verluste. Der Anleger „hofft“ heute nicht mehr auf Gewinne an den Märkten. Denn er „weiß“, dass er in den letzten 15 Jahren per Saldo stets verloren hat. Und zwar immer! Kurz-, mittel- und auch langfristig. Und das wird sich der Anleger merken!

Mit anderen Worten: Die Börsen sind am Ende! Sie sind noch nicht tot, aber sie sind kaum noch nachhaltig zu retten. Es gibt einfach kaum noch private Mitspieler, die letztlich die Zeche zahlen wollen. Ok — von „zahlen wollen“ konnte wohl auch früher kaum die Rede gewesen sein, aber letztlich waren es die Privatanleger, die pünktlich zur Endphase einer Hausse unter guten Nachrichten in den Markt einstiegen, um die dann teuer gekauften Aktien in der nächsten Baisse bei schlechten Nachrichten wieder billig zu verkaufen. Mit diesem „System“ waren die privaten Anleger selbstverständlich jederzeit an den Börsen willkommen. (S. 22)

Wenn die Börsen tatsächlich am Ende sind, dann ist das kein Weltuntergang. Wenn ein Teilmarkt - in diesem Fall der Markt für Anteilseigentum, für Devisen und Schuldtitel - zum Krebsgeschwür der Marktwirtschaft wird, dann ist das ein Grund, diesen Teilmarkt aus dem Gesamtsystem zu entfernen, damit den Metastasen nicht den Gesamtorganismus befallen. Den Staaten würde dieser Schnitt gut bekommen, daß sie sich auf die Steuereinnahmen für ihre Ausgaben konzentrieren müßten. Die übrigen Schuldner und Gläubiger, die ernsthaften Interessenten für dauerhaftes Anteilseigentum und die Anbieter eines solchen Eigentums finden auch ohne Börse (oder über eine bereinigte Börse) zueinander.

»Nicht nur die Finanzmärkte drohen in einer Vertrauenskrise zu implodieren. Auch die Realwirtschaft schafft sich durch immer mehr Wettbewerb und immer tiefere Preise selbst ab. Wettbewerb und tiefe,

Verbraucher freundliche Preise gelten noch immer als erstrebenswert.  
Die Wirtschaft konkurriert sich jedoch auf diese Art zu Tode.«  
( Kopftext von Seite 27)

Wenn diese Aussage richtig wäre, wäre das Streben nach einer funktionsfähigen Marktwirtschaft eine Illusion. Denn der Wettbewerb ist ein wesentlicher Systembestandteil der Marktwirtschaft. Was zu beobachten ist, ist doch das Gegenteil. Der kapitalistische Konzentrationsprozeß führt dazu, daß immer mehr Wettbewerber aus dem Markt gedrängt werden. Die Fusionen, die stattfinden, dienen ja nicht der technischen oder organisatorischen Optimierung und auch nicht der Zufriedenheit der produzierenden und handelnden Menschen, sondern der Aneignung möglichst vieler Marktmacht. Um möglichst viel Marktmacht zu erhalten, müssen solche Unternehmen ihre Waren zu Niedrigpreisen anbieten, die sie durch die Massenproduktion ermöglichen und bei der möglichst die Konkurrenz nicht mithalten kann. Die Neoliberalen, die Leute von der Neuen Sozialen Marktwirtschaft und auch die Mitglieder der heutigen Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft wollen oder können nicht einsehen, daß der Kapitalertrag, der Zins, der Verhinderer oder Zerstörer der Marktwirtschaft ist. So wie es zwischen dem Landwirt als Pächter und als Eigentümer keinen chancengleichen Wettbewerb gibt, solange die unvermeidbare Bodenrente nicht neutralisiert wurde, so gibt es zwischen Unternehmen mit hohem Anteil an Eigenkapital und solchem mit hohem Anteil an Fremdkapital auch keinen chancengleichen Wettbewerb, solange das Zinsniveau nicht gegen Null gesunken ist.

> In einer Welt, in der die meisten Produktpreise und Gewinnmargen implodiert sind, macht das aktuelle kapitalistische Geld-, Finanz- und Börsensystem keinen Sinn mehr. Die internationalen Notenbanken versuchen natürlich, diesen zunehmenden Verfall zu begrenzen und beginnen die Wirtschaft aufs Neue zu inflationieren - eine Art monetäre Wiederbelebung. (S. 27)

Da hat Henry Littig recht, nur ist folgendes zu bedenken. Wenn es möglich wäre, daß bei Aufrechterhaltung des Geldkreislaufes und damit die Verstetigung des ständigen Flusses von der Produktion in den Konsum und in die erneute Investition, die Preise zwar keine Rendite ermöglichen aber den Lohn und die Abschreibungen auf die Produktionsmittel, dann hätten wir eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. Möglich ist das, man muß es nur wollen und die Konsequenzen ziehen. Die Aufgabe einer Notenbank darf nicht sein, die Währung zu inflationieren, um den Kapitalertrag zu erhalten. Sondern ihre Aufgabe hat es zu sein, den Geldkreislauf ohne Inflation zu stabilisieren und so eine Dauerkonjunktur zu erzeugen, in der sich der

Kapitalertrag in Luft auflöst ohne die Gesamtgesellschaft in eine Krise zu stürzen.

Dabei ist die deflationäre Wirtschaft wahrlich nicht das einzige Problem. Immerhin kommt noch die internationale Schuldenkrise hinzu. Aber so wie ich es sehe, haben die Notenbanken noch immer genügend Möglichkeiten, den Trend zur deflationären Wirtschaft aufzuhalten. Völlig stoppen können sie dieses Phänomen jedoch nicht. < (S. 28)

Dieser Absatz mit den vorherigen im Zusammenhang gelesen, macht den Eindruck, als seien der Rückgang von Einzelpreisen eine Deflation. Wir sprechen aber von einer Deflation, wenn die Summe aller Preise sinkt. Diese Situation kann eintreten, wenn bei der Ausweitung der Gesamtgütermenge die wirksame Geldmenge nicht angepaßt wird oder wenn in einer Situation der sinkenden Rendite und / oder allgemeinen Verunsicherung das Geld dem Kreislauf durch Hortung entzogen wird. Da das gehortete Geld legitime Ansprüche auf Güter im Markt sind, ist es problematisch, wenn die Notenbank das brachliegende Geld einfach durch neues ersetzt.

Dabei ist die Lösung der Schuldenkrise noch das Einfachste. Was soll daran einfach sein, werden Sie sich jetzt fragen? Wo die ganze Welt doch seit Jahren verzweifelt nach einer Lösung gesucht hat. Sie haben richtig gelesen. Die Lösung der Schuldenkrise ist in der Tat relativ einfach. Das habe ich schon vor Jahren so beschrieben. Und wenn man es genau so umgesetzt hätte, dann hätte das System wohl noch eine Chance gehabt, da der jetzt unvermeidliche Vertrauensverlust vermieden worden wäre.

Wie die Lösung aussieht? Zunächst gilt „was weg ist, ist weg!“ Wenn diese einfache Weisheit erst einmal akzeptiert worden ist, dann gibt es verschiedene Möglichkeiten, um die Schuldenkrise zu lösen. Ich behaupte, die beste und einfachste Lösung wäre, wenn alle ausstehenden Staatsschulden von den Notenbanken mit frischem Geld aufgekauft werden. Und zwar komplett und zwangsweise! Über Nacht! Somit hätten wir einen Übergang der gesamten staatlichen Verschuldung auf die jeweiligen Notenbanken der jeweiligen Währungsregionen.

Was wäre die Folge? Zum einen gäbe es eine vorübergehende Ausweitung der Geldmenge um maximal den Betrag der ausstehenden Verschuldung. Anschließend könnten die Notenbanken den Staaten wahlweise die Schulden komplett erlassen und damit wären die Staaten auf einen Schlag schuldenfrei! Sie könnten dann sofort damit beginnen, über weitere 30—50 Jahre neue Schulden anzuhäufen um damit ihre Wirtschafts- und Sozialsysteme erneut zu befeuern. Dies würde um den Preis einer relativen Geldentwertung in prozentualer Höhe der Staatsverschuldung im Bezug zum gesamten Volksvermögen geschehen. Dieser Schritt wäre der ehrlichste von

allen.

Oder die Notenbanken würden die Schulden nicht erlassen, sondern gegen extrem langlaufende Anleihen mit einem Zinssatz von beispielsweise 0.01% tauschen. Dann hätten die Staaten ebenfalls eine gute Möglichkeit, sich wachstumsfördernd wieder weiter zu verschulden und langfristig die Schulden bei den Notenbanken zu bedienen.

Bei dieser Variante würde sogar die vorübergehende Geldentwertung langfristig wieder zurückgenommen und alle Schulden dennoch wie durch Zauberhand verschwinden — als ob sie niemals da gewesen wären. Das würde so ähnlich funktionieren, wie das große weiße Kaninchen, das im Hut des Zauberers einfach verschwindet. Es ist zwar noch da, aber da man es nicht mehr sehen kann, wird es unbedeutend. Und das alles ganz ohne Bad Bank.

Wenn Sie jetzt sagen, dass kann doch nicht sein, dass das so funktioniert, dann rechnen Sie es nach. Es funktioniert — und so wie ich es sehe, haben die Notenbanken das mittlerweile auch verstanden und schon mit den Käufen begonnen. ... < (S.28.f)

Abgesehen davon, daß wirklich akzeptiert werden muß, "Was weg ist, ist weg". Aber den Ankauf der gesamten Staatsschuldtitel durch die Zentralbank mit neu herausgegebenen Geld ist die wirksamste Methode, die Eurowährung zu zerstören. Man muß die Summe des heute nachfragend umlaufenden Geldes mit der Summe der Schuldtitel ins Verhältnis setzen, um sich eine Vorstellung von der Inflation zu machen, die ein solcher Ankauf von Schuldtiteln auslösen würde. Man hätte dann eindeutig den behaupteten Zusammenhang zwischen den Staatsschulden und der Entwertung des Euros hergestellt. Und die Rücknahme einer Geldentwertung ist auch nicht möglich. Schon eine Ankündigung würde wie eine Deflation wirken. Die Verschuldung von Staaten, Unternehmen und Privaten ist ein ernsthaftes Problem, besonders dann, wenn die Schulden für den Konsum aufgenommen wurden oder in Konjunkturprogrammen verpulvert wurden, weil das auf dem Kreditwege vermittelte heutige Geld mittels Zins den Schuldner gegenüber den Gläubiger tributpflichtig macht. Auf Kredit kaufen bedeutet für den Schuldner, daß er in Zukunft seinen Konsum um die Tilgungsraten und den Kreditkostenanteil kürzen muß.<sup>29 30</sup>Aber die ganze Hysterie um die Gefährdung des Euros und um

29 Es darf hier der Hinweis nicht fehlen, daß nicht nur Schuldner unter der Zinslast zu leiden haben, sondern aufgrund des Zinsanteils in allen Preisen wenigstens 80% der Bevölkerung. Siehe dazu auch die aktualisierte Ausgabe 2012 von „Das Geldsyndrom“ von Helmut Creutz. Weiter: „Der ungebändigte Geldhunger“ von Paul Kirchhof im „Handelsblatt“ Nr. 208/2012 Seite 72: „Deutschland hat in der Zeit von 1950 bis 2008 1,6 Billionen Euro Schulden aufgenommen, 1,5 Billionen Zinsen gezahlt. Die Zinsverpflichtungen wurden erfüllt, die Schulden sind geblieben. Der Steuerzahler zahlt Steuern, daß Aufkommen dient aber nicht ihm, sondern dem Finanzmarkt.“ Das Parlament büßt insoweit seine Budgethoheit ein. Der Staat gerät in Abhängigkeit von den Kreditgebern, verliert ein Stück seiner Souveränität

30 Siehe dazu auch das noch folgende Zitat von Gustav Cassel.

die Forderung nach einer zentralistischen europäischen Bankenunion hat nach meiner Einsicht ihre Ursache in der unklaren Vorstellung davon, was Geld ist und was kein Geld ist. Es ist nicht die Aufgabe einer Notenbank, Staaten ihre Schulden zu erlassen. Die Schulden erlassen können - oder müssen im Konkursfall mangels Masse - die Gläubiger. Und in der Tat wäre es eine Erleichterung für Europa und die Welt, wenn die hochverschuldeten Staaten sich für zahlungsunfähig erklären würden. Den Euro würde das nicht gefährden, denn - wie schon in diesem oder anderen Texten gesagt - hängt die Stabilität des Euro vom konstanten Verhältnis der wirksamen, umlaufenden Geldmenge zu der Menge an Gütern im Markt ab und nicht davon, ob ein oder mehrere Staaten überschuldet sind. Das inzwischen eingesammelte Garantievermögen könnte dann zur Entschädigung der kleineren verlustig gegangenen Forderungen dienen. Nebenbei hätten wir eine Vermögensabgabe ohne großes Palaver auf die großen Vermögen. Der weitere Vorteil wäre, die betreffenden Staaten könnten sich nur schwer neu verschulden, weil sie nicht so schnell neue Gläubiger finden. Und die finanziell besser gerüsteten Staaten bräuchten den kleinen Staaten keine Vorschriften machen, sondern diese würden von sich aus lernen, besser zu haushalten. Zwar schreibt der ehemalige Verfassungsrichter Paul Kirchhof folgendes:

> III. Im privatwirtschaftlichen Insolvenzverfahren wird das Vermögen eines zahlungsunfähigen Unternehmers unter die Gläubiger verteilt. Das Unternehmen wird aufgelöst. Dieses Verfahren kann auf den Staat nicht übertragen werden, weil die Uno die Existenz des Staates garantiert, jedes Staatsvolk das Recht zur Selbstbestimmung, zu Gründung und Bestand seines eigenen demokratischen Staates hat, der Staat deshalb nicht insolvent werden kann, er vielmehr in einer Resolvenz erneuert werden muss. <

(Handelsblatt Nr. 208 /2012, S. 72, 4.Spalte) <sup>31</sup>

Diese Resolvenz muß aber nicht zu Lasten der Steuerzahler anderer Staaten gehen. Es ist sowieso eine fixe Idee, daß Länder, die haushalten können, Ländern mit Mißwirtschaft einen

---

31 Siehe dazu auch: "Es gibt kein Recht, das so etwas erlaubt" / Eurobonds, Schuldenschnitt, geordnete Insolvenz - im Zusammenhang mit Griechenlands Schuldenkrise kursiert eine Fülle von Begriffen. Mittlerweile wird eine Staatspleite Griechenlands nicht mehr ausgeschlossen. Selbst der griechische Finanzminister Evangelos Venizelos zieht jetzt offenbar einen Schuldenschnitt in Betracht. Doch Tatsache ist: Bisher fehlt jeder Rahmen dafür, nicht nur juristisch. tagesschau.de fasst die Probleme zusammen und stellt Lösungsansätze vor. Von Oliver Feldforth, HR <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/staatsinsolvenz100.html>

*Der Staatsbankrott (auch Staatsinsolvenz) ist die faktische Einstellung fälliger Zahlungen oder die förmliche Erklärung einer Regierung, fällige Forderungen nicht mehr (Repudiation) oder nur noch teilweise erfüllen zu können. Die Begriffe [Bankrott](#) und [Insolvenz](#) werden in diesem Zusammenhang synonym gebraucht.*

<http://de.wikipedia.org/wiki/Staatsbankrott>

Ausgleich zahlen müssen. Bundesländer oder Staaten, die nicht selbst ihre Ausgaben erwirtschaften können, müssen ihre staatliche Autonomie aufgeben und sich einem größeren Verband anschließen. Es zerstört die Ausgabendisziplin, wenn andere Einheiten für die eigene Mißwirtschaft in Haft genommen werden können. Macht man die Caritas, die Nächstenliebe zu einer staatlichen Aufgabe, wird sie uferlos und treibt den Staat am Ende in den Bankrott. Und es wird zu wenig bedacht, daß nicht der aufgenommene Kredit in erster Linie den Wohlstand eines Volkes bestimmt, sondern die eigene ökonomische Leistung. Ich habe dazu schon in einem anderen Text Gustav Cassel zitiert, der ein bekannter schwedischer Ökonom in der Krisenzeit zwischen den beiden Weltkriegen war:

> Es scheint überhaupt, schwer zu sein, sich ein klares Bild darüber zu machen, ob ein Volk als Ganzes gezwungen ist, von seinem Einkommen zu leben, d.h. von dem Ertrag seiner Produktion. Besonders irreführend ist hierbei die Möglichkeit, im Auslande Geld zu leihen, denn solche Anleihen haben ja zur Voraussetzung, daß andere Völker einen Teil ihrer Einkommen zur Verfügung stellen und es damit dem anleihenehmenden Volk ermöglichen, über sein Einkommen hinaus zu leben. Das kann natürlich nur für kurze Zeit geschehen. Denn ein Volk, welches geliehene Mittel auf diese Weise verwendet, wird natürlich ärmer und ärmer, verpfändet sein Vermögen an das Ausland und wird für viele und lange Jahre dem Ausland zinspflichtig. Dadurch wird es für diese Zeit zu einer entsprechenden Herabsetzung seiner Konsumtion gezwungen. Früher haben sich ja nur sehr zweifelhafte Staaten einer solchen leichtsinnigen Haushaltführung schuldig gemacht. Aber augenblicklich (1920) hat sich offenbar fast ganz Europa auf diesen Weg begeben und glaubt wenig arbeiten, aber gut leben zu können, während Amerika das Fehlende ergänzen darf. Das wird sich jedoch, wie wir weiter unten näher sehen werden, nicht lange fortsetzen lassen. Europa wird bald durch die Macht der Verhältnisse zu der Einsicht kommen, daß es sich während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren einer Illusion hingegeben hat, und daß der Lebens- und Arbeitsstandard, den man glaubte anlegen zu können, tatsächlich unmöglich war. < <sup>32</sup>

## **10. Abschnitt**

Heute, am 10. November, erhielt ich einen Link zu Beiträgen der Financial Times Deutschland. Dort wird die [FTD-Serie: Die Top-Ökonomen](#) angeboten. Und es heißt dort:

---

32 Ich habe vergessen, mir die Quelle zu notieren. In "Sozialismus oder Fortschritt", 1929, behandelt Gustav Cassel das Thema im Kapitel "Kapitalbedarf und Ausland". Der Text ist aber nicht identisch mit dem obigen Zitat. Also muß ich es dem Buch "Der Zusammenbruch der Goldwährung", 1937 oder in seinem Werk "Theoretische Sozialökonomie", 1932, entnommen haben.

> Es gibt kaum eine heiße wirtschaftspolitische Debatte oder kluge ökonomische Analyse, in der ihr Name nicht fällt: Joseph Stiglitz, Kenneth Rogoff und Jagdish Bhagwati bilden mit einem guten Dutzend weiterer Top-Ökonomen einen einzigartigen Think Tank. So konträr ihre Ansichten auch sein mögen: Sie schreiben für eine exklusive Serie, die die FTD in Zusammenarbeit mit der internationalen Public-Benefit-Organisation 'Project Syndicate' veröffentlicht. <

Dies ist ein Hinweis für LeserInnen dieses Textes, die die Suche nach dem Stein der weisen Ökonomen fortsetzen wollen. Ich will da jetzt nicht nachschauen, ob sich dort etwa vorzügliche Quellen auf meinen gedanklichen, ökonomischen Spaziergang befinden. Ich wende mich kurz einem der vom Handelsblatt in der Ausgabe 203/12 vorgestellten Ökonomen zu. Es heißt dort:

> Steffen Roth ist ein Unikum in der deutschen Ökonomenszene. Denn der 42-Jährige setzt in Lehre und Forschung auf einen Ansatz, der an vielen anderen Wirtschaftsfakultäten längst aus dem Fokus gedrängt worden ist: die ordnungspolitische Ideengeschichte. In seinem Seminar an der Uni Köln lässt er daher Hayek lesen, dazu Eucken, Buchanan und andere große liberale Denker - und zwar Originalartikel, keine eingedampften Zusammenfassungen, wie es sonst üblich ist. „Mit Merksätzen kann man zwar Wissen wiedergeben, aber keine kreativen Denkprozesse anstellen“, begründet Roth seinen Ansatz.

Für die Studenten ist das ungewohnt, viele flüchten nach der ersten Sitzung. Doch die meisten bleiben - und sind begeistert, endlich gefordert zu werden. <

In dem Beitrag "Nicht länger nur Mainstream / Netzwerk Plurale Ökonomik fordert Neuausrichtung der Volkswirtschaftslehre" von Pat Christ in *Humane Wirtschaft* 06/2012 heißt es zu dem Thema Geschichte der Volkswirtschaftslehre:

> Dass historische Aspekte des ökonomischen Denkens zu kurz kommen, auch das wird von den Aktivisten des „Netzwerks Plurale Ökonomik“ angeprangert. Dr. Friedrun Quaas sorgt in Leipzig dafür, dass angehende Volkswirte etwas von ökonomischer Ideengeschichte mitbekommen. Auch sie unterschrieb den Offenen Brief - und prangert wie ihr Mann gegenüber der HUMANEN WIRTSCHAFT an, dass kritische Stimmen in den Wirtschaftswissenschaften gnadenlos unterdrückt werden. „Das reicht von der Einschüchterung von Studierenden, die an ihrer Hochschule mehr Pluralität fordern, bis zur versuchten Kaltstellung und Ausgrenzung kritischer Kollegen“, stellt sie fest. <

Es ist sicher so, daß in manchen Fällen eine Problemlösung am schnellsten gefunden wird, wenn man in Unkenntnis, also unbelastet, von den Theorien ist, die dazu schon gebildet wurden. Silvio Gesell behauptet von sich, daß er die Lösung bestimmter Geldprobleme schon ge-

funden hätte, bevor er zur Kenntnis nahm, welche Schwierigkeiten die Fachgelehrten damit vor und zu seiner Zeit hatten. Das dürfte aber zu den Ausnahmen gehören. Ein Erfinder, der sich nicht nach bereits Vorhandenen umschaute, kann durchaus eine fantastische, funktionierende Maschine erfinden. Er läuft aber Gefahr, wenn er sie der Öffentlichkeit vorstellt, daß ihm gesagt wird, die sei so gut wie das Vor-Vorgängermodell eines Konkurrenten. Gerade wenn die Wirtschaftswissenschaftler in einer Zeit leben, in der in der realen Ökonomie nichts mehr stimmt und alle Wirklichkeit von den gelehrten theoretischen Modellen abweicht, sollte jede theoretische und empirisch unterlegte Aussage der Vergangenheit auf die Brauchbarkeit im Jetzt und Heute untersucht werden. Da das eine ganze Menge ist, kann das nur arbeitsteilig geschehen. Ich habe schon in anderen Texten eine Aussage des verstorbenen Professors Oswald Hahn zitiert. Er schrieb in der ZEITSCHRIFT für das gesamte KREDITWESEN, Heft 6 /15. März 1980 u.a.:

> Am 11. März sind fünfzig Jahre seit dem Todestag von Silvio Gesell vergangen: Er starb fast genau 201 Jahre später als John Law. Beide Namen haben einst ihre Zeitgenossen in Aufregung versetzt, wissenschaftliche Schulen auseinandergelassen und andere zusammengeführt sowie Generationen von Studenten beschäftigt. Beide Namen sagen dem heutigen Studenten überhaupt nichts - etwas, was man nicht einer Geschichtslosigkeit der Jugend anlasten darf, sondern allein ihren akademischen Lehrern: Diese können das ihrerseits wieder nicht ihren Alvorderen vorwerfen. Dieses Faktum ist vielmehr Ausfluß einer Geisteshaltung, die mit dem Sonnen in der eigenen Genialität und dem angemeldeten Anspruch auf Zugehörigkeit zu einer dynamischen Disziplin zu erklären ist. <

Von Steffen Roth berichtet Hans Christian Müller im Handelsblatt 203/12:

> Doch er glaubt, dass sich auch heute noch vieles aus der Ideengeschichte lernen lässt - etwa über die Finanzkrise: „Vor allem, dass es immer Krisen gab und gibt - und dass sie eigentlich jedes Mal als einmalig angesehen wurden“, sagt Roth. Aus diesem Grund kritisiert er auch die derzeitige Krisenpolitik der Europäer: Zu oft würden Regeln gebrochen mit dem Hinweis auf eine scheinbare Ausnahmesituation. Dass Politiker bescheiden seien sollten ob ihrer eigenen Einflussmöglichkeiten, ist für ihn der zentrale Punkt. Da hält er es mit den großen liberalen Denkern wie etwa James Buchanan und Friedrich August von Hayek, die Roths Denken am meisten geprägt haben.

Seit zehn Jahren ist er Geschäftsführer des ehrwürdigen Kölner Instituts für Wirtschaftspolitik, einst gegründet vom ideellen Vater der Sozialen Marktwirtschaft, Alfred Müller-Armack. Die ordnungspolitische Tradition des Instituts setzt Roth fort: Seine wirtschaftspolitischen Analysen, die er regelmäßig als Gastbeitrag oder als Studie veröffentlicht, sind stets pointiert und unmissverständlich - und für die Politiker meist eher ungemütlich. <

Ob in diesem Institut wohl die Erinnerung wachgehalten wird, daß die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft von Vertretern der Freiwirtschaftschule gegründet wurde und daß es nach dem Zweiten Weltkrieg eine Zusammenarbeit zwischen den Ordoliberalen und den Freiwirten gegeben hat? Ich bezweifle es, denn die heutigen Ordoliberalen, die sich als alleinberechtigte Erben der Gründergemeinschaft betrachten, verleugnen ohne Begründung bisher jeglichen Zusammenhang zwischen Ordoliberalismus und Freiwirtschaft. Wer sich für die Ideengeschichte der Sozialen Marktwirtschaft interessiert, sollte zur nachfolgend benannten Arbeit greifen. Der Verfasser war ein Akteur der ersten Stunde der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASMÖ).

Ernst Winkler

Freiheit oder?

Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur  
"Sozialen Marktwirtschaft"  
Eine Denkschrift für Otto Lautenbach

( Erschienen als Sonderdruck der Zeitschrift *Fragen der Freiheit* und erneut 2006 als Doppelheft 273/4 unter dem Leitthema "Ordoliberalismus und Freiwirtschaft". [www.sffo.de](http://www.sffo.de) )

Ich habe schon auf (S. 15) die „Geschichte der Nationalökonomie“ in zwei Bänden von Adolf Damaschke, 1922, hingewiesen. Der zweite Band hat die Kapitelüberschriften:

VII. Das nationale System

VIII. Der Kommunismus

VIX. DIE Anarchisten

X. Die Bodenreform

Ich habe das Kapitel VII inzwischen gelesen. Es geht vor allem um Friedrich List, seine ökonomischen Lehren, seine Lebensleistung für Deutschland, den Zollverein und das Werden Deutschlands als ein Wirtschaftsgebiet. Ich hatte bis dahin zwar den Namen Friedrich List schon gehört, aber ich wußte nichts von seiner Bedeutung. Beim Lesen von Damaschkes Schilderung habe ich gedacht: Uns Zeitgenossen, die wir manchmal unter den Problemen des Werdens von Europa als die Vielfalt in eine Einheit stöhnen und klagen, sollten uns klar machen, welche Schwierigkeiten überwunden wurden um die Vielfalt deutscher Staaten als eine Einheit Deutschlands zu gestalten. Auch in Friedrich List Wirkungszeit - er wurde am 6. August 1789 als Sohn eines Weißgärbers geboren - ging um die Abschaffung der Binnenzölle, um einheitliche Maße und eine einheitliche Münze. Die Bedeutung, die heute das Internat hatte, hatte damals die Entwicklung der Eisenbahn und auch diese wurde als ein Kommunikationsmittel verstanden. Friedrich List und seine Zeit, daß könnte eine unterhaltsame, informati-

ve Unterhaltungsserie für das Fernsehen werden. Es könnte klar machen, daß unsere heutigen ökonomischen Probleme schon die Probleme vergangener Jahrhunderte sind. Die Verknüpfung von Deutschland und Amerika könnte durch den Lebenslauf von List thematisiert werden, aber besonders der ewige Kampf gegen den Bürokratismus. Und das Ringen der Fiskalisten / Etatisten mit den Neoliberalen gab es damals in der Frontstellung der Freihandelsbefürworter (Manchesterleuten) und den Staatssozialisten. Auch wird an der Frage, ob ein Monopolunternehmen wie die Eisenbahn als Staatsunternehmen oder als privatwirtschaftliche Gesellschaft geführt werden soll, deutlich, daß wir uns heute noch bemühen, diesen alten ökonomischen Hüten die richtige Form zu geben. Das Thema Staatsverschuldung ist auch damals schon ein Thema, genauso wie der unfaire Handel zwischen den Völkern. Besonders betroffen hat mich gemacht, daß festzustellen ist, daß der Neid, die Vorurteile und die Ignoranz in der Verwaltung und Wissenschaft damals nicht geringer war als heute. Lists Vater nahm seinen Sohn mit 14 Jahren von der Schule in seine Werkstatt. Da dieser Mensch dann später als Professor berufen wurde, hat man ihm wohl zeitlebens übelgenommen. Seine erste Wahl in den Landtag hat man nicht anerkannt, weil ihm ein paar Monate am passiven Wahlrecht - damals die Vollendung des 30. Lebensjahr - fehlte. Später hat man ihn mit juristischen Tricks aus dem Landtag entfernt. Sein ökonomisches Denken wurde von seinen Erfahrungen in Amerika mitgeformt, dort erwarb er als Unternehmer auch ein Vermögen, daß dann in seiner Wirkungszeit danach in Deutschland durch Krisen verloren ging.

Wissenschaftler nahmen Stellung gegen seine Eisenbahnprojekte. Damaschke schreibt:

> Diese Urteile der "Wissenschaft" gaben allen denen ein gutes Gewissen, die den wirtschaftlichen Fortschritt eifrig bekämpften, weil sie von dem alten System Vorteile hatten. Sie bestimmten die Volksführer, die unter Berufung auf die echte Wissenschaft an der Spitze des Fortschrittes zu marschieren glaubten, wie Rober Blum, die geplante Eisenbahn zwischen Leipzig und Dresden als eine bloße "Promenadenbahn" verspotteten. Die große Masse aber, zu deren Vorteil der Kampf für wirtschaftliche Fortschritte geführt wurde, hatte in der Regel weder Zeit noch Kraft übrig, um sich ein selbständiges Urteil zu bilden. So konnten die interessierten Schichten, so klein sie waren, doch lange Zeit hindurch die öffentliche Meinung (..) beeinflussen, ... > (S. 31)

Wird da nur die damalige Zeit beschrieben? Ich denke nicht. Silvio Gesell ist es nicht viel besser ergangen. Und dem Privatgelehrten, der gelernte Buchbinder, der nie die Chance hatte eine Hochschule zu besuchen, ist es auch so ergangen. Er erzählte mir - ich konnte ihn noch von 1965 bis 1975 erleben -, daß sein Versuch, das in der Schweiz erfolgreich laufende

Modell des Wirtschaftsringes in Deutschland zu etablieren mit Rechtsbeugung verhindert worden sei. Er hätte zuletzt aufgeben, weil nicht wichtigere Vorhaben dadurch verhindert worden wären, daß er sich in der Rolle eines Michael Kohlhaas wiederfinden wollte. Von einem anderen Beispiel erzählte er auch. Er habe mit einer bedeutenden Wirtschaftszeitung über einen Beitrag von ihm verhandelt. Das wäre einem berliner Ökonomeprofessor zugetragen worden. Der hätte sich daraufhin in den Westen einfliegen lassen, um gegen die Veröffentlichung zu intervenieren. Ein selbst erlebtes Beispiel: Ich habe 1965 in der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg dafür geworben, daß man Walker mit seinem von ihm entwickelten Planspiel einladen möge. Die Einladung erfolgte auch, aber wie man mir auf Umwegen mitteilte, nicht um herauszufinden, ob sein volkswirtschaftliches Planspiel die Lehre oder die Forschung bereichern könnte, sondern "um ihn abzuschießen". Dabei ist diese destruktive Abwehrhaltung in Menschen verankert, die man sonst durchaus schätzen kann. Im Falle Walkers ist das ebenfalls gesamtgesellschaftlich nachteilig, denn seine Arbeiten zum Thema Geld u.a. "Das Geld in der Geschichte", 1959, "Neue Europäische Währungsordnung", 1962 und "Das Weltwährungssystem - Eine Kritik der theoretischen Grundlagen und ein Entwurf der Reform", 1979, hätten durchaus die Geburt des Euro erleichtert, wenn sie die Schwelle der Ignoranz der Professorenschaft hätten überschreiten können. Karl Walker ist einfach erschöpft eingeschlafen und nicht wieder aufgewacht. Friedrich List hat einsam und verarmt das Leben genommen. Nach seinem Tode waren alle, die gegen ihn gewesen waren, schon immer für ihn gewesen. Das schlechte Gewissen beruhigte man mit List-Denkmalern. Von den verschiedenen Links zum Thema Friedrich List gebe ich nachfolgenden wieder.

Liberaler Ökonom  
Friedrich List war ein Visionär – seine  
weitsichtigen Ideen wurden in Deutschland  
erst nach seinem Tod erkannt

<http://www.akad.de/fileadmin/akad.de/assets/PDF/Hochschulmagazin/list.pdf>

## ***11. Abschnitt***

Inzwischen haben wir den 13. November. Die HAZ berichtet heute in der Rubrik „Blick in die Zeit“ über „Die unheimliche Macht der Deutschen / Ob Griechenland, Portugal, Spanien oder Frankreich. Immer mehr Europäer spüren den wachsenden Einfluss Berlins“. Die Rolle Deutschlands scheint der Rolle zu entsprechen, die der Ökonom Charles Kindleberger für die

Bewältigung von Krisen notwendig hält. Barry Eichengreen, Professor der Ökonomie und politischen Wissenschaften schreibt in einer Besprechung des Buches „Die Wirtschaftskrise 1929 – 1939 von Charles Kindleberger in des Handelsblattes u.a.:

> ... Dabei gibt es drei wichtige Lehren, wichtiger als alles andere: Die erste steht im Zusammenhang mit der Panik an Finanzmärkten, die zweite im Zusammenhang mit dem Ansteckungseffekt, und bei der dritten handelt es sich um die Bedeutung der Vormachtstellung.

Im Buch gibt er die besten Beispiele, um zu erklären, warum Panik entsteht und weshalb unsere Finanzmärkte daraufhin zusammenbrechen.

Kindleberger war ein früher Abtrünniger der Lehrmeinung der effizienten Märkte, bei der die These aufgestellt wird, dass Märkte nicht nur immer richtig liegen, sondern auch systemimmanent stabil sind.

Kindlebergers zweite wichtige Lehre ist die der Macht des Ansteckungseffekts. So wie die Probleme eines kleinen Landes, nämlich Griechenlands, das gesamte europäische System in 2012 bedrohen konnten, konnten die Probleme eines kleinen Landes, nämlich Österreichs, im Jahre 1931 eine ernsthafte Bedrohung für das weltweite Finanzsystem werden, in Ermangelung von geeigneten Maßnahmen, um diese Probleme an der Ausbreitung zu hindern. Und drittens argumentiert Kindleberger, dass die Wurzel der Probleme Europas und der Welt in dem Nicht-Vorhandensein eines wohlwollenden Hegemons, einer wohlwollenden Führungsmacht, liege, einer führenden wirtschaftlichen Macht, die gewillt ist, sich der Interessen kleinerer Mächte anzunehmen und dem Funktionieren des übergeordneten weltweiten Finanzsystems Rechnung zu tragen, indem sie die Ausgabenströme stabilisiert, indem sie als „Kreditgeber und Weltkonsument der letzten Instanz" (lender and consumer of last resort) auftritt. ... <

Ich denke, eine Ökonomietheorie, die auf einen „wohlwollenden Hegemon“ setzt, ist aus marktwirtschaftlicher und aus demokratischer Sicht mangelhaft. Denn auch ein wohlwollender Hegemon wird letztlich von den Menschen in den „umsorgten“ kleineren Staaten wenig geliebt, aber leicht ausufernd gehaßt werden. Da die Hegemon-Rolle auch eine belastende Wirkung hat, werden wir dann noch mehr Zeilen lesen können wie die heutige in der HAZ:

Der Osten rückt nach rechts  
Studie: Jeder Dritte in den neuen Ländern ist ausländerfeindlich /  
Junge Menschen radikalisiert

Dieses politische Abdriften nach rechts, das es ja auch im Westen unserer Republik gibt, hat nicht nur in den ökonomischen Verhältnissen ihre Ursache, sondern auch in der Art unserer Vergangenheitsbewältigung. Für mich liegt aber die dominierende Ursache in den ökonomischen Verhältnissen. „Immer mehr Menschen überschuldet“ lautet eine Schlagzeile der HAZ

vom 9. 11. 12. Ich habe schon darauf hingewiesen. Aber erklärt der Untertitel „In Not wegen zu hohen Konsums oder Scheidung“ die Ursachen? Kein Wort davon, daß Zinslast der Bürger bei 30 bis 40% ihres Nettoeinkommens liegt. Eine bewußte Informationsunterdrückung? Das nehme ich nicht an. Diesen Blick auf die Wirklichkeit haben die Absolventen unserer Hochschulen nicht gelernt.

In einem Bericht der WirtschaftsWoche online vom 10.11.2012 über eine Umfrage heißt es:

> Über 60 Jahre sind sie schon zusammen, nun leidet die Beziehung immer heftiger: Die Deutschen entfremden sich von ihrer Marktwirtschaft, ermittelte das Institut für Demoskopie Allensbach. Die freie Wirtschaft führe automatisch zu sozialer Ungerechtigkeit, dieser Aussage stimmen mittlerweile 46 Prozent der Deutschen zu (...). Dass die Marktwirtschaft soziale Gerechtigkeit erst ermögliche, glauben dagegen nur 38 Prozent. Bemerkenswert: Während die Ostdeutschen schon immer eher skeptisch waren, bewertet nun erstmals auch im Westen die Mehrheit der Befragten die Marktwirtschaft negativ. ... <

Und weiter:

> Die wachsende Ablehnung registriert auch der Freiburger Volkswirtschaftsprofessor Lars Feld, Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Direktor des Walter Eucken-Instituts. „Insgesamt hat sich der Wind in Deutschland gedreht: Weg von der Idee der Marktwirtschaft und dem Leistungsdenken, hin zu mehr Umverteilung und sozialer Gerechtigkeit.“ Die Politik habe bereits reagiert. „Überall lässt sich beobachten, dass der Staat seinen Einfluss ausdehnt und eine größere Rolle übernimmt. Er fängt wieder an, Unternehmen zu kaufen, wie Stromversorger, Wasserwerke oder EADS.“ <

Es ist kein Wunder, wenn die Menschen sich von dem abwenden, was hier zu Lande als Marktwirtschaft bezeichnet wird. Sie erleben doch unmittelbar statt der Gestaltungsfreiheit in ökonomischer Geborgenheit, statt der Chancengleichheit und klarer Zukunftsperspektiven das Gegenteil, nämlich Ungerechtigkeit, Unsicherheit und ein Eingebundensein in Zwängen, die nur noch eine Narrenfreiheit übrig läßt. Und gerade Institutionen wie das Walter-Eucken-Institut, die glauben ein Monopol auf das ordopolitische Erbe zu haben, haben kräftig diese Entwicklung gefördert, weil sie einen verengten Begriff von der Marktwirtschaft haben und nicht bereit sind, die offensichtlichen Mängel im System zu benennen und überwinden zu helfen. Ein anonymes Leser des Berichtes über die Umfrage schrieb folgenden Kommentar:

> Ich bin ebenfalls kein Anhänger des "hiesigen Wirtschaftssystems", eben weil es KEINE Marktwirtschaft ist, sondern ein VÖLLIG pervertiertes System.

Es ähnelt für mich immer mehr einer planwirtschaftlich zementierten Mischung aus Kleptokratie und Beamtenstaat, in dem der normale Bürger, Steuerzahler und Mittelständler um seine Existenz bangen muss, während selbsternannte politische Eliten, Lobbyistenverbände, Konzernbosse und schleimige Banker die Regeln bestimmen und sich ihren Markt zurechtbiegen.

In unserer postdemokratischen Gesellschaft mit einem unersättlichen Staat nebst Oligopolen, Monopolen und staatlich diktierten Preisregelungen und immer fetteren Pfründen, vom Schornsteinfeger bis GEZ, IHK und EEG, kann der freie Markt nur eine Chimäre sein und nur als Vorwand dienen, um dem Normalverdiener eine nicht existierende Leistungsgerechtigkeit vorzugaukeln, ihn mit Brot und Spielen und aufgestockten Hungerlöhnen bei Laune zu halten, bis er vielleicht mal als kostenloser Organspender von Nutzen sein kann. So, dies meine Meinung. <

Und ein weiterer Kommentar dazu lautet:

> Second Magazine vom 08.04.12:

Aufgrund des Artikels (Thema Arbeitslosigkeit in Deutschland) hatten wir eine tiefgehende Analyse vorgenommen, und wir kamen zu dem Schluss, das darf doch nicht wahr sein: 5,4 Millionen Menschen empfangen ALG I+II. (Statistisches Bundesamt) 8,8 Millionen Menschen ernähren sich unterhalb des Mindestlohnes (DGB 14.03.12) 18 Millionen Menschen bekommen Geld zur Grundsicherung (Statistisches Bundesamt) nicht weniger als 32 Millionen Menschen haben im Monat weniger als 400,00 €. Das lässt sich auch nicht mit den immer wieder gefälschten Zahlen beschönigen.

Zudem sind im Jahr 2010 31.998 Firmen pleite gegangen, im Jahr 2011 30.099 Firmen und man liest in der Presse ständig von weiteren Entlassungen.

Mir persönlich kommt die aktuelle Situation so vor, wie seinerzeit in den 1920/30er Jahren, vor der Weltwirtschaftskrise. Auch da wurden im Rahmen der Industrialisierung (heute halt Computer) tausende Menschen entlassen und das System brach zusammen. Einen kleinen Börsencrash hatten wir ja schon. Das kommt davon, wenn ein Staatsoberhaupt nur zur Außenpolitik schaut, aber im eigenen Land nichts tut. <

Daß man bei uns im eigenen Land nichts tut, kann man nicht sagen, sonst wäre der Aufmacher

> Die Staatsgewalt / Wie die Politik in die Wirtschaft hineinregiert < des Handelsblattes 208/ 2012 nicht gerechtfertigt. Es wird durchaus gehandelt, doch ist dieses Handeln ohne klares Ziel, es dient nur der aktuellen Tagesbewältigung. Deutschland und auch die westliche Welt hat die Orientierung verloren. Im Kleinen wird das an der Glühbirnen-Ver-

ordnung sichtbar oder an dem Schild, daß ich am Sonntag an einem Steg zu einem Vogelbeobachtungsturm befestigt sah. Da stand sinngemäß drauf: Euro hilft Deutschland. Das soll Sympathie für Euro wecken, verschleiert aber, daß das, was eine Region an Fördermitteln von den Eurokraten erhält, nur ein Teil dessen ist, was der Region vorher abgenommen wurde, weil die große Differenz vom Bürokratismus und den Kosten des Verteilungskampfes gefressen werden. Eine noch schlimmere politische Denkungsart offenbart die Titel-Schlagzeile der HAZ vom 4./5. August:

> „Energie-Polizei“ soll Häuser der Deutschen kontrollieren <

Mich erinnert die Schlagzeile an die Plakate in der Nazizeit, die den sparsamen Umgang mit der Energie mit dem Hinweis auf den Kohlenklau (eine Dunkle Gestalt mit einem Sack auf dem Rücken) einforderte. Die Respektlosigkeit vor dem Grundgesetz Artikel 13 „Die Wohnung ist unverletzlich“, die hier zum Ausdruck kommt, ist erschreckend. Aber was schert der politischen Klasse auch das Grundgesetz, das sein Verfallsdatum mit der Vereinigungen der beiden deutschen Republiken hinter sich gelassen hat. Ökonomisch gesehen sollen in der Marktwirtschaft die Preise einen Mangel und nicht moralische Appelle oder staatliche Hausdurchsuchungen und auch nicht Bezugscheine wie im Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus, wo das Geld seinen Wert und damit seine Tauschvermittlerfunktion verloren hatte.

Die ökonomischen und politischen Fehlentwicklungen sind nicht nur bedingt durch die Fehler in der Währungsverfassung. Aus meiner Sicht sind sie auch in den Bereichen Bildung – die von Anbeginn eine Ordnung hatte, die nahe an der Zentralverwaltungswirtschaft liegt -, des sozialen Sicherungssystems mit seinen Zwangsmitgliedschaften, in dem das Mitglied, das die Kosten tragen muß, durch die Sozialpolitik entmündigt wurde und durch das geltende Bodenrecht, dessen Mängel von der Politik und der Wissenschaft verdrängt oder wegdefiniert wurde. Auffällig ist, daß frühere Ökonomen die Bodenrechtsfrage immer mitbehandelt haben, was eigentlich natürlich ist, da doch der Boden die Grundlage der Existenz des Menschen und seiner Ökonomie ist. Heute kann man wohl Professor der VWL, BWL, wie auch der Rechtswissenschaft und Soziologie werden, ohne eine Vorstellung von dem Begriff Bodenreform zu haben. Ich will jetzt nur mit einem Bericht aus dem Jahr 1971 und zwei Leserbriefen auf diesen Problembereich hinweisen.<sup>33</sup> Fast täglich findet man Artikel in den Zeitungen, die das Bodenrecht berühren - sei es eine Umgehungsstraße, die Umwidmung von Ackerland in Bauland, der Flughafenausbau, die steigenden Wohnungsmieten in den Ballungsräumen, die Durchsetzung von Naturschutzgebieten, die Förderung von Öl oder anderen Bodenschätzen oder die geplan-

33 Ich bin da heute zufällig bei der Suche nach einer Quelle drauf gestoßen.

ten Stromtrassen - aber ganz selten wird das Bodenrecht direkt angesprochen. Nach der Einsicht der Boden(rechts)reformer fehlt dem Boden die Eigentumsfähigkeit, die nur Güter haben, die der Mensch selber geschaffen hat.<sup>34</sup> Sofern das Eigentum am Boden beibehalten wird, muß die Bodenrente - der unvermeidbare Knappheitspreis - zu Gunsten der Allgemeinheit abgeschöpft werden. Der amerikanische Bodenreformer wollte die Bodenrente als einzige Steuer (Single Tax) dem Staat zuführen. Silvio Gesell wollte damit die Mütter für ihre Leistung der ständigen Regeneration der Gesellschaft entlohnt wissen. Andere wollen in keinem Fall die Rente der Staatskasse zuführen, sondern pro Kopf der Bevölkerung verteilen. Ökonomisch gesehen hätte so jeder Mensch den gleichen Nutzen an der Erde als seine Existenzgrundlage. Während ich diese Hinweise in die Tasten tippe, ist folgender E-Brief eingetroffen, der auf dem Hintergrund geschrieben wurde, daß bei uns in den Dörfern Schulen geschlossen werden sollen:

Hallo Mitgrüne,

immer wieder angesprochen auf den Artikel diverser Zeitungen zur Schließung der Grundschulen ein weiterer Grund die Schulen zu erhalten: Nicht nur Eltern schulpflichtiger Kinder haben Angst wegen der Schließung. Auch Befürworter von Baugebieten wie Questhorst oder grundsätzlich die Grundstückseigentümer. In Suttorf, wo das Einheimischenmodell angewandt wird, liegt der Quadratmeterpreis bei ca. 60,00 EUR. In Bordenau bei ca. 120,00 EUR! Werden Schulen geschlossen, werden auch die Grundstückspreise in den Dörfern fallen. Es gibt also bei dem Thema viele Seiten zu beleuchten!

Gruß U. K. <sup>35</sup>

Schon Winston Churchill hat beklagt, daß die Öffentliche Hand keine Investition tätigen könnte, die nicht dem privaten Grundeigentümer ohne eigene Anstrengung bereichert.<sup>36</sup> Und Konrad Adenauer sagte einst als Oberbürgermeister und Präsident des Preußischen Staatsrats u.a.:

> Ich betrachte diese falsche Bodenpolitik, wobei ich das Wort Bodenpolitik im weitesten Umfange des Wortes nehme, als die Hauptquelle aller physischen und psychischen Entartungserscheinungen, unter denen wir leiden. ... <<sup>37</sup>

Es folgen ein Bericht aus dem Jahr 1971 und Leserbriefe. Der erste Leserbrief ist eine

---

34 Siehe dazu auch „Pierre-Joseph Proudhon, Theorie des Eigentums“ übersetzt von Lutz Roemheld mit einer Einleitung von Gehard Senft, 2010

35 Ich war Mitglied der F.D.P. und bin Gründungsmitglied der Partei DIE GRÜNEN, bin aber ausgetreten und nur noch als Sympathisant im Ortsverband Neustadt registriert.

36 In: Martin Pfannschmidt, Vergessener Faktor Boden / Marktgerechte Bodenbewertung und Raumordnung, 1990

37 In: Adolf Damaschke, Die Bodenreform, zwanzigste Auflage, 1923, Seite 476

Reaktion auf einen größeren Bericht in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 6. Januar 1971 zu Planungsproblemen in der Region Hannover. Der Titel, die Zwischenüberschriften und die Einleitung lauten:

**> Anpassung an das Gesamtinteresse verlangt**

Die ersten Verfahren gegen nichtwillige Gemeinden / Jeder Ort muß sich in die größere Ordnung einfügen

Um die im Interesse der gesamten Bevölkerung der Region Hannover festgelegten regionalpolitischen Grundsätze für das Großraumgebiet nicht nur Papier bleiben zu lassen. Hat der Verband jetzt zum erstenmal vier Gemeinden förmlich angefordert, ihre eigenen Planungen an die übergeordnete Konzeption anzupassen. ...

- Streitpunkt ist die Eigenentwicklung
- Es geht um ein besseres Wohnen
- Schwerpunkte nur an der Schnellbahn <

Der nachfolgende Leserbrief erschien in der Ausgabe der HAZ vom 18. 1. 1971

Schönheitsfehler: Bodenrecht

Der Artikel „Anpassung an das Gesamtinteresse verlangt“ („Allgemeine“ vom 6. Januar) weist ungewollt auf erhebliche Schönheitsfehler des soeben durch einen Fernsehbericht „geehrten“ Großraumverbandes Hannover hin.

Es zeigt sich wieder einmal, daß mit unserem geltenden Bodenrecht keine zufriedenstellenden Problemlösungen möglich sind, weder in der Stadt- noch in der Regionalplanung und auch nicht im Agrarsektor.

Die unterschiedlichen öffentlichen Investitionen bewirken ein unterschiedliches Ansteigen der Grundrente. Dadurch tritt bei den weniger begünstigten Gemeinden eine relative Verarmung ein, die sich von den Gemeinderäten in den Wahlkämpfen schlecht verkaufen läßt. Aber auch in den begünstigten Gemeinden entstehen bei geltendem Bodenrecht durch die Strukturpolitik Spannungen. Beispielsweise durch die Investitionen der Bundesbahn in die Deisterbahn sind die Grund- und Hausbesitzer in den Deisterorten mit Bahnstation in der Lage, höhere Mieten und Preise für Wohnungen und Bauland zu fordern. (Das ist kein Vorwurf gegen Personen, sondern gegen das System.)

Wenn wir überhaupt unsere Gesellschaft reformieren wollen, dann gehört dazu ein neues Bodenrecht, das im sozialen Sinne nicht im Widerspruch zum Grundgesetz und im funktionalen Sinne nicht im Widerspruch zur

Marktwirtschaft steht. Die Abschöpfung der Bodenrente (die eine Ursache der Vermögenskonzentration ist) und die Nutzung des Bodens nach marktwirtschaftlichen Prinzipien ist möglich und für eine sinnvolle Raumordnung, die allseitige Zustimmung findet, notwendig.

Hannover / Tristan Abromeit

oooooooooooooooooooooooooooo

## **Goldener Boden**

Von Hans Dieter Kloss

(HAZ / Leitartikel /9. Juni 1971)

Es hätte nicht erst der Rede von Bundespräsident Heinemann vor dem Deutschen Städtetag in München bedurft, um das Parlament als Gesetzgeber darauf hinzuweisen, daß die Grundstückspreise in den Ballungsgebieten zum öffentlichen Ärgernis geworden sind. Das Recht des einzelnen, über sein privates Eigentum zu verfügen, gerät in Städten mit hohem Zuwachs an Wirtschaftskraft und Bevölkerung in einen kaum noch erträglichen Gegensatz zu den Bedürfnissen der Gemeinschaft. Wer als Grundstücksbesitzer unter solchen Bedingungen die Marktlage ausnützt, kann Gewinne einstreichen, für die er nicht einen Finger rühren muß und die zu Recht Anstoß erregen. Sie sind gerade in der Marktwirtschaft systemwidrig, weil sie ohne Leistung erzielt werden, während doch Leistung und Wettbewerb den Erfolg bestimmen sollen.

Deshalb ist es richtig, das Ziel zu verfolgen, die erkennbaren Auswüchse zu beseitigen. Um das zu rechtfertigen, bedarf es noch nicht einmal des Hinweises, im Grundgesetz sei die Bindung des Eigentums an soziale Pflichten ausdrücklich vorgeschrieben. Privates Eigentum, dessen Besitz ohne Leistung und ohne Risiko zu Gewinnen führt, die sehr viel höher sind als eine angemessene Verzinsung des Kapitals, ist ein Fremdkörper in unserer Wirtschaftsordnung.

Diese Erkenntnisse werden von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik als richtig anerkannt. Dies hilft indessen wenig weiter. Um die Mißstände zu überwinden, bedarf es nämlich der richtigen Schlußfolgerungen. Das wiederum ist leichter gesagt als getan. Im Bundestag liegt der fertige Entwurf eines Gesetzes, das jetzt in zweiter und dritter Lesung verabschiedet werden soll und das erste, zaghafte Schritte unternimmt, um das Bodenrecht in den Baugebieten der Städte und Dörfer zu ändern.

Acht Jahre haben die Auseinandersetzungen um dieses Gesetz gedauert, drei Regierungsentwürfe mußten eingebracht werden, und der heutige Bundeswohnungsbauminister Lauritzen gehört zu denjenigen Politikern, die es

zu Beginn des parlamentarischen Leidensweges als überflüssig ansahen.

Was nach den langen Beratungen herausgekommen ist, erweckt weder den Eindruck einer Patentlösung noch eines harten Eingriffes in die Eigentumsrechte von Grundstücksbesitzern. Dennoch ist der jetzt vorliegende Entwurf den Unionsparteien zu weitgehend, und hinter diesen Parteien steht immerhin fast die Hälfte aller Wähler in der Bundesrepublik. Auch die bei den Eigentumsrechten vielleicht weniger von Interessenten bedrängten und von falschen Skrupeln geplagten Sozialdemokraten vermochten sich bis heute nicht zu weitergehenden Vorschlägen beim Bodenrecht durchzuringen, als sie im Städtebauförderungsgesetz zugunsten der Allgemeinheit in den genau umrissenen Entwicklungs- und Sanierungsgebieten vorgesehen sind. Nur dort bietet sich zum ersten Mal die Möglichkeit, Gewinne in die Tasche der Allgemeinheit fließen zu lassen, sofern sie allein durch Planung entstehen. Und nur dort können zugunsten der Allgemeinheit Bau- und Abbruchgebote erlassen werden, um den zur Verfügung stehenden Grund und Boden entsprechend den Bedürfnissen der Gemeinschaft und nicht mit dem Ziel des größten privaten Gewinnes zu nutzen.

Es war äußerst schwierig und mit langwieriger parlamentarischer Arbeit verbunden, das Eigentumsrecht von Grundstücksbesitzern in diesem begrenzten Umfang einzuschränken. Dabei standen keineswegs parteitaktische Rücksichten im Vordergrund. Was dem Laien einfach erscheint, wird für die rechtskundigen Fachleute in der Regierung und im Bundestag zu einer Sisypusarbeit. Insofern kommt der lautstarke Ruf des Bundespräsidenten nach dem Gesetzgeber nicht nur verspätet, sondern erweckt auch falsche Hoffnungen.

Rechtlich gäbe es eine Möglichkeit, das Übel an seiner Wurzel zu packen. Selbst auf dem Boden des Grundgesetzes wäre es erlaubt, das private Eigentum an Grundstücken in den Zentren der Städte und in Neubaugebieten in Gemeineigentum zu überführen. Die Nutzungsrechte an diesem Eigentum könnten dann wieder an private Bauherren vergeben werden. Einer derartigen Radikalkur stehen aber handfeste sachliche Hindernisse im Weg.

Zum einen ist es nach dem Grundgesetz nur dann möglich, privates Eigentum in Gemeineigentum zu überführen, wenn das private Eigentum angemessen entschädigt wird, und dafür fehlt einfach das Geld. Zum ändern haben die eklatanten Planungsfehler mancher Städte und Gemeinden sowie deren eigene spekulative Tätigkeit auf dem Bodenmarkt, verbunden mit ebenso spekulativer Tätigkeit einiger Ratsmitglieder, verständliche Hemmungen wachsen lassen, eben diesen Gemeinden das volle Verfügungsrecht über den wichtigsten Teil des Grund und Bodens zu übertragen.

Dennoch wird in absehbarer Zeit ein Weg gefunden werden müssen, um die Mißstände um den goldenen Boden zu beseitigen.

oooooooooooooooo

## **Goldener Boden — ein Phantom**

(1. Leserbrief im Namen einer Organisation in der HAZ vom 18. 6. 1971)

In dem Artikel „Goldener Boden“ („Allgemeine“ vom 9. Juni) befaßt sich der Verfasser mit dem Grund und Boden in den Städten, so auch in Hinsicht auf deren Sanierung und weitere Entwicklung, indem er von der Rede des Bundespräsidenten Heinemann vor dem Deutschen Städtetag in München ausgeht. Gerade im Zusammenhang mit dieser Rede ist darauf hinzuweisen, daß der Anteil der Städte und Wohnungsbaugesellschaften am Markt des werdenden Baulandes, wie seitens des Städtetags selbst in einer Untersuchung festgestellt wurde, flächenmäßig 85 und wertmäßig 78 Prozent beträgt. Somit haben die Gemeinden selbst es in der Hand, eine aktive Bodenspekulation zu betreiben. Dagegen sind die privaten Haus- und Grundeigentümer schon nach ihrer Besitzstruktur nicht als Spekulanten zu bezeichnen, denn 94 Prozent von ihnen besitzen nur ein einzelnes bebautes Grundstück.

Bei der Aufmachung des neuen Schlagworts vom „goldenen Boden“ wird verkannt, daß der größte Teil der privaten Grundeigentümer ein einzelnes Grundstück besitzt, was entweder erspart oder geerbt wurde. Von einer Bodenspekulation kann bei der Mehrzahl der privaten Eigentümer keine Rede sein. Wenn unter „goldenem Boden“ derjenige Teil von Grundstücken verstanden werden soll, der spekulativ, das heißt, mit der Absicht eines alsbaldigen Wiederverkaufs erworben wird, so tritt auch die Organisation des deutschen Haus- und Grundbesitzes dafür ein, daß solche spekulativen Käufe oder Verkäufe, wenn sie sich im Rahmen eines so kurzen Zeitraums bewegen, einkommensteuerlich zusätzlich erfaßt werden. Im übrigen aber darf der Wesensgehalt des Eigentums nach der Verfassung nicht angetastet werden.

Haus- und Grundbesitzer-Verein Hannover e.V.

(Dr. Lothar Lenz)

## **Neues Bodenrecht notwendig**

(Eigener Leserbrief, veröffentlicht in der HAZ vom 24. 6. 1971)

Es ist erfreulich, daß mit dem Leitartikel „Goldener Boden“ („Allgemeine“ vom 9. Juni) ein weiterer Beitrag zur Diskussion des Bodenrechtsproblems geliefert worden ist. Das vor der Verabschiedung stehende Städtebauförderungsgesetz kann in der Tat bestenfalls eine Übergangslösung sein. Ein wirkliches Reformgesetz zum Bodenrecht kann aber erst verabschiedet wer-

den, wenn mehr Bürgern und ihren gewählten Vertretern die Problematik des jetzt geltenden Bodenrechts (richtiger Bodenunrechts) vertraut ist. Aus diesem Grund ist die Aufklärung der Sachverhalte durch die Zeitungen so wichtig.

Wenn die CDU an dem jetzigen Bodenrecht nichts ändern will, so zeigt sie, daß sie von der Marktwirtschaft, die sie löblicherweise einst in der Bundesrepublik mit eingeführt hat, wenig Ahnung hat. Bei dem Monopolcharakter des Bodens kann es keinen funktionierenden Markt für Boden-Eigentumsrechte geben. Ein neues Bodenrecht, das sich nicht an Vorbildern in den sozialistischen Staaten orientieren kann, ermöglicht aber einen Markt, für Boden-Nutzungsrechte.

Es ist immer wieder darauf hinzuweisen, daß das Bodenrechtsproblem nicht nur ein städtisches Problem ist; es ist genauso bei der industriellen und landwirtschaftlichen Nutzung ein Störungsfaktor und eine Ursache für die internationalen Spannungen. Es wird immer wieder resignierend gesagt, daß die Mittel für die Entschädigung der Privateigentümer von Grund und Boden im Falle der Abschöpfung der Bodenrente und für die Preise im Falle des Rückkaufs des Bodens durch die öffentliche Hand vom Staat nicht aufgebracht werden könnten. Diese Annahme stimmt nicht. Der Staat hat die Möglichkeit, die Privateigentümer mit Schuldverschreibungen zu entschädigen. Der Kapitaldienst kann aus der dann zu vereinnahmenden Bodenrente (Knappheitspreis) geleistet werden. Diese Schuldverschreibungen müssen aber aus Gründen der Gerechtigkeit zwei Konditionen enthalten: eine Indexklausel (Einwände der Bundesbank können widerlegt werden) zum Schutze gegen Inflationsverluste und einen gleitenden Zinssatz, der eine marktgerechte Verzinsung ermöglicht.

Hannover Sozialwissenschaftliche Gesellschaft, Niedersachsen-Zweig

Tristan Abromeit

oooooooooooooooooooo

**12. Abschnitt** Heute am 14. November berichten die ARD-Nachrichten Generalstreiks in Portugal und Spanien, von Arbeitslosenquoten um die 25%, von tödlichen Fensterstürzen aus Verzweiflung darüber, daß die Hypothekenzinsen nicht mehr bezahlt werden können. Von Verunsicherung der Börsen und die zunehmenden Fragen, ob das Sparen ein Kaputtsparen ist.

Der Leitartikel der HAZ von Birgit Holzer lautet: "Frankreich / Vor dem Fall" in dem Artikel heißt es u. a. vom Präsidenten François Hollande:

> ... So unbeliebt wie er war keiner seiner Vorgänger nach nur einem halben Jahr im Amt. ... <

Und weiter:

> ... Kein anderes Land in der Euro-Zone hat in den vergangenen zehn Jahren so stark an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Die Staatsverschuldung liegt mit rund 91 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) auf einem Rekordniveau, und auch die Arbeitslosigkeit ist mit 10,2 Prozent so hoch wie seit 1999 nicht mehr. Sie wird wohl steigen nach einer Serie von Firmenpleiten und angekündigten Massentlassungen in diesem Jahr. ... <

Und im MorningBriefing des Handelsblattes heißt es dazu:

> ... sechs Monate nach Amtsantritt blickt **Frankreichs Staatspräsident François Hollande** in den **ökonomischen Abgrund**: Der **Leistungsabfall** des Landes zwingt ihn zu einer politischen Wende. Die **Arbeitslosigkeit** ist doppelt so hoch wie in Deutschland, die **Exportwirtschaft** nicht halb so stark. ... <

In einer solchen Situation genügt es nicht, wenn der Philosoph Richard Precht anlässlich eines Vortrages auf Einladung der Mittelstandvereinigung in Neustadt a. Rbge. - wo einst sein Großvater (mütterlicherseits ?) als Stadtbaumeister gearbeitet hat - die These vertritt:

> Wir brauchen nicht weniger Staat, sondern mehr Bürger. <

(Neustädter Zeitung vom 10. November 2012)

Es genügt auch nicht, wenn Dirk Müller, Börsenmakler und Bestseller-Autor im Interview von Jörg Hackhausen vom Handelsblatt unter dem Titel „Wir sind in der Endphase“ auf die Frage, die da lautet:

„> Herr Müller, die Finanzkrise begann mit einer Immobilienkrise, dann kam die Bankenkrise, jetzt haben wir die Staatsschuldenkrise – wie kommen wir da wieder raus? <

antwortet:

> Indem wir ganz von vorn anfangen. Unser Finanzsystem ist am Ende. In den USA beträgt die Gesamtverschuldung der Bürger, des Staates und der Industrie bereits 400 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – das ist historisch einmalig. Das führt dazu, dass ein großer Teil dessen, was die Bürger erwirtschaften, für Zinsdienste abfließt. Diese Zinsen werden in der Regel nicht wieder in die Wirtschaft investiert, sondern stapeln sich bei denjenigen, die bereits sehr viel besitzen. Das soll nicht klassenkämpferisch klingen – ich gehöre keiner Partei an. Ich erkläre nur, wie das System funktioniert beziehungsweise dass es nicht ewig funktioniert. <

Und weiter:

> **Sie meinen, der Fehler liegt im System?**

Unser Finanzsystem ist so beschaffen, dass es alle paar Jahrzehnte neu gestartet werden muss. Der grundlegende Fehler ist folgender: Alles Geld, was wir erzeugen, ist Schuldgeld. Das heißt: Geld entsteht, indem jemand einen Kredit aufnimmt. Allem Geld, das im Umlauf ist, steht auf der anderen Seite Kredit gegenüber. Wenn die Staaten extrem hohe Schulden haben, dann muss auf der anderen Seite jemand sein, der genau diese Summe an Vermögen hat. Wenn die Bundesrepublik jährlich 40 Milliarden an Zinsen für ihre Schulden zahlt, dann muss irgendjemand 40 Milliarden an Zinsen kassieren. <

<http://www.handelsblatt.com/finanzen/boerse-maerkte/boerse-inside/dirk-mueller-im-interview-wir-sind-in-der-endphase/5148778.html>

Er sagt zwar, daß der Fehler im System liegt und spricht auch von einer Umverteilung von unten nach oben, sagt aber nicht, wie der Systemfehler zu beheben ist. Auch ist sein Begriff von Geld und Kredit unscharf.

Im Handelsblatt Online vom 09.11.2012 ist zu lesen:

### ***Streit um Hilfe*** **Bundesbank erneuert Kritik an EZB-Anleihekäufen**

Die Bundesbank stellt sich weiter gegen die Pläne der EZB, Staatsanleihen kriselnder Länder zu kaufen. Ankaufprogramme seien kein Ersatz für die „Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit“ eines Staates, hieß es.

Frankfurt: Die Bundesbank hat ihre Kritik an der Krisenpolitik der EZB bekräftigt. „Staatsanleihen-Ankaufprogramme erhöhen Abhängigkeiten, und Brandschutzmauern sind kein Ersatz für die Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit und des Investorenvertrauens“, sagte Bundesbank-Vorstand Andreas Dombret am Freitag auf einer Finanzkonferenz in Frankfurt. Die Bundesbank ist strikt gegen das von der Europäischen Zentralbank (EZB) im September beschlossene Anleihenkaufprogramm zur Unterstützung von in der Schuldenkrise ins Visier der Märkte geratenen Euro-Ländern. ...

Es genügt auch nicht, wenn der Vorstand der Deutschen Bundesbank gegen die Anleihekäufe der EZB ist, sie kann und muß mehr leisten, wenn sie ihren Auftrag, die Währung zu sichern, nachkommen will und ethisch unbeschadet die Krise – die leicht in einer Katastrophe enden kann - überstehen will. Mein verstorbener Freund Elimar Rosenbohm, der lange Zeit in der volkswirtschaftlichen und statistischen Abteilung der LZB Niedersachsen – Bremen gearbeitet hat, schätzte die Intelligenz der Mitarbeiter der DBB so hoch ein, daß sie eine Lösung finden würden, wenn ihnen die Zügel durch einen eindeutigen Auftrag gelockert würde. Der Präsident der DBB, Dr. Jens Weidmann, erhielt von der Oskar-Patzelt-Stiftung den „Großen Preis des Mittelstandes“ als Wirtschaftsförderer für seine Haltung im Euro-Streit.<sup>38</sup> Um wirklich als

<sup>38</sup> P. T. Magazin für Wirtschaft und Gesellschaft, Ausgabe 6/2012, S. 22

Verteidiger der Werthaltigkeit und Funktionalität des Euros zu gelten, muß er mehr leisten, er muß seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den eindeutigen Auftrag geben, die vorhandenen Alternativen aufzuzeigen. Das Mandat hat er vom Gesetz her dazu.

Auch wenn man grundsätzlich eine positive Einstellung zu den demokratischen Institutionen in unserer Republik hat, kann doch nicht übersehen werden, daß die vielbeschworene Gefahr für unsere Republik nicht von der NPD oder Mörderbanden, wie die der NSU genannte, ausgeht, sondern von den Titel- und Mandatsträgern. Hier muß wirklich die Bürger-Arbeit zur Lösung der Probleme einsetzen, sonst ist Deutschland und Europa ein weiteres Mal verloren.

Ich komme auf den verstorbenen Karl Walker zurück, den ich ja schon als Währungsexperten vorgestellt habe und von dem Prof. Dr. Hanns Lindhardt - der ihm persönlich zweimal begegnet ist – in der „Gedenkschrift zum Tode von Karl Walker“, 1976, schreibt:

> ... Zwischen diesen beiden Begegnungen liegt eine Zeit brieflichen Verkehrs und Gedankenaustausches, der betont von den Walker stets bewegenden Fragen der Währung, des Kredits, des Geldwesens bestimmt war. Hierin hatte er als Privatgelehrter, dem Betriebswirt gegenüber, den weiteren Horizont, zugleich aber auch die größeren Behinderungen, was den Zugang zu Quellen, amtlichem Material und die reichlichen Arbeitshilfen betrifft, die dem beamteten Fachvertreter in Form der Einrichtungen von Seminaren und Instituten, sowohl an sachlichem Behelf durch Bücher, Zeitschriften, Gutachten und Berichte, wie an persönlichem Behelf durch Assistenten und Hilfskräfte zur Verfügung steht.

Auch darüber, was die Rolle des Privatgelehrten, verglichen mit dem beamteten Wissenschaftler, betrifft, wäre ein weiteres Wort zu sagen. Es entspringt meiner Hochachtung gegenüber Karl Walker, wenn ich dies aus voller Überlegung und in genügendem Umfang tue, denn gerade darin verstehe ich als Vertreter des Professoriums die eigentliche Rolle und die spezifische Leistung Walkers auf seinem engeren Arbeitsgebiet, dem er Jahrzehnte seines Lebens und Schaffens gewidmet hat, ohne jemals von Neid und Mißgunst denen gegenüber erfüllt zu sein, die es in jeder Hinsicht leichter hatten, den Weg zur Öffentlichkeit zu finden, und die nur allzu oft diesen Weg in die Richtung gehen, die ihnen Vorteil und Anerkennung verspricht, statt im ernststen Meinungsstreit die unbequemere, wenn auch richtere Position einzunehmen.

Ganz anders Karl Walker. Was er schriftlich von sich gab, was er der Öffentlichkeit anvertraute, war in seinem Inneren so durchdacht und abgewogen, daß es auch dem unverbildeten Verstand zugänglich war, dem Fachverstand beachtlich erscheinen mußte. Er vermied geschrobene

Gedankengänge, er unterließ geschwollene Redensarten. Sein Anliegen war die Anschaulichkeit auch bei abstrakten Überlegungen. Darin sehe ich eine weitgehende Verwandtschaft mit einem der bedeutendsten Vertreter der deutschen Soziologie und Nationalökonomie, dem lange Jahrzehnte in Münster lebenden und lehrenden Professor Johann Plenge. ... <

Karl Walker schreibt in seinem Buch „Demokratie und Menschenrechte“, 1947, <sup>39</sup>

> Wer sich in unserer aufgewühlten Zeit um die Fragen unserer zerrütteten Lebensordnung müht, wer zu irgendeiner Vorstellung von den Kräften und Tendenzen, von Ausgangspunkt und Richtung, von Sinn und Zweckmäßigkeit einer Neuordnung gelangen will, der muß zuerst den festen Grund einer eigenen Welt- und Lebensanschauung unter den Füßen haben.

Alles Streben nach Ordnung ist nur zu begreifen, wenn Ordnung auf irgendeinen Sinn bezogen wird; ob man einen Sinn sieht, begreift, bejaht oder verneint, davon wird also letztlich die eigene Mitwirkung, sei sie fördernd und aufbauend oder hemmend und störend, wesentlich bestimmt.

Jede Stellungnahme, jede Mit- oder Gegenwirkung geht also, auch wenn man sich dessen gar nicht recht bewußt ist, auf eine mit mehr oder weniger Bestimmtheit gewonnene weltanschauliche Orientierung zurück. Das schließt indessen nicht aus, daß einer seine Stellung wechselt und bald von diesem, bald von jenem Standpunkt aus seine Forderungen erhebt und seinen Willen mit in die Waagschale der Entscheidung wirft, — ohne sich dessen bewußt zu werden, daß vielleicht seine zweite Entscheidung seine erste aufhebt oder stört, und beide zusammen nicht Ordnung, sondern Verwirrung ergeben. — Es werden sich Beispiele aus den Erscheinungen unserer Zeit dafür anführen lassen. ...< (S.7)

Später fragt er:

< ... Soll man die Welt ordnen? — oder soll man sie zu ihrer eigenen Ordnung kommen, ihre inneren Tendenzen ausschwingen lassen? — Diese Fragestellung, die schon vor zweieinhalb Jahrtausenden in den Schülern von Kung fu tse als den Verfechtern der Gesetzgebung einerseits und den Anhängern von Lao tse als den Verkündern der Allgesetzlichkeit andererseits die Gegensätzlichkeit der Meinungen heraufbeschwor, ist bis auf den heutigen Tag die Grundfrage, die allem Bemühen um die Lebensordnung unter den Menschen voransteht. Je nachdem, wie der Mensch glaubt, dieser Frage gegenüber sich einstellen zu müssen, wird er sich auch in die Kräftegruppen ein-

---

39 Der Text ist auch enthalten in: „Karl Walker – Ausgewählte Werke“, 1995.

ordnen, die für diese oder für die andere Art von Ordnung kämpfen und wirken.

Wenn die Überlieferung berichtet, daß der junge Kung fu tse den Weisen Lao tse aufgesucht und von ihm zur Begeisterung hingerissen worden sei, so ist dennoch die im ungestümen Tatendrang aus der höheren Gesetzlichkeit herausgelöste und auf das Gutdünken und Zweckdenken des menschlichen Intellekts gegründete Gesetzgeberei, wie Kung fu tse sie lehrte, bei aller großartigen Wirksamkeit keine lebendige, natürliche Ordnung, sondern etwas Starres, Lebensfeindliches, für den Tag Erdachtes, morgen Überholtes, mit inneren Widersprüchen Belastetes. „Konfuzius“ ist heute mancherorts der scherzhafte Titel für die Verfechter von Ungereimtheiten und Konfusion.

Kung fu tse (Confuzius) geht nicht von der großen Linie einer Weltordnung aus, mit dem Bestreben, die Lebensordnung der Menschen damit in Übereinstimmung zu bringen; sondern er macht „Tagespolitik“, gibt seine Lehren und Ratschläge von Fall zu Fall, strebt dahin, Ordnung, aber willkürliche gesetzte Ordnung, in feste Normen zu bringen, für jede Lebenslage ihre Norm ein- für allemal — und verwickelt sich in der Vielfalt dieser scheinbaren Notwendigkeiten in Widersprüche ; aber das Reich der Mitte übernimmt solche Ordnung und erstarrt darin. — Oft noch haben in der weiteren Entwicklung der Menschheit, in anderen Völkern und späteren Zeiten die Prinzipien der Gesetzgeberei gegen das Waltenlassen des Lebens gestanden. Der Mensch hat das Organisieren erfunden — und verfällt dem Irrtum, aus eigenem Zweckdenken heraus die beste Lebensordnung gestalten zu können. Es läßt sich nicht leugnen, „Ordnung“ hat er damit zuweilen geschaffen, indessen keine lebendige Ordnung, wie sie der Kosmos will, sondern eine starre, tote, gegen welche die Kräfte des Lebens in unbändigem Freiheitsdrang immer wieder aufstanden, eine Ordnung, die der Gewalt bedurfte, um sich zu halten, — und die dann doch stürzen mußte. ...< (28.F.)

Und er mahnt:

> ... Wenn wir Ordnung konstruieren, die nicht' mit den Tendenzen der Natur, Trieben und Anlagen der Menschen in Übereinstimmung zu bringen ist, wenn sich die Notwendigkeit ergibt, Zwang anzuwenden, um sie durchzusetzen, dann ist diese Ordnung falsch und gegen den Sinn der Welt gerichtet. Konflikte zwischen den auf eine weit wesenhaftere und höhere Harmonie ausgerichteten Tendenzen der Natur und unseren ausgedachten Plänen können nur auf einen Fehlgriff unseres menschlichen Intellekts zurückgehen, — denn die Natur irrt nicht —. Unser Vergehen, unser Versäumnis, unser Mangel

besteht in diesem Falle darin, uns nicht an der Erkenntnis orientiert, nicht auf Übereinstimmung mit der höheren Gesetzlichkeit hingewirkt, uns selber eben wieder zu viel angemaß zu haben. Das aber geht nie gut aus! —

Wir sollten also wohl — das ist der politische Sinn solcher Weltanschauung — in unserem Bemühen um die Gestaltung einer lebendigen, freiheitlichen Lebensordnung die Kräfte, Tendenzen und Triebe der Menschenwesen — Hunger und Liebe in allen Formen und Abwandlungen bis zum Streben nach Wohlstand, nach Anerkennung, Freiheit und Ruhm — als naturgegebene Kräfte einsetzen und — noch einmal gesagt, mit diesen Kräften und nicht gegen sie die Harmonie einer Ordnung zu gestalten suchen.

Nicht die Willkür selbtherrlichen Verstandes, die etwas ausdenkt, was sie für Ordnung hält und mit Gesetzen, Verboten, Anordnungen, Zulassungen, Genehmigungen, Kontrollen und Strafen dem Leben aufzwingt, kann wirkliche Ordnung schaffen, sondern allein die Einsicht, die die höhere Gesetzlichkeit erkennt und sich von dieser Erkenntnis führen und leiten läßt, - statt Dinge durchzusetzen, die niemals möglich sind. - ... <  
(S. 33 f)

### **Die allgemeinen Folgerungen:**

Aus diesen Darlegungen ergeben sich für mich in Bezug auf die sachlichen Problemlösungen im Währungsbereich, aber auch für den Erhalt der Demokratie und für die friedliche Entwicklung in Europa und der Welt folgende allgemeine Forderungen:

- Die Bürger, die Parteien, die Parlamente und Regierungen müssen sich erst mal Klarheit darüber verschaffen, was sie überhaupt anstreben, denn die Politik wird von den Tageseinfällen ohne klare Zielsetzung bestimmt. Bei allen realen Mischformen der Wirtschaftsordnung muß wieder erkennbar werden, ob sie die Marktwirtschaft anstrebt oder die Zentralverwaltungswirtschaft. So wie im bekannten Beispiel vom Esel, der verhungert, weil er sich zwischen zwei Heuhaufen stehend nicht entscheiden kann, von welchem er fressen will, so "verhungert" und verirrt sich eine Politik in eine Problemvermehrung, die nicht mehr weiß, in welche Richtung die Entwicklung gehen soll und in einer Unregierbarkeit enden kann.
- Es muß auch eine klare Entscheidung getroffen werden zwischen einer Gesellschaft, in der es wenige Reiche und viele Wohlfahrtsempfänger mit einem überbordenden bürokratischen Verwaltungsapparat angestrebt wird oder eine Gesellschaft der Freien (Franz Oppenheimer), in der sich die Bürger die meisten Dinge ihres Lebens in eigener Kompetenz in haf-

tender Selbstverantwortung und ohne Ausbeutung entscheiden können.

- Wer nicht das Wort Demokratie zur leeren Phrase verkommen lassen will, muß für eine Struktur sorgen, die Belange, die zu regeln sind, von denen entschieden werden können, die davon betroffen sind. Dies setzt eine dezentrale Ordnung voraus, die dem staatlichen Gigantismus und der Gesetzgeberei Grenzen setzt.
- Da, wo gesetzliche Regelungen und zentrale Verfahren und Institutionen erforderlich sind, müssen sie immer noch von Bürgern mit durchschnittlicher Intelligenz begriffen werden können und nicht nur von den spezialisierten Spezialisten. Die Demokratie wird zu einem lügenhaften Versprechen, wenn die Mehrzahl der Bürger, die nationalen und internationalen Beschlüsse und Vereinbarungen nicht mehr verstehen können und bei ihrer Entstehung kein Mitwirkungsrecht hat. Die Wahrheit liebt einfache und klare Formen, in komplizierte Vereinbarungen und Gesetze schleicht sich leicht die List und die Täuschung ein.
- Sowohl der angewandte Keynesianismus wie auch der Neoliberalismus (zweiter Prägung) hatten ihre Basis in theoretischen Verirrungen. Ihre Verneinung ist noch keine Gegenwarts- und Zukunftsgestaltung. Dem Untergang des "Kommunismus" muß der Untergang des "Kapitalismus" folgen, damit Platz für eine freie und in sich soziale Wirtschaftsordnung geschaffen werden kann. Ohne Druck durch die Bürgerschaft ist nicht zu erwarten, daß unsere Parteien und Parlamente, die Hochschulen und wissenschaftlichen Institute eine Form erhalten, die zur Zukunftsbewältigung beitragen kann.
- Die Erkundung des Mondes und des Mars sind interessante wissenschaftliche Vorhaben, aber nicht lebenswichtig. (Nebenbei sei bemerkt, daß solche Forschungen, wie die Rüstung und die Kriege, das Kapital tendenziell knapp halten und damit den Kapitalertrag hoch. Ein hoher Kapitalertrag geht aber immer mit einer Minimierung des Arbeitsertrages einher.) Für den Frieden, die Freiheit und den Wohlstand der Nationen ist es wichtiger, die Wirkungen der heutigen Geldverfassungen, des Boden- und des Patentrechts zu erforschen. Die nachfolgenden Aussagen zum Banken- und Währungsbereich finden sich in ähnlicher Form in der Literatur. Sie sind nach meinem Erkenntnisstand richtig. Eine Wissenschaft von der Volkswirtschaft, die nicht in der Lage ist, die Bedeutung der Aussagen zu erkennen und nicht zu falsifizieren oder verifizieren, ist es nicht wert, von der Gesellschaft

unterhalten zu werden und sollte einschließlich der Gutachtergremien wegen Nutzlosigkeit, aus Gründen der Fehlleitung von Studenten und aus Kostenersparnis aufgelöst werden. Die Volkswirte, die danach noch wirklich etwas zu sagen haben, werden auch dann noch um öffentliche Aufmerksamkeit kämpfen.

### **Die speziellen Folgerungen:**

1. Die Konzentrationsprozesse sowohl beim Einkommen und Vermögen wie auch bei den Unternehmen in der Wirtschaft beruhen nur zu einem geringen Teil auf individuelle oder unternehmerische Tüchtigkeit sondern in der Hauptsache auf den Kapitalertrag (Dividende / Zins). Dieser Konzentrationsprozeß kann nicht durch die Steuerpolitik oder durch Subventionen gestoppt werden. Die Ursache liegt in einer unzureichenden Geldverfassung, die verkennt, daß das Geld ein öffentliches Verkehrsmittel ist und nicht aus Gründen der Bereicherung dem Verkehr vorenthalten werden darf. Sobald das Geld so gestaltet wird, daß es nicht mehr ohne Verlust dem Verkehr entzogen und dadurch die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals auf Null gesenkt werden kann, wird der Konzentrationsprozeß gestoppt und eine andere Einkommens- und damit auch Vermögensverteilung eingeleitet.

2. Nach dem Sayschen Theorem schafft sich die Produktion selber die Nachfrage (weil schon in der Produktion die Anteile an dem Ergebnis verteilt werden). Da aber die Nachfrage in Geld ausgedrückt wird und daher nur wirksam werden kann, wenn das Geld nicht durch Hortung (Gesell) die Nachfrage verweigert, bzw. in die Liquiditätsfalle gerät (Keynes), muß für einen kontinuierlichen Geldkreislauf gesorgt werden. Voraussetzung dafür ist, daß das Geld eine bessere Umlaufsicherung erhält als eine Inflationsrate oder einen ausreichend hohen Zinssatz und somit die Eigenschaft des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel aufhebt. Das Sparen im Gegensatz zum Horten ist dann weiter möglich, da es ja bedeutet, daß die z. Zt. nicht benötigte Liquidität auf dem Kreditwege auf Zeit auf andere übertragen wird.

3. Die Umlaufsicherung des Geldes ist nicht nur im Hinblick auf die Beschäftigung erforderlich, sondern auch darum, damit die Notenbank die für die Preisniveaustabilität erforderlichen Geldmenge richtig steuern kann. (Was sie jetzt nicht kann!) Die Umlaufsicherung belastet das Geld mit einer Art Standgebühr. Die Geldhaltung wird mit Kosten belastet, so daß das Ausweichen der Kosten die Weitergabe des Geldes bewirkt. Für die Umlaufsicherung des Geldes sind verschiedene Modelle entwickelt worden. Eine Ausweitung der Modelle und die richtige

Auswahl des zum Einsatz kommenden Modells ist eine Anforderung an die Intelligenz der Notenbanker. Bei der Bedeutung der Maßnahme ist auch eine Anpassung des Geldes gerechtfertigt.

4. An den Börsen wird nicht mit Geld, sondern mit Verfügungsrechten über Geld (= Giralgeld) spekuliert. Das Giralgeld wird aber aufgrund der geringen Verzinsung von langfristigen Anlagen und der Unsicherheiten über die wirtschaftliche Entwicklung in unverhältnismäßiger Höhe gehalten. Mit der Spekulation wird versucht, die niedrige Verzinsung und den Inflationsverlust auszugleichen. Die Umlaufsicherung des Geldes (ULS) hat da eine bessere Wirkung auf das Börsengeschehen als die Transaktionssteuer ("Tobinsteuer").<sup>40</sup> Bei der ULS ist es so, daß diese sich automatisch ohne Verwaltungsakte auf das Giralgeld überträgt und so das kurzfristige Kapital (Giralgeld) in längerfristige Anlagen treibt. Die Spekulationsmasse verkleinert sich von selbst. Die Beschäftigung wird gefördert und nicht gebremst. Die ULS ist aber nicht als Finanzierungszweck des Staates zu verstehen, sie soll in der Höhe so angesetzt werden, daß sie den Geldumlauf sichert und die Kosten Währungsbehörde deckt.

5. Als Geld gelten tatsächlich nur die gedruckten Noten und die geprägten Münzen - im weitesten Sinn maximal das, was als Zentralbankgeld definiert wird. Die Geldmengenbegriffe M1, M2 und M3 können in die Rumpelkammer der Notenbankpolitik geschoben werden. Das wirksame Geld in Bezug auf die Nachfrage und die Preisniveaustabilität ist nur jene Teilmenge, die umläuft. Die ruhenden Gelder sind aber legitime Ansprüche an den Markt und können daher nicht einfach durch neu emittiertes Geld ersetzt werden. Der Ruhestand des Geldes ist aber eine Störung, die behoben werden muß.

6. Das Giralgeld ist kein Geld, sondern es handelt sich hier um Forderungen auf Geld, um kurzfristige Kredite, um kurzfristiges Kapital, um Kundeneinlagen bei der Bank. Da dieses Giralgeld übertragen werden kann, zählt es auch zu den Zahlungsmitteln. Diese Zahlungsmittel haben auf die Preisniveaustabilität nur insofern einen Einfluß, als sie die Wege des (Bar-)Geldes verkürzen. Ohne den Giroverkehr müßte für die gleiche Anzahl von Gütertauschakten eine höhere Menge Geld in den Umlauf gegeben werden, weil das Geld erst jeweils später wieder zum Einsatz kommen könnte als in einem System mit Giroverkehr. Der Einfluß des Giroverkehrs mit allen modernen Formen der Übertragung von Ansprüchen auf

<sup>40</sup> Die Transaktionssteuer soll zwar das Börsengeschehen dämpfen, aber die verschiedenen Verlautbarungen machen aber den Eindruck, daß es den Befürwortern in der Hauptsache darum geht, eine Quelle für die Staatskassen zu erschließen.

Geld kann durch die Geldmengensteuerung der Notenbanken kompensiert werden.

7. Da die Geschäftsbanken kein Giralgeld schöpfen können, sondern nur das Eigenkapital, soweit es nicht im Betriebsvermögen gebunden ist, die Einlagen der Kunden abzüglich der Reserven, die aufgenommenen Kredite am Geld- und Kapitalmarkt und jene bei der Zentralbank als Kredite weiter vermitteln können, ist es auch widersinnig, die Geschäftsbanken einer Kontrolle der Zentralbank zu unterstellen und dadurch die ordnungspolitisch notwendige Trennung zwischen hoheitlich-staatlichen Bereich und den privatwirtschaftlichen Bereich aufzuheben.

8. Da die Preisniveaustabilität von dem Verhältnis des Volumens der Güter, die sich aktuell im Markt befinden, und dem Volumen des aktiven, im Kreislauf befindlichen Geldes abhängt, kann der Konkurs von Banken oder Staaten die Währung auch nicht zerstören. Die Gefahr für die Preisniveaustabilität geht von dem zu viel ausgegeben und dem unkontrollierbaren gehortetem Geld aus. Wenn dieses Geld aufgrund von Ängsten und Stimmungen in Bewegung gerät, ist es tatsächlich um die Geldwertstabilität - die eigentlich nur mit 0 % Inflation definiert werden kann - geschehen.

9. Die Notenbank darf daher auch nicht Geld nach den Bedürfnissen der Geschäftsbanken in den Verkehr geben, sondern muß sich an der Geldmenge orientieren, die zur Einhaltung der Preisniveaustabilität erforderlich ist.

10. Da der Zins die Ausbeutungsrate der Arbeit darstellt, ist es grundsätzlich richtig, einen niedrigen Zins anzustreben, zumal er wirtschaftliche Aktivitäten möglich macht, die die Bedingungen der Wirtschaftlichkeit und die höher liegende Hürde der Rentabilität bei einem höheren Zinsniveau nicht erfüllen können. Der Zins ist aber auch ein Preis, der das Angebot von und die Nachfrage nach Krediten zum Ausgleich bringen soll. Eine Manipulation des Zinsniveaus durch die Zentralbank ist daher - marktwirtschaftlich gesehen - nicht zulässig<sup>41</sup> und müßte genauso strafrechtlich verfolgt werden, wie die Manipulation des Libor (London Interbank Offered Rate). Wenn der Zins ein Geldmengensteuerungsinstrument der Notenbank bleiben soll, muß der Zinssatz immer über den Marktzinssätzen liegen, damit erst das im Markt befindliche Geld voll aktiviert wird.

---

41 Siehe dazu auch: "Verklagt die EZB! - Nur der Rechtsstaat kann Europa retten" von Hans-Walter Forkel in P.T: Magazin ..., Ausgabe 6 / 2012, S. 60 f.

10. Die Mindestreserve war ursprünglich - wie der Name sagt - als eine Mindestreserve der Geschäftsbanken für den Fall gedacht, daß sie in Liquiditätsschwierigkeiten geraten. Diese Idee wurde aber umfunktioniert in ein Geldmengenregulierungsinstrument der Notenbank. Die Höhe der Mindestreserve der Geschäftsbanken, die bei der Zentralbank zu hinterlegen ist, wird in einem Prozentsatz auf kurzfristige Kundeneinlagen der Banken bestimmt. Es wird von der Annahme ausgegangen, daß auf diese Weise Einfluß auf das Zinsniveau genommen werden und dadurch die Nachfrage stimuliert oder gebremst werden kann. Man denkt, man hätte auf diese Weise einen Einfluß auf das Preisniveau. In Wirklichkeit werden aber von der Notenbank legitime Ansprüche an den Markt abgeschöpft, die durch die illegitimen Ansprüche in den Geldkreislauf eingefügt wurden. Die Wirkung ist, daß das Volumen der Kredite, das von den Geschäftsbanken Bank ausgeliehen werden kann, eingeschränkt wird und die dadurch entstehenden Kosten den Kreditnehmern aufgebürdet werden müssen. Die Mindestreservepflicht als Geldmengensteuerung kann aufgehoben werden. Soweit die Geschäftsbanken den Giroverkehr des Zentralbanknetzes weiter nutzen wollen, haben sie in eigener Verantwortung für die notwendige Liquidität zu sorgen.

11. Nach der Erstbestückung einer Volkswirtschaft oder eines Verbundes von Volkswirtschaften wie beim Euro mit einer Basisgeldmenge durch die Starpakete / Starterkit ist die Geldschöpfung der zusätzlichen Teilmengen nach Möglichkeit an die Wertschöpfung zu koppeln. Da Geld Forderungen (Eigentumsrechte) an den Markt darstellen, ist die Geldemission an den Grundsatz zu binden, daß keiner an Geld kommt, der nicht vorher dem Markt Güter in einem entsprechenden Wert hinzugefügt hat. Von diesem Grundsatz her gesehen ist das, was die EZB zur Zeit macht - und weiter vor hat zu machen - die Tätigkeit einer Geldfälscherwerkstatt. Für kurzfristige Schwankungen im Geldbedarf bietet sich der Diskont von Handelswechsel an, da diesen Wechseln Wertschöpfungen zugrunde liegen und die Geldzufuhr befristet ist. Aber der Diskontzinsatz muß - wie jeder andere Notenbankzinssatz - über dem Marktzinssatz liegen, um vorher auch Reste von inaktivem Geld zu mobilisieren.

12. Auch wenn das Wort *Bank* Bestandteil der Bezeichnungen Notenbank oder Zentralbank ist, ist ihren Aufgaben nach die Notenbank keine Bank, sondern ein Amt. Eine Bilanzierung im Sinne einer Geschäftsbank ist daher wenig sinnvoll.

13. Für eine einwandfrei funktionierende Zentralbank ist es nicht erforderlich, daß der Fiskus - die Kassenhälter auf den verschiedenen Staatsebenen Konten bei der Zentralbank unterhal-

ten. Je weniger Ballastfunktionen der Notenbank aufgebürdet werden, je klarer, straffer und übersichtlicher kann ihre Organisation gestaltet werden.

14. Die Notenbank ist ihrem Wesen nach kein Kontrollorgan der Geschäftsbanken. Anstatt sie dazu zu machen, sollte ein demokratisch legitimiertes Organ gebildet werden, das die Notenbank kontrolliert.

15. Für die Messung der Geldwertentwicklung sollte ein statistisches Amt gebildet werden, daß vom unmittelbaren Einfluß der Politik unabhängig ist, damit Warenkörbe und Meßmethoden nicht nach den Bedürfnissen der Politik manipuliert werden können.

16. Wenn in einer Volkswirtschaft eine Wahl für die Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung getroffen wurde, gibt es ohne Widerspruch zu dieser Entscheidung keine Wahlmöglichkeiten zwischen freien und fixierten Wechselkursen. Flexible Wechselkurse sind ein Bestandteil der Marktwirtschaft.<sup>42</sup> Eine Notenbank kann nicht gleichzeitig einen stabilen Binnen- und Außenwert ihrer Währung anstreben. Ein stabiler Wechselkurs - das ist kein fixierter - ergibt sich, wenn die Währungen, die im Vergleich, stehen eine stabile Kaufkraft nach innen haben.

17. Eine Notenbank hat nicht die Aufgabe im Hinblick auf die Außenwirtschaft durch Devisenmarktinterventionen den Wechselkurs zu beeinflussen. Im Hinblick auf die Staaten mit unterschiedlichen außenwirtschaftlichen Interessen ist eine sinnvolle Intervention auch gar nicht möglich. Da aber die Spekulationen auf dem Devisenmarkt aber dadurch hervorgerufen werden, daß die Notenbanken intervenieren, ist ihnen jegliche Aktion auf den Devisenmarkt zu untersagen.

18. Es wird vielfach argumentiert, daß sich Länder wie Griechenland mit einer eigenen Währung einen Exportvorteil verschaffen können. Das ist in einem System mit flexiblen Wechselkursen nicht möglich, da sich die Kurse mittel- und langfristig an die Kaufkraftparität orientieren. Einen Exportvorteil kann sich ein Land nur mit fixierten Wechselkursen bei Unterbewertung der eigenen Währung und Ankaufszwang von Devisen zu vorgegebenen Kursen durch ihre Notenbank verschaffen. Dieser Vorteil der Exporteure und der ausländischen Investoren muß aber mit der Inflation der eigenen Währung und dem Nachteil der Binnenmarktak-

<sup>42</sup> Bei den derzeitigen Schwierigkeiten wird in letzter Zeit häufiger ein verklärender Blick auf die Zeiten geworfen, wo das Abkommen von Bretton Woods noch Gültigkeit hatte. Es wird dann immer vergessen, nachzuschauen, welche Probleme es damit gab.

teure, die ihre Waren und Leistungen unter Marktwert abgeben müssen, bezahlt werden.

19. Da die Währung ihren Wert und Stabilität durch ihre Funktion und das Verhältnis von Geldmenge zur Gütermenge erhält und nicht durch hinterlegte Vermögenswerte in Form von Gold, Devisen und Wertpapieren, braucht eine Notenbank auch keine Gold- und Devisenbestände. Die Vorratshaltung von Wertpapieren ist nur dann erforderlich, wenn die Offenmarktpolitik für die Feinjustierung der Geldmenge beibehalten wird, aber nur in einem Umfang, wie ein Einzug von Banknoten bei einer schrumpfenden Wirtschaft wahrscheinlich machen.

20. Aus dem unter 19 vorgetragenen Gedanken könnte man schließen, daß der größte Teil des Vermögens der Notenbanken im Euro-Verbund für die Tilgung der Staatsschulden eingesetzt werden könnte. Nur mit Restbeständen könnte so verfahren werden, weil erst die Notenbanken die zu viel emittierten Noten durch Verkauf von Vermögenswerten aus dem Verkehr ziehen müssen. Zur Erinnerung, die Preisniveaustabilität hängt von dem konstanten Verhältnis der Güter, die im Markt sind und von der Menge des Geldes ab, das aktiv im Kreislauf ist. Es sei daran erinnert: "Der Anteil des Auslandsverkehrs an den kumulierten Nettoemissionen der Deutschen Bundesbank ist seit dem Jahr 2002 deutlich gestiegen. Ende 2009 belief er sich schätzungsweise auf knapp 70 %. Der Großteil davon befand sich in Ländern außerhalb der Europäischen Währungsunion." (Siehe weiter oben auf Seite 30.) Das bedeutet aber, daß unsere jetzige relative Preisniveaustabilität nur dadurch gegeben ist, daß der größte Teil der emittierten Geldmenge inaktiv ist. Die Inflationsgefahr durch Aktivierung des Geldüberhangs muß durch Rückkauf gebannt werden.

21. Das Streben nach autarken Volkswirtschaften ist weder attraktiv noch möglich. Es ist also eine Weltwährungsordnung zu schaffen, die weder einzelnen Staaten einen großen Vorteil verschaffen wie im Fall des US-Dollars noch einzelnen Staaten ermöglichen, mit ihrer Währung den internationalen Wettbewerb zu verzerren, wie im Falle des chinesischen Yuan. Es besteht die dringende Notwendigkeit ein internationales Zahlungssystem zu etablieren. Einigermaßen bekannt geworden ist Keynes mit dem Währungsmodell Bancor. Er konnte sich auf der Konferenz von Bretton Woods aber nicht damit durchsetzen. Siehe:

<http://de.wikipedia.org/wiki/Bancor>

<http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/enthuellungen/brigitte-hamann/bancor-iwf-plant-neue-weltwaehrung.html>

Weniger bekannt ist das Modell der Internationalen Valuta-Assoziation (IVA) von Gesell,

obwohl es nach meinem Kenntnisstand die elegantere Lösung bietet. In einer Schrift mit dem Titel „Der Weltwährungsgedanke“ von Dr. Wilhelm Trimborn von 1931 in der Reihe „Münchener Volkswirtschaftliche Studien“ heißt es auf Seite 108:

> Der Vorschlag Silvio Gesells ist auch der einzige, der übrig bleibt, wenn wir uns nun abschließend fragen, welche von den modernen Weltwährungsprojekten denn überhaupt das Doppelproblem der Weltwährung in Angriff nehmen, also sowohl Währungsvereinheitlichung wie Währungsgemeinschaft fordern. <

Er macht dann die Einschränkung, die auf einem Mißverständnis beruht:

> Unglücklicherweise aber ist dieser Vorschlag auf einer Theorie aufgebaut, die als die Aufgabe der Währung die Aufrechterhaltung eines konstanten Preisniveaus bezeichnet. Diese Theorie würde die Möglichkeit einer statischen Wirtschaft voraussetzen, die wir für die Praxis natürlich verneinen müssen. Festzuhalten ist jedoch die, wie wir noch sehen werden, richtige Erkenntnis Gesells, daß eine Weltwährung eine Zentralinstanz für das Währungswesen mit einer gewissen Oberherrschaft über die nationalen Währungen erfordert. <

In der Zeitschrift für Sozialökonomie, 49. Jahrgang, 174/175. Folge vom Oktober 2012 befindet sich der Beitrag von Edoardo Beretta mit dem Titel:

> Silvio Gesells Internationale Valuta-Assoziation – Das Gestern und Heute eines noch aktuellen Beitrags zur Reform der globalen Währungsordnung <

In seiner Schlussbetrachtung<sup>43</sup> heißt es:

> Was bleibt nach dieser knappen Analyse der wichtigsten Eigenschaften der IVA? Zweifelsohne weist das Gesell'sche Werk Aspekte wie z. B. die fehlende Würdigung des Giralgelds auf, die heutzutage neu gestaltet werden müssen. Demzufolge würde auch das sowohl nationale als auch internationale geldpolitische Instrumentarium um einiges im Vergleich zum ursprünglichen Konzept erweitert werden müssen. Zweifelsohne kann Silvio Gesells IVA uns immer noch viel lehren. Auch deshalb schrieb der berühmte britische Ökonom John Maynard Keynes: "The future will learn more from the spirit of Gesell than from that of Marx." (Keynes, 1936/1946) Die vermutlich erste Neukontextualisierung des Gesell'schen Reformvorschlags stammt daher von Keynes selbst, „der sich nachweislich sehr intensiv mit Gesell auseinandergesetzt hat.“ (Betz, 2002). Vielleicht wird Gesell auch deshalb für einen „Hyper-Keynesianer“ gehalten (Binswanger, 1983), der sich für möglichst gering ausfallende Zinsen eingesetzt hat. Kürzlich gab es einen erneuten interessanten Vergleich zwischen Gesells „Internationaler Valuta-Assoziati-

---

43 Auch hier wird deutlich welche Verwirrung die Theorie von der Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken stiftet. Elimar Rosenbohm, der die ZfSÖ mit begründet hat und aus seiner Erfahrung als Mitarbeiter der volkswirtschaftlichen Abteilung einer LZB urteilte, ist die Theorie von der Giralgeldschöpfung eine Theorienschöpfung.

on" und Keynes' „International Clearing Union" (Klaffenböck, 2008), der die Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Reformkonzepte evaluiert hat. <

[www.sozialoekonomie.de](http://www.sozialoekonomie.de)

## Internationale Valuta-Assoziation von Silvio Gesell

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/76.1%20Teilnehmerbeitrag%20I%20u.II.pdf>

### 22. Ergänzung 1

Das umlaufgesicherte Geld wird nicht nur für eine Vollbeschäftigung – bei reduzierter Stundenzahl für die Erwerbsarbeit und Freisetzung von Kapazitäten für die selbst finanzierte Arbeit in den Bereichen Familie, Kultur, Nachbarschaftshilfe und der demokratischen Teilhabe – sorgen, sondern mehr als heute dahin nachfragend fließen, wo es den optimalen Gegenwert in Gütern und Dienstleistungen erhält. Der Markt – d. h. die Nachfrager - und nicht die Regierungen üben dann ständig einen Anpassungsdruck aus, der ohne Entlassungen und Pleiten auskommt. Das Geld wird seine herrschende Rolle verlieren und eine dienende Rolle annehmen. Der „Markt“ wird nicht mehr die Politik beherrschen und die Wirtschaft wird vor unnötigen Staatseingriffen verschont.

### 23. Ergänzung 2

Das umlaufgesicherte Geld wird eine andere Vorsorge, ein anderes Sparen, ermöglichen als in den heutigen Formen. Erstens entfällt die Sorge um einen Inflationsausgleich. Zweitens sorgt eine Absenkung des Zinsniveaus dafür, daß die Kaufkraft des Nettoeinkommens sich um gut ein Drittel steigert. Die Angst vor den Zinsverlusten durch die Reform sind unbegründet, weil die Reduzierung der allgemeinen Zinslast den durch die Reform bedingten Zinsverlust um ein Vielfaches ausgleichen wird. Der einzelne Sparer wird mehr zur Seite legen können, als der Zinsertrag bisher unter günstigsten Bedingungen ausmachte. Es wird auch neue Sparformen geben, z. B. befristete wertbeständige Eigentumsanteile an öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen. Die Motive des Sparens werden noch mehr als heute der Wunsch sein, gegenwärtige Ansprüche an den Markt in künftige zu transformieren. Das Denken in Renditen wird – wie schon bei den Ordoliberalen – nur noch eine Randerscheinung sein. Die Vermögenskonzentration wird wie von selbst gestoppt, weil die leistungslosen Einkommen schrumpfen werden. Eine Differenzierung der Einkommen entsprechend nachgefragten Leistungen wird bleiben. - TA -